

N i e d e r s c h r i f t

**der 16. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
16.12.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:05 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 21:40 Uhr
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 21:40 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 20:00 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sängner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 20:00 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 15:10 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 20:00 Uhr
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	ab 17:50 Uhr
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	bis 21:30 Uhr
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	ab 17:00 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)	
Fabian Borggreffe	SPD-Fraktion	bis 22:00 Uhr
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	ab 15:30 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	ab 14:20 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion	15:20 – 21:35 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 22:00 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	
Markus Klätte	Stadtrat	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	ab 14:30 Uhr

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Katharina Brederlow
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Christoph Bernstiel
Bernhard Bönisch
Josephine Jahn

CDU/FDP-Stadtratsfraktion
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

zu **Eröffnung der Sitzung**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass man sich fraktionsübergreifend darauf geeinigt habe, den Ablauf der Sitzung zu modifizieren.

Aus zeitlichen Gründen wird nach Eröffnung der Sitzung die aktuelle Stunde vorgezogen. Dann erfolgt die Einwohnerfragestunde und danach beginnt das normale Prozedere der Tagesordnung.

Herr Lange eröffnete formell die Sitzung des Stadtrates am 16.12.2015.

zu **Aktuelle Stunde zur Bewerbung der Franckeschen Stiftungen um Aufnahme in das UNESCO Welterbe**

Auf Anfrage von **Herrn Lange** wurde das Rederecht für Herrn Prof. Dr. Müller-Bahlke, Direktor Franckesche Stiftungen, erteilt.

Herr Prof. Dr. Müller-Bahlke informierte darüber, dass bei einem Gesprächstermin im Zuge des mehrstufigen Evaluierungsverfahrens durch ICOMOS-International, der am 30.11.2015 in Paris stattfand, der deutschen Delegation, die aus einer Vertreterin des Auswärtigen Amtes, einem Vertreter der ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNESCO sowie zwei Vertretern der Franckeschen Stiftungen bestand, mündlich mitgeteilt worden, dass der Antrag auf Einschreibung der Franckeschen Stiftungen in die Welterbe-Liste nicht befürwortet wird. Die Ablehnung wurde mit einigen pauschalen aber sehr kategorisch mündlich vorgetragenen Ablehnungsgründen vorgetragen.

Die Delegation habe daraufhin ihr Unverständnis über das sehr pauschalisierende Urteil artikuliert, fand aber kein Gehör.

Alle im Bewerbungsverfahren beteiligten Partner im Bund, im Land, in der Stadt, in den Franckeschen Stiftungen und aller einbezogenen Fachwissenschaftler stimmen der Einschätzung von ICOMOS-International nicht zu.

Das Kuratorium der Franckeschen Stiftungen sondiert derzeit intensiv mit dem Auswärtigen Amt das weitere Vorgehen. Eine Entscheidung darüber hat sich das Kuratorium vorbehalten und wird am 07. Januar 2016 zusammentreten, um eine Entscheidung zu fällen, entweder den Antrag zurückzuziehen oder aufrecht zu erhalten.

Im Verlaufe des Bewerbungsprozesses haben die Franckeschen Stiftungen viel erreicht. Mit aller Kraft habe man versucht, den Titel zu erringen. Auf diesem Weg wurde auch die Öffentlichkeit in der Stadt Halle mobilisiert. Man sei sehr stolz und froh darüber, eine breite Öffentlichkeit für die Themen der Franckeschen Stiftungen und den Bewerbungsprozess interessiert zu haben.

Die Franckeschen Stiftungen hätten außerdem sehr viele neue Erkenntnisse wissenschaftlicher Art über die Baugeschichte, über die Architekturgeschichte und die Formensprache der Franckeschen Stiftungen gewonnen. Daran will man anknüpfen und im kommenden Frühjahr eine internationale Tagung mit den Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftlern ausrichten und die Forschungen zu dem Thema weiter voranbringen.

Herr Prof. Dr. Müller-Bahlke bedankte sich bei der Öffentlichkeit der Stadt Halle und den Stadträtinnen und Stadträten sowie der Verwaltung für die bisherige Unterstützung.

Seit 300 Jahren gibt es die Franckeschen Stiftungen mit ihrem satzungsgemäßen Auftrag, soziale, kulturelle und wissenschaftliche Bildungsarbeit zu leisten. Unabhängig vom weiteren Bewerbungsweg wird die Arbeit fortgesetzt.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat Herrn Prof. Dr. Müller-Bahlke um eine konkrete Darstellung der Ablehnungsgründe durch ICOMOS-International und welche Perspektiven gesehen werden, mit dem Votum umzugehen.

Zum gleichen Thema machte **Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, deutlich, dass ab dem Jahr 1990 die Stiftungen ihren Rechtsstatus zurückerhielten und unter Paul Raabe, Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale), die Stiftungen zu einer Einheit aus bedeutenden Bauwerken und einem klaren geistigen Gehalt wurden.

Das Vorhaben zur Anstrengung der Anerkennung als Weltkulturerbe fand große Zustimmung und Unterstützung und die Verbindung zwischen den Stiftungen und der Bevölkerung in und um Halle wurde enger.

Das Kuratorium allein habe jetzt die Befugnis und das Recht und die gesammelten Kenntnisse, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die Bewerbung aufrechterhalten oder ob die Bewerbung zurückgezogen wird, um bei veränderten Bedingungen erneut den Antrag zu stellen.

Bei Abwägung der Risiken werde das Kuratorium auch die Enttäuschung der Hallenserinnen und Hallenser in Betracht ziehen, die sich auf den Erhalt des Titels mit allen seinen erhofften Auswirkungen gefreut haben.

Am 07. Januar 2016 wird durch das Kuratorium eine Entscheidung getroffen, die, wie immer sie ausfallen wird, zu respektieren ist.

Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, unterstützte die Ausführungen von Herrn Dr. Fikentscher.

Auf Grund der nicht öffentlichen Tagung des Kuratoriums fragte sie jedoch an, inwieweit in der Stadtratssitzung öffentlich über die Gründe der Ablehnung und ähnliches diskutiert werden kann.

Durch **Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wurde darauf verwiesen, dass man dem Kuratorium nicht allein überlassen sollte, über den weiteren Verfahrensverlauf zu entscheiden. Seiner Ansicht nach müsse Herr Oberbürgermeister die Position des Stadtrates mitgegeben werden. Da es sich um einen öffentlichen Prozess handelt, liegt auch ein gesamtstädtisches Interesse vor.

Nach jetziger Einschätzung sei die Gefahr groß, dass bei einer Weiterführung des Prozesses dem Anliegen nicht genügend Beachtung geschenkt wird. Aus diesem Grund sollten die von Herrn Prof. Dr. Müller-Bahlke genannten Veranstaltungen und internationalen Kongresse mit Fachwissenschaftlern in nächster Zeit im Vordergrund stehen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, machte deutlich, dass es schon allein durch den Prozess der Bewerbung um die Aufnahme in die Welterbe-Liste der UNESCO den Franckeschen Stiftungen erheblich gelungen sei, über die Region hinaus bekannt zu werden und bei den halleschen Bürgerinnen und Bürgern selbst mehr Interesse dafür zu wecken.

Vor diesem Hintergrund wäre es nach Auffassung seiner Fraktion wichtig, die Bewerbung ruhen zu lassen und vielleicht darauf zu hoffen, dass sich die Entscheidungsverhältnisse, die zu dem jetzigen Ergebnis führten, ändern werden, um dann zu einem späteren Zeitpunkt die Bewerbung zu erneuern.

Herr Prof. Dr. Müller-Bahlke bedankte sich für die Ausführungen der Stadträte, welche gemeinsam mit allen Beteiligten nach einer richtigen Entscheidung suchen wollen.

Bezüglich der aufgeführten Ablehnungsgründe machte er deutlich, dass diese sehr pauschalisiert vorgetragen worden sind und nicht seiner eigenen Überzeugung entsprechen. Die Ablehnung fand in allen Punkten statt. Der Weltdenkmalrat ließ nicht einen Punkt gelten, sondern es reichte von der Negierung der Ideen August Hermann Franckes in ihrer Bedeutung für die heutige Zeit, bis zur Einzigartigkeit der Architektur. Ebenso wurde in Abrede gestellt, dass die Schulstadt heute noch erlebbar ist.

Zur weiteren Verfahrensweise wurde durch **Herrn Prof. Dr. Müller-Bahlke** darauf hingewiesen, dass die Entscheidung dazu beim Kuratorium der Franckeschen Stiftungen liegt.

In Bezug auf die eventuellen Möglichkeiten in diesem Zusammenhang führte er die Zurückziehung des Antrages an. Damit würden die Franckeschen Stiftungen automatisch wieder in den Tentativstatus zurückfallen und der Antrag als nicht gestellt gelten. Mit dem Antrag könnte man zu gegebener Zeit weiter arbeiten. Auch könnte man dann die Zusammensetzung des UNESCO-Komitees beobachten, beziehungsweise wie sich der Weltdenkmalrat ICOMOS-International in seinen eigenen Evaluierungsprozessen weiter entwickelt.

Als zweite Möglichkeit wurde durch **Herrn Prof. Dr. Müller-Bahlke** die Aufrechterhaltung des Antrages angeführt. Dies hätte zur Folge, dass das UNESCO-Komitee auf Grund der Empfehlung des Denkmalrates nur die beiden Möglichkeiten habe, entweder den Antrag komplett abzulehnen, was bedeuten würde, dass die Franckeschen Stiftungen sich nicht wieder neu bewerben dürfen. Es sei denn, es würden grundlegend neue Erkenntnisse zutage treten, die die Franckeschen Stiftungen und ihren universellen einzigartigen Wert in einem völlig neuen Licht erscheinen ließen.

Des Weiteren könnte bei einem Weiterlaufen des Antrages erreicht werden, dass das UNESCO-Komitee den Antrag nicht komplett ablehnt, sondern der Antrag wird zurückgegeben und die Möglichkeit eröffnet, einen völlig neuen Antrag zu entwickeln.

Aus Sicht von **Herrn Prof. Dr. Müller-Bahlke** sei diese Möglichkeit relativ schwierig, weil in den vergangenen 2 ½ Jahren alle Argumente und alle wissenschaftlichen Erkenntnisse in den vorgelegten Antrag eingebracht wurden und man auch heute noch zu 100 Prozent hinter dem Antrag steht.

Selbst wenn die UNESCO die Möglichkeit einräumen würde, einen neuen Antrag zu schreiben, würde es nicht möglich sein, einen völlig neuen Antrag zu entwickeln.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass ein Rückzug des Antrages am plausibelsten erscheint, auch deswegen, weil die dargestellten Ablehnungsgründe wenig nachvollziehbar sind.

In diesem Sinn bestärkte sie die Position ihrer Fraktion, in einem späteren Prozess vielleicht wieder in die Antragstellung einzusteigen.

Auf die Nachfrage von **Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, ob die Ablehnungsgründe in schriftlicher Form ausgereicht worden sind, teilte **Herr Prof. Dr. Müller-Bahlke** mit, dass die Gründe nur mündlich vorgetragen wurden.

Bei Aufrechterhaltung des Antrages würden im nächsten Schritt die Gründe dann im Frühjahr des nächsten Jahres der Bundesrepublik, dem Kultusministerium und den Franckeschen Stiftungen verschriftlicht vorgelegt. Problematisch dabei sei, dass zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit des inhaltlichen Eingreifens mehr besteht.

Die Zwischenevaluierungsstufen sind in den vergangenen Monaten verstrichen, ohne dass ICOMOS zu einem möglichen Zeitpunkt in irgendeiner Weise signalisierte, dass grundlegende Zweifel an der Wertigkeit des Antrages bestehen.

Des Weiteren berichtete **Herr Prof. Dr. Müller-Bahlke**, dass die deutsche Delegation am 05. Oktober 2015 nach Paris eingeladen wurde, mit der Erwartung, eine Diskussion zu führen und den Antrag verteidigen zu können.

Dort wurde dann aber eine Sitzung von 11 Diplomaten geleitet, wo der Vorsitzende im zweiten Satz das Urteil mitteilte. Eine anschließende Diskussion war nicht gewünscht und nicht vorgesehen.

Beim jetzigen Verfahrensstand können die Ablehnungsgründe nur zur Kenntnis genommen und in den Medien verbreitet und diskutiert werden. Es besteht aber keine Einflussmöglichkeit mehr.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bezog sich auf den Ablauf des Verfahrens und machte deutlich, dass der Antrag zunächst allein durch das Vorbereitungsgremium abgelehnt wurde. Die offizielle Entscheidung des entscheidenden Gremiums der UNESCO steht noch aus. Damit sei für ihn fraglich, ob auf Grund einer mündlichen Stellungnahme der Antrag zurückgezogen werden soll.

Seiner Ansicht nach sei es nicht möglich, das Verfahren noch einmal in der Art und Weise durchzuführen. Ebenso sei schwierig festzustellen, wann der richtige Zeitpunkt für eine nochmalige Antragstellung gegeben ist.

Auf Grund einer mündlichen Anhörung sollte das Antragsverfahren nicht aufgegeben werden. Seiner Ansicht nach sollte das Verfahren weitergeführt und die schriftliche Begründung abgewartet werden, um dann mit einer Expertise oder mit gutachterlichen Ausführungen darauf Bezug zu nehmen und die UNESCO entscheiden zu lassen.

Mitten im Verfahren abubrechen werde der Stadt nicht gerecht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte aus seiner Sicht die rechtlichen Details und zitierte aus den Operational Guidelines, 2013, den Beschluss, ein Gut nicht einzutragen 158: „Beschließt das Komitee, dass ein Gut nicht in die Liste des Erbes der Welt eingetragen werden soll, so kann die Anmeldung dem Komitee nicht noch einmal vorgelegt werden, es sei denn, es lägen außergewöhnliche Umstände vor. Zu diesen außergewöhnlichen Umständen gehören neue Entdeckungen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse über das Gut oder Kriterien, die in der ursprünglichen Anmeldung nicht genannt wurden. In diesen Fällen ist eine Neuanschuldung vorzulegen.“

Auch mit der erfolgten Ablehnung sehe er die Möglichkeit, dass im Sinne von außergewöhnlichen Umständen eine Neuanschuldung Aussicht auf Erfolg haben wird.

Im Mai, nach Eingang der schriftlichen Ablehnungsgründe, könnten weitere Begründungen eingereicht werden, um das Entscheidungsgremium der UNESCO selbst zu überzeugen.

Als Stadtoberhaupt habe er große Probleme damit, unter den genannten Kriterien das Antragsverfahren abubrechen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, führte aus, dass die letztendliche Entscheidung durch das Kuratorium der Franckeschen Stiftungen gefällt wird.

Er plädierte dafür, das Verfahren ohne Emotionen zu betrachten und in Ruhe darüber zu entscheiden, welche Möglichkeiten es für eine erfolgreiche Antragstellung gibt. Ziel sollte die Erreichung der Anerkennung der Franckeschen Stiftungen als Weltkulturerbe sein.

Aus seiner Sicht sei noch kein Schaden entstanden, wenn der Antrag zurückgezogen wird. Aus diesem Grund plädierte er dafür, nach neuen Möglichkeiten der Antragstellung zu suchen und schlug eine Priorisierung dahingehend vor, den Antrag erst einmal zurückzunehmen und eventuell Rücksprache mit Entscheidungsträgern und Diplomaten zu nehmen, um die Gründe für den geschilderten Umgang mit der deutschen Delegation zu hinterfragen.

Ebenso sollte das Ziel der positiven Bescheidung des Antrages nicht aus dem Auge verloren werden.

Herr Wolter machte auf die große Achtung vor der Leistung einer dreihundertjährigen, durch keinen Titel infrage stellenden Situation und dem Gebäudeensemble der Franckeschen Stiftungen aufmerksam.

Da es sich um einen Welterbe-Titel handelt, der für ewig angelegt sei, müsse seiner Meinung nach darüber nachgedacht werden, eine erneute Antragstellung zu einem günstigeren Zeitpunkt, vielleicht auch erst in 20 oder 25 Jahren, zu wiederholen.

Das Kuratorium müsse jetzt seine ganze Energie dazu nutzen, die Zukunft der Franckeschen Stiftungen zu beschreiben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand legte noch einmal dar, dass er in seinen Ausführungen versucht habe, die Rechtsgrundlagen und seine eigene Meinung darzustellen. Er halte die Zurücknahme des Antrages nicht für richtig.

Frau Dr. Brock brachte ihre Sorge darüber zum Ausdruck, dass die Diskussion dem Thema nicht nur zuträglich wäre. Sie habe aber die Hoffnung, dass durch das Kuratorium eine richtige Entscheidung getroffen wird.

Herr Dr. Meerheim erinnerte daran, dass die Verleihung des Welterbe-Titels einer Historie unterliegt und insbesondere auch in Deutschland und in Sachsen-Anhalt mehrere der Welterbe-Stätten existieren.

Vor diesem Hintergrund wäre die Entscheidung zur Zurückziehung des Antrages die bessere Entscheidung.

Außerdem gehe er davon aus, dass das Kuratorium eine weltweite, regionale, bundesweite und städtische Betrachtung in seine Entscheidung mit einbezieht.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat um Beachtung dahingehend, dass es sich seiner Ansicht nach in dem vorliegenden Verfahren vorwiegend um einen diplomatischen Prozess handelt, der rechtlich schwer greifbar ist.

Man sollte sich letztlich diplomatisch für oder gegen eine Weiterführung der Antragstellung entscheiden, unabhängig von rechtlichen Regelungen und möglichen Ansprüchen.

Herr Prof. Dr. Müller-Bahlke bedankte sich für die Diskussion, welche er als einen Akt der Solidarität wahrgenommen hat. Er freue sich über die große Sympathie für die Franckeschen Stiftungen.

In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass das Wohl der Franckeschen Stiftungen und der Stadt Halle nicht von einem Titel abhängt, sondern von der Qualität der Arbeit, welche stark davon bestimmt ist, ein gutes, vertrauensvolles und intensives Miteinander zwischen Stiftung und Stadt weiterzuentwickeln.

Abschließend wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf den Stadtratsbeschluss vom 02.10.2012 hin, in welchem sich der Stadtrat mit voller Überzeugung für die Bewerbung um den Titel einsetzte. Er zitierte aus der Beschlussfassung: „Die Stadt Halle unterstützt die Bewerbung der Franckeschen Stiftungen und bittet das Land Sachsen-Anhalt, alles für die erfolgreiche Durchführung zu tun.“

Er halte es deshalb nicht für den richtigen Weg, den Antrag jetzt zurückzuziehen.

Weitere Wortmeldungen zur aktuellen Stunde lagen nicht vor.

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Torsten Fritz zur Kaimauer am MMZ

Herr Fritz bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 7.1, in welchem es um den Baubeschluss Hochwasserbeseitigung an der Ufermauer Multimediazentrum geht.

Nach seiner Auffassung werde in der Vorlage der Verwaltung der seit dem Jahr 2009 bestehende Vorschaden nicht thematisiert. Er kritisierte auch, dass auf Seite 5 der Vorlage, in der Liste der auszugebenden Mittel dargestellt ist, dass 1,7 Mio. Euro ausschließlich aus Fluthilfemitteln für die Wiedererrichtung der Mauer vorgesehen sind.

In diesem Zusammenhang fragte er an, in welchem Maße die ab dem Jahr 2009 beantragten Fördermittel aus den verschiedenen Fördertöpfen in der Vorlage berücksichtigt worden sind.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, antwortete dahingehend, dass die Bewilligung der Fördermittel unter der Maßgabe des Fördermittelgebers für eine Wiederherstellung bzw. Flutschadensbeseitigung vorliegt.

Bei der Vorlage handelt es sich um einen Baubeschluss. In diesem werde auch auf die vor dem Hochwasser 2009 bestehende Situation eingegangen und der Hinweis gegeben, für bestimmte Teile der Ufermauer andere Finanzquellen darzustellen.

Herr Fritz machte noch einmal deutlich, dass seiner Ansicht nach der Schaden an der Ufermauer, welcher schon 2009 entstanden ist, mit den jetzt eingereichten Fördermitteln instandgesetzt werden soll.

Durch **Herrn Beigeordneten Stäglin** wurde darauf hingewiesen, dass er davon ausgeht und auch der Anspruch aller Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung dahingehend vorliegt, immer nach bestem Wissen und Gewissen bei der Erstellung der Vorlagen zu arbeiten. Ebenso sei dem Fördermittelgeber die Vorgeschichte der Stützmauer bekannt.

Herr Rodney Thomas zum Haushalt

Herr Thomas fragte an, ob die Stadt die von Herrn Pleye, Präsident des Landesverwaltungsamtes, angeforderte verbindliche Planung zur stufenweisen Reduzierung des Liquiditätsvolumens vorbereitet und veröffentlicht hat und wie groß die im Plan erwartete Kassenkreditminderungssumme bis 2020 ist.

Laut Aussage von **Herrn Bürgermeister Geier** wurde durch die Stadt im Verlauf des Jahres 2015 entsprechend den Festlegungen in der Genehmigung zum Haushaltsjahr 2015 die Berichterstattung zur Liquiditätsplanung gemacht. Die Planungen wurden quartalsweise vorgelegt.

Des Weiteren habe es im Verlauf des Jahres 2015 eine geänderte Erlasslage im Land gegeben, da an verschiedenen Stellen zusätzliche finanzielle Leistungen abgesichert werden mussten.

Bezüglich der Größenordnung sprach **Herr Bürgermeister Geier** von 18 Mio. Euro, über die in den nächsten Haushaltsberatungen diskutiert werden muss.

Herr Thomas fragte nach, ob die Verwaltung öffentliche Veranstaltungen durchführen wird, in denen die Bürgerinnen und Bürger zusammen mit der Verwaltung Prioritäten für die Haushaltskürzungen setzen können.

Durch **Herrn Bürgermeister Geier** wurde darauf verwiesen, dass sich die Ausführungen des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes auf den Finanzhaushalt beziehen. Dabei ist die Vorgabe, den Finanzhaushalt, der im Moment bei einem Minus von 18 Mio. Euro liegt, bis zum Jahr 2020 auf null zu bekommen. Damit wäre die Vorgabe des Landesverwaltungsamtes erfüllt.

Herr André Scherer zum Fußgängerübergang Böllberger Weg

Herr Scherer stellte sich als Leiter der Kindertagesstätte Weingärten, am Böllberger Weg/ Glaucher Straße vor.

Er bat darum, eine Querungsmöglichkeit für Fußgänger im Bereich Böllberger Weg oder bzw. und Glauchaer Straße zu schaffen. Seine Bitte begründete er damit, dass die meisten der 180 Kinder, welche die Einrichtung besuchen, die Straße überqueren müssen.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Scherer** auch auf das Vorhandensein eines Kinderchores im Künstlerhaus 188 und weitere 45 Hortkinder, welche morgens bzw. nach Schulschluss in den Hort und über die Straße gebracht werden müssen.

Nachdem es vor Jahren einen schweren Unfall an der Stelle gab, wurde schon einmal eine Ampellösung versprochen.

Herr Scherer wünschte sich im Namen der Kinder und deren Eltern eine Zwischenlösung bis zur Fertigstellung des Böllberger Weges, damit die beiden von ihm genannten Straßen gefahrlos überquert werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine nochmalige Prüfung des Sachverhaltes zu.

Problematisch sei jedoch die Querung des Schienenverkehrs an der angegebenen Stelle. Man müsse deshalb genau abwägen, welche Maßnahmen in Betracht kommen.

Wenn nicht unbedingt an einem Fußgängerüberweg festgehalten wird, sondern als Vorgabe eine sichere Überquerung ausschlaggebend ist, werde man versuchen, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Frau Sabine Eberhard zur Jugendarbeit

Frau Eberhard sprach als eine Vertreterin der freien Träger der Jugendarbeit in Halle vor und bezog sich auf die Diskussion zur Jugendhilfeplanung für die präventive Jugendarbeit.

Sie fragte nach, wie die freien Träger mit benachteiligten Jugendlichen weiter arbeiten sollen, wenn zehn Prozent Eigenmittel aufzubringen sind.

Des Weiteren machte sie auf die Situation aufmerksam, dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freien Träger keine Arbeitsverträge vorlägen und sie im Dezember nicht wissen, ob sie im Januar arbeiten dürfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die bereits zu dieser Thematik geführte Diskussion im Jugendhilfeausschuss, in welchem der einstimmige Beschluss gefasst wurde, wie die Jugendhilfe zukünftig aussieht. Insoweit geht es jetzt um die Umsetzung dieser Planung.

Von Beginn seiner Amtszeit an habe er mit den Trägern der freien Jugendhilfe eine Kommunikation geführt und ausdrücklich um die Vorlage eines Gesamtpräventionskonzeptes gebeten, welches auch zugesagt worden ist. Bislange liegt jedoch kein Papier dazu vor.

Es bedarf eines abgestimmten Konzeptes darüber, welche präventiven Jugendhilfemaßnahmen für den jeweiligen Träger sinnvoll sind. Dieses wurde im Jugendhilfeausschuss erarbeitet.

Herr Wolfgang Rothe zur Jugendarbeit

Herr Rothe stellte sich als Mitarbeiter im Waldorf-Jugendtreff vor.

Er bezog sich in seiner Anfrage auf eine Pressemitteilung, dass sich die Stadt Halle im Rahmen der Förderung der Jugendhilfe auf einem der letzten Plätze befindet. In diesem Zusammenhang fragte er an, wo der wirkliche Wille und Ansatz der Stadt liegt, dieses zu ändern.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Bildung, stellte dazu fest, dass die in den Einwohnerfragen angesprochenen zehn Prozent Eigenmittel in jeder Förderrichtlinie enthalten waren und dem entspricht, was das SGB VIII in der Förderung nach § 74 auch vorschreibt. Seit 25 Jahren wird die Einbringung von Eigenmitteln in den Förderrichtlinien festgelegt und auch in der aktuellen Förderrichtlinie soll dies fortgeschrieben werden.

In Bezug auf eine mehrjährige Förderung machte **Frau Brederlow** darauf aufmerksam, dass es diese Möglichkeit zwar geben, aber nicht für alle Träger gelten wird. Laut SGB VIII muss eine mehrjährige Förderung planerisch für die Angebote unterlegt sein, die eine längerfristige Notwendigkeit haben.

Hierbei gäbe es momentan das Problem, dass eine vom Stadtrat beschlossene Jugendhilfeplanung vorliegt, die zurzeit mit dem Widerspruch des Oberbürgermeisters beim Landesverwaltungsamt liegt.

Von der Verwaltung wurde jedoch schon ein Teil der beschlossenen Stellen zur Schulsozialarbeit, die in der Jugendhilfeplanung vorgesehen sind, zugestanden.

Im Hinblick auf das Jahr 2017 soll noch eine entsprechende Prüfung und nochmalige Darstellung des tatsächlichen Bedarfs vorgenommen werden. Strittig sind dabei einzelne Stellen bei Trägern, die in der Summe etwa fünf Stellen ausmachen. Insgesamt besteht keine Gefährdung aktuell bestehender Angebote.

Frau Nancy Wirth zur Jugendarbeit

Frau Wirth machte darauf aufmerksam, dass bereits eine Jugendhilfeplanung vorliegt, an welcher die freien Träger mitgearbeitet haben. Ebenso lägen genug Konzepte, Qualitätsstandards und Mindeststandards vor, welche eine gute Grundlage der Arbeit in der Jugendhilfe bilden. Mittlerweile liegt auch ein einheitliches Berichtswesen vor, was den Stadträten erleichtern soll, die Arbeit der freien Träger zu beurteilen.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde noch einmal deutlich gemacht, dass möglichst vollständig auf präventive Arbeit umgestellt werden soll. Dazu sei ein abgestimmtes Konzept erforderlich.

Er lud die freien Träger ein, zusammen mit der neuen Beigeordneten für Bildung und Soziales ein solches Konzept zu erarbeiten, um innerhalb der Stadt abgestimmt eine solche präventive Jugendarbeit aufbauen zu können.

Seiner Meinung nach könne die Arbeit nicht unverändert fortgeführt werden, wenn anhand der Ergebnisse momentan davon ausgegangen werden muss, dass die Jugendlichen nicht ausreichend in den ersten Arbeitsmarkt geführt und positiv in die Zukunft begleitet werden.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand wurde durch **Frau Wirth** darauf hingewiesen, dass die präventive Jugendarbeit nicht nur der Fitmachung auf den ersten Arbeitsmarkt, sondern auch der Persönlichkeitsentwicklung einzelner Menschen dient.

Frau Kerstin Köferstein zur Jugendarbeit

Frau Köferstein stellte sich als Vertreterabordnung der freien Träger vor und informierte über einen offenen Brief zur Jugendarbeit, da mit den derzeit eingestellten Mitteln für die Kinder- und Jugendhilfe es nicht möglich sei, den jetzigen Standard zu halten.

In Bezug auf den Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Jugendhilfeplanung fragte sie an, wie jetzt weiter damit umgegangen werde.

Frau Brederlow, Beigeordnete für Bildung und Soziales, stellte klar, dass ein Teil dessen, was in den Ausschüssen zur Jugendhilfe beschlossen wurde, von der Verwaltung anerkannt ist.

Des Weiteren machte sie darauf aufmerksam, dass bei der Ausstattung der Sozialräume mit Einrichtungen der Jugendarbeit pauschal überall eine Stelle mehr angeführt wurde. Im Unterausschuss Jugendhilfe müsse diese Problematik noch einmal abgewogen und über die tatsächliche Notwendigkeit diskutiert werden.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde ergänzt, dass bei Überarbeitung und richtiger Darstellung der von Frau Brederlow aufgeführten Punkte kein Widerspruch zu erwarten ist. Ein pauschaler Ansatz der Finanzmittel, ohne Begründung und Deutlichmachung der Angemessenheit, sei nicht zulässig.

Frau Köferstein wies noch einmal darauf hin, dass durch die Jugendhilfe staatliche Aufgaben erfüllt werden und es sinnvoller gewesen wäre, schon in den vergangenen Sitzungen des Unterausschusses Jugendhilfe über die strittigen Themen zu diskutieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf das Angebot der Beigeordneten für Bildung und Soziales zur nochmaligen Beratung im Unterausschuss und zur notwendigen Untersetzung der Stellen. Dazu müssen Projekte erarbeitet werden, die die präventive Jugendarbeit weiter voranbringen.

Herr Arvid Orlando Pereira Salcado zur Jugendarbeit

Herr Pereira Salcado stellte sich stellvertretend für die Besucher von sozialen Einrichtungen bzw. Jugendeinrichtungen der Stadt Halle vor. Er informierte darüber, dass aus Besucher-sicht der Jugendlichen und Kinder ebenfalls ein offener Brief verfasst wurde, den er Herrn Oberbürgermeister zur Kenntnisnahme übergab.

Darin werde die Frage nach der Zukunft der sozialen Einrichtungen bzw. der Jugendeinrichtungen gestellt.

Frau Brederlow, Beigeordnete für Bildung und Soziales, sicherte eine konkrete schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zum offenen Brief zu.

In diesem Zusammenhang machte sie noch einmal deutlich, dass es nicht darum geht, Angebote zu reduzieren, sondern einen Großteil der Angebote für Kinder und Jugendliche zu erhalten und weiter zu qualifizieren. Aus diesem Grund wurden auch in diesem Jahr im Jugendhilfeausschuss Fachstandards beschlossen.

Sie wies weiter darauf hin, dass erst der Haushalt im Stadtrat beraten und beschlossen werden muss, ehe man die Förderungen zur Jugendhilfe beschließen kann.

Eine weitere Schwierigkeit bildet auch die Jährlichkeit der Förderungen und man müsse sehr gut überlegen, wie und an welchen Stellen eine Mehrjährigkeit der Förderung erreicht werden kann. Für alle wird das nicht möglich und auch nicht nötig sein.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde auf das Ziel der Verwaltung verwiesen, eine Mehrjährigkeit herzustellen, was jedoch von einem beschlossenen Haushalt abhängig sei.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 14. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 48 Mitglieder des Stadtrates (84,21 %) anwesend.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, verpflichtete Frau Annika Seidel-Jähmig, SPD-Fraktion, als Nachfolgerin für Herrn Dr. Karamba Diaby, welcher sein Stadtratsmandat niedergelegt hat, auf der Grundlage des § 53 (2) KVG LSA, ihre Aufgaben als Stadträtin nach bestem Können und Wissen wahrzunehmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Gesetze des Landes zu beachten und danach zu handeln.

Weiterhin bat er sie, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und das Wohl der Stadt und ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.

Gleichzeitig wies er sie gemäß § 30 (3) KVG LSA Pflichtbelehren auf die nach § 32 und 33 obliegenden Pflichten hin.

Auf Grundlage des Beschlusses des Stadtrates ernannte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** im Namen der Stadt Halle (Saale) Frau Katarina Brederlow mit Wirkung vom 01.01.2016 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für eine Amtszeit von sieben Jahren zur Beigeordneten der Stadt Halle (Saale).

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen, da sie bereits zurückgezogen worden sind:

- 7.1.4 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016, VI/2015/01200, Stellenplan des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: VI/2015/01465

- 7.1.12 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01436
- 7.1.17 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen
Vorlage: VI/2015/01486

Weiterhin informierte er über das Vorliegen einer neuen Version des Haushaltsplanentwurfes, in welcher der fraktionsübergreifende Kompromissvorschlag vom Oberbürgermeister übernommen wurde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, bestätigte das Vorliegen einer Beschlussvorlage im Session, in welcher auf die Änderungen in den Fachausschüssen hingewiesen wird. Aus diesem Grund gehe er davon aus, dass die Änderungen, einschließlich der Änderungen zur Moritzburg, in den Haushaltsplanentwurf mit Stand 10.12.2015 eingearbeitet worden sind.

Insofern hätten sich alle Änderungsanträge bis zum Antrag 7.1.24 damit erledigt und müssten nicht mehr abgestimmt werden. Ebenso könne mit dem Kompromiss verfahren werden, da dieser in die Vorlage aufgenommen wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass er momentan die Übernahme der Anträge nicht erklären kann, wenn der weitere Ablauf der Sitzung nicht bekannt ist. Er bat um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um sich mit den Fraktionsvorsitzenden zu beraten.

Im Weiteren machte er deutlich, dass auch über den Kompromissvorschlag abzustimmen ist.

Aufgrund sich widersprechender Aussagen zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf zeigte **Herr Lange** eine sofortige kurze Auszeit zur Klärung des Sachverhaltes an.

Nach erfolgter Rücksprache verwies **Herr Lange** noch einmal auf die bereits zurückgezogenen drei Änderungsanträge 7.1.4, 7.1.12 und 7.1.17 und machte darauf aufmerksam, dass für die heutige Stadtratssitzung der ursprüngliche Haushaltsplanentwurf der Stadtverwaltung als Beratungsgrundlage dient.

Zum weiteren Verfahren mit dem Kompromisspapier schlug **Herr Lange** in Abstimmung mit den Fraktionen vor, dass es einen Änderungsantrag aller Fraktionen gibt, der die Vorlage der Stadtverwaltung - Veränderung Haushaltsplan 2016 vom 10.12.2015 - die jetzt im Session eingestellt wurde, zur Grundlage hat.

Dazu kommen drei weitere Änderungsanträge:

- 7.1.25 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 -
Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01570

- 7.1.26 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01571
- 7.1.27 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01572

Im Weiteren machte **Herr Lange** darauf aufmerksam, dass er wegen Uneinigkeit bezüglich des Kompromisspapiers in der Diskussion zur Tagesordnung darauf verzichtet, zur Zurückziehung der anderen Änderungsanträge aufzufordern. Dies werde erst erfolgen, wenn das Kompromisspapier und der erste Änderungsantrag in Gänze abgestimmt sind.

Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, ergänzte, dass man sich nicht nur auf den ursprünglichen Entwurf des Haushaltes beziehen könne, sondern auch die Veränderung des Stellenplanentwurfes und der Beteiligungsbericht zu berücksichtigen sind.

Herr Lange informierte weiter darüber, dass nachfolgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen sind:

- 7.3 Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01317
Wurde im Finanzausschuss vertagt.
- 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291
Der Antrag wurde zurückgezogen.
- 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Veröffentlichung von beabsichtigten mobilen Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/01294
Der Antrag wurde zurückgezogen.
- 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadttaubenmanagement
Vorlage: VI/2015/01293
Der Antrag wurde zurückgezogen.
- 8.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00801
Der Antrag wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 9.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses
Vorlage: VI/2015/01279
Der Antrag wurde im Hauptausschuss bis März 2016 vertagt.

- 9.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation
Vorlage: VI/2015/01278
Der Antrag wurde vertagt.
- 9.5 Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung
Vorlage: VI/2015/01269
Der Antrag wurde im Ausschuss für Personalangelegenheiten vertagt.

Herr Lange teilte das Vorliegen von Dringlichkeitsanträgen mit und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

- 7.21 Zustimmung zur Annahme von Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2015/01548

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: **einstimmig zugestimmt**
Vorlage: VI/2015/01548 mit mehr als 2/3 Mehrheit

- 9.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2015/01566

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: **einstimmig zugestimmt**
Vorlage: VI/2015/01566 mit mehr als 2/3 Mehrheit

Durch **Herrn Lange** wurden weitere Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung mitgeteilt:

- 7.9 Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017
Vorlage: VI/2015/00719
Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

- 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung
Vorlage: VI/2015/00574
Der Antrag wird unter dem TOP 7.1 Haushalt mit behandelt.

- 8.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan
Vorlage: VI/2015/01303
Hierzu liegt ein geänderter Beschlussvorschlag vor.

- 9.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Berichterstattung über Maßnahmen der Wiederaufforstung in der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2015/01513
Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert und es liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor.

- 10.13 Anfrage der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Betreibung der Händel-Halle

Die Anfrage wird im nicht öffentlichen Teil behandelt.

- 13.2 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Schaffung einer Fußgängerüberquerung am Böllberger Weg/Glauchauer Straße
Vorlage: VI/2015/01516

Die Anregung wurde ergänzt.

Durch **Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag

- 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291

nicht ganz abgesetzt, sondern als Anregung umgewandelt wurde, unter der Voraussetzung, dass der Oberbürgermeister regelmäßig darüber berichtet.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.11.2015
Vorlage: VI/2015/01523
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200
- 7.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum HH-Plan VI/2015/01200 - Moritzburg
Vorlage: VI/2015/01416
- 7.1.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den

- Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01445
- 7.1.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlagen-Nummer VI/2015/01200 - Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01439
- 7.1.3 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014“ - VI/2015/01200 - Förderung von Sportveranstaltungen im Jahr 2016
Vorlage: VI/2015/01442
- 7.1.4 *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016, VI/2015/01200, Stellenplan des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"*
Vorlage: VI/2015/01465 *zurückgezogen*
- 7.1.5 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01469
- 7.1.6 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2016, VI/2015/01200, Städtepartnerschaften
Vorlage: VI/2015/01472
- 7.1.7 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014“ - VI/2015/01200 – elektronische Abwicklung von Parkvorgängen
Vorlage: VI/2015/01482
- 7.1.8 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Werner Misch und des Stadtrates Eberhard Doege zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - VI/2015/01200 (Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz)
Vorlage: VI/2015/01342
- 7.1.9 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorlage: VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01443
- 7.1.10 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorlage VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01444
- 7.1.11 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01419
- 7.1.12 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014*
Vorlage: VI/2015/01436 *zurückgezogen*

- 7.1.13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01437
- 7.1.14 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01407
- 7.1.15 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01447
- 7.1.16 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (Vorlage VI/2015/01200) – hier Produkt 1.55101 Grünflächen, Parkanlagen und Stadtgrün
Vorlage: VI/2015/01438
- 7.1.17 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlagen-Nr.: VI/2015/01200 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen*
Vorlage: VI/2015/01486 *zurückgezogen*
- 7.1.18 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2016 (Vorlage VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01423
- 7.1.19 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016, VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01524
- 7.1.20 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/ 2015/ 01200
Vorlage: VI/2015/01526
- 7.1.21 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr (Vorlage-Nr.: VI/2015/01200) - hier: Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2015/01527
- 7.1.22 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2016, VI/2015/01200 - Reinigung an öffentlichen Schulen
Vorlage: VI/2015/01529
- 7.1.23 Änderungsantrag des Ausschusses für Personalangelegenheiten zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 VI/2015/01200, Stellenmehrbedarf Asyl/Flüchtlinge 2016
Vorlage: VI/2015/01530

- 7.1.24 Änderungsantrag des Finanzausschusses zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01562
- 7.1.25 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 -
Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01570
- 7.1.26 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01571
- 7.1.27 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01572
- 7.1.28 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01576
- 7.2 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01325
- 7.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Fraktion) zur Vorlagen-Nr.: VI/2015/01325 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01474
- 7.3 *Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/01317 *vertagt*
- 7.3.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur BV Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/01564 *vertagt*
- 7.4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Soziales
Vorlage: VI/2015/01448
- 7.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Immobilien
Vorlage: VI/2015/01452

- 7.6 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2015/01470
- 7.7 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2015/01415
- 7.8 Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01174
- 7.9 Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017
Vorlage: VI/2015/00719
- 7.9.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017
Vorlage: VI/2015/01569
- 7.10. Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes AZV Elster-Kabelsketal Grundstücksentwässerungssatzung
Vorlage: VI/2015/01254
- 7.11 Widmung eines Teilstücks der Wegastrasse zur Gemeindestrasse
Vorlage: VI/2015/01364
- 7.12 Widmung eines Teilstücks der Polarisstrasse zur Gemeindestrasse
Vorlage: VI/2015/01366
- 7.13 Widmung der Siriusstrasse zur Gemeindestrasse
Vorlage: VI/2015/01365
- 7.14 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 155) an der Mühlgrabenbrücke Auffahrt nördlich (BR 014)
Vorlage: VI/2015/01250
- 7.15 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 201) an der Ufermauer Multimediazentrum (UM 005) und Errichtung eines Bootsanlegers
Vorlage: VI/2015/01265
- 7.16 Baubeschluss Instandsetzung der Brücken über den Franckeplatz (BR 012-013)
Vorlage: VI/2015/01297
- 7.17 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 "Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstrasse/Leipziger Strasse" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01090
- 7.18 Wirtschaftsplan 2016 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01095
- 7.19 Jahresabschluss 2014 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01247

- 7.20 Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2015/01362
- 7.21 Zustimmung zur Annahme von Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen
Zuwendungen
Vorlage: VI/2015/01548
8. Wiedervorlage
- 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291
- 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Veröffentlichung von beabsichtigten mobilen
Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/01294
- 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der
investiven Sportförderung
Vorlage: VI/2015/00574
- 8.4 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion,
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide
Vorlage: VI/2015/01302
- 8.5 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadttaubenmanagement*
Vorlage: VI/2015/01293 *zurückgezogen*
- 8.5.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der*
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadttaubenmanagement (VI/2015/01293)
Vorlage: VI/2015/01417 *zurückgezogen*
- 8.6 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe*
im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00801 *vertagt*
- 8.6.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00929 *vertagt*
- 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Aufhebung des
Gestaltungsbeschlusses zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA (Vorlage:
V/2012/11289)
Vorlage: VI/2015/01301
- 8.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer
Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan
Vorlage: VI/2015/01303
- 8.8.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan
Vorlage: VI/2015/01335
- 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den Verhandlungen über
das Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement)
Vorlage: VI/2015/01399

9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erlassung der Kaltmiete für den Verein "Künstlerhaus 188 e.V."
Vorlage: VI/2015/01488
- 9.2 *Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses*
Vorlage: VI/2015/01279 vertagt
- 9.3 *Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation*
Vorlage: VI/2015/01278 vertagt
- 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung weiterer Coworking Spaces im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/01492
- 9.5 *Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung*
Vorlage: VI/2015/01269 vertagt
- 9.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur regelmäßigen Bereitstellung einer Informationsvorlage über die Unterbringung, Betreuung und Unterstützung von Asylbewerbern
Vorlage: VI/2015/01493
- 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen am nordwestlichen Badestrand des Hufeisensees
Vorlage: VI/2015/01514
- 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Richtlinie zur Förderung von Städtepartnerschaften
Vorlage: VI/2015/01515
- 9.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Aufwertung des Rannischen Platzes
Vorlage: VI/2015/01511
- 9.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Berichterstattung über Maßnahmen der Wiederaufforstung in der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2015/01513
- 9.10.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Berichterstattung über Maßnahmen der Wiederaufforstung in der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2015/01541
- 9.11 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, CDU/FDP und der SPD zur Sicherung des Standortes des Zentrums für Zirkus und bewegtes Lernen Halle e.V.
Vorlage: VI/2015/01517

- 9.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VI/2015/01518
- 9.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Absicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindertagesstättenplatz für Eltern mit Kind
Vorlage: VI/2015/01519
- 9.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2015/01566
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Sanierung von Bergbaufolgeschäden
Vorlage: VI/2015/01487
- 10.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum 'Team Flüchtlinge' im Jobcenter Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01504
- 10.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Umzugsmanagement und dezentraler Unterbringung
Vorlage: VI/2015/01508
- 10.4 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bürgerservice
Vorlage: VI/2015/01494
- 10.5 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sportareal am Gesundbrunnen und zu Parkflächen
Vorlage: VI/2015/01411
- 10.6 Anfrage des Stadtrates Klaus Hopfgarten (SPD-Fraktion) zum Franzosensteinweg
Vorlage: VI/2015/01499
- 10.7 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zu Angebot und Nutzung im Bereich Frühorte
Vorlage: VI/2015/01502
- 10.8 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zu Schulanfangszeiten hallescher Grundschulen
Vorlage: VI/2015/01506
- 10.9 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zur Bedarfsanalyse in der präventiven Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01507
- 10.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass
Vorlage: VI/2015/01509
- 10.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu bereits ausgehandelten LQE-Vereinbarungen
Vorlage: VI/2015/01510

- 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fördermitteln für den kommunalen Straßenbau
Vorlage: VI/2015/01512
- 10.13 Anfrage der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Betreibung der Händel-Halle
- Behandlung im nicht öffentlichen Teil -
- 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtgrün im Bereich des Gimritzer Damms
Vorlage: VI/2015/01408
- 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Stellplatzablösebeiträgen
Vorlage: VI/2015/01400
- 10.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Erkenntnissen des Immissionsschutzberichtes 2014 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01307
- 10.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur innerstädtischen Werbung für die Händelfestspiele 2016
Vorlage: VI/2015/01503
- 10.18 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Werbegerüst am Steintorplatz
Vorlage: VI/2015/01521
- 10.19 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Förderung des Landes Sachsen-Anhalt zur Schaffung sozialen Wohnraums
Vorlage: VI/2015/01522
- 10.20 Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Wasserqualität am Hufeisensee
Vorlage: VI/2015/01396
- 11. Mitteilungen
 - 11.1 Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2015/01354
 - 11.2 Die Rolle der Stadt Halle (Saale) bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen mit guten Bleibeperspektiven - Die Stadt Halle (Saale) als Netzwerker
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
 - 12.1 mündliche Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler zu Baumpflegearbeiten im Park Gimritz
 - 12.2 mündliche Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler zum Thema Paulus Wohnpark
 - 12.3 mündliche Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Bericht über unterjährige Prüfungen in der Stadt Halle (Saale) im Haushaltsjahr 2013
- 13. Anregungen

- 13.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Informationshinweisen im Stadthaus
Vorlage: VI/2015/01505
- 13.2 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schaffung einer
Fußgängerüberquerung am Böllberger Weg/Glauchauer Straße
Vorlage: VI/2015/01516
- 14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Aufgrund des verkürzten Sitzungstermins lag noch keine Niederschrift vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 25.11.2015 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehängt wurden und damit bekannt gegeben sind. Ebenso seien diese im Amtsblatt nachlesbar.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete über die aktuelle Flüchtlingssituation in der Stadt Halle.

Mit Stand vom 16.12.2015 beträgt die Flüchtlingszahl in der Stadt Halle (Saale) 3.007. Es wurden 395 Duldungen und 389 humanitäre Aufenthaltstitel erteilt.

In der Landesaufnahmeeinrichtung Riebeckplatz sind 493 Flüchtlinge untergebracht, in der Außenstelle Dölauer Straße Null und in der Außenstelle Jugendherberge August-Bebel-Straße 48 Flüchtlinge.

Derzeit sind 92 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gemeldet. Damit beträgt die Gesamtzahl 4.424.

Die angekündigten Zuweisungen zum 16.12.2015 sind 15, bei denen es sich im Wesentlichen um Familienzusammenführungen handelt.

Zum 16.12.2015 sind 100 Umzüge in dezentrale Wohnungen erfolgt.

Im Weiteren informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass der in der letzten Stadtratssitzung angekündigte Erlass zur Unterbringung von Flüchtlingen jetzt im Entwurf vorliegt. Die Stadt wurde um Stellungnahme gebeten und rechnet damit, dass der Erlass in den nächsten Wochen Rechtsverbindlichkeit erhält.

In gleichem Zusammenhang machte er deutlich, dass damit die Leistungen aufgefangen werden sollen, die auf die Kommune im Hinblick auf den Zustrom der Flüchtlinge zukommen. Von Seiten des Landes sind aktuell erhebliche Erleichterungen geplant, wie

1. Die Erhöhung des Liquiditätsrahmens mit Sach- und Personalkosten ist kommunal-aufsichtlich zu dulden und zu genehmigen.
2. Die Voraussetzungen für über- und außerplanmäßige Aufgaben und Auszahlungen liegen auch dann vor, wenn die Deckung noch nicht gewährleistet ist.
3. Die Kreditaufnahmen werden zugelassen für wesentliche Instandsetzungen und Neubauten.
4. Eine großzügige Auslegung bei der Verpflichtung zur Nachtragssatzung. Die befristete Einstellung von Personal ist auch ohne Nachtragssatzung möglich.
5. Der vorzeitige Maßnahmebeginn bei Investitionsmaßnahmen wird ad hoc zugelassen.

Es soll damit ermöglicht werden, flexibel mit dem Haushalt umzugehen. Die Sekundärkosten sind mit eingeschlossen.

Sollten bis zum Ende des Haushaltsjahres 2016 tatsächlich noch Ausgaben im Bereich KdU oder ähnliches kassenwirksam werden, wird nach gesetzlicher Vorgabe dem Stadtrat eine überplanmäßige Aufwendung oder eine Nachtragssatzung zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Erlass ermöglicht einen großen Spielraum in der Beurteilung der Pflicht zur Nachtragssatzung.

Bezüglich der aktuellen Situation im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass 360.000 Anträge derzeit unbearbeitet sind. Es sollen 3.700 neue Stellen geschaffen und eine Ankunfts-karte für Sozialleistungen für eine Stadt ausgehändigt werden, um den Verbleib in einer Stadt bis zum Abschluss des Asylverfahrens sicherzustellen. Des Weiteren wurde eine dreimonatige Bearbeitungszeit des Asylverfahrens zum Ziel gesetzt.

Momentan vergibt das BAMF in Sachsen-Anhalt keine neuen Anhörungstermine für Flüchtlinge. Für die in diesem Monat ankommenden Flüchtlinge erfolgt die Anhörung möglicherweise erst Ende des Jahres 2016.

Die Verwaltung schätzt ein, dass es vollkommen offen ist, ob im Jahr 2016 Asylverfahren rechtskräftig abgeschlossen werden können und welche Sekundärkosten für bedürftige Menschen tatsächlich auf die Stadt zukommen. Die am Ende des Haushaltsjahres entstehenden Kosten sind unstrittig und es muss eine Klärung dahingehend erfolgen, wie diese Kosten für die Stadt bis dahin reduziert werden können.

Aus Sicht der Verwaltung muss die Zeit bis Ende des nächsten Jahres intensiv genutzt und an der sprachlichen und kulturellen Integration, der beruflichen Qualifizierung und Fortbildungsmaßnahmen durch halesche Unternehmen oder durch ein dreimonatiges Praktika in Unternehmen gearbeitet werden. Dazu sollen in den nächsten Wochen weitere Informationsveranstaltungen durchgeführt werden.

Da ca. 50 Prozent der Flüchtlinge in Halle bleiben und als Neubürger ihre Zukunft in der Stadt aufbauen wollen, sollen durch einen Fragebogen die Stärken und Wünsche im beruflichen Umfeld ermittelt werden.

Zum Kunstmuseum Moritzburg teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass letztmalig die Finanzierungsvereinbarung am 28.03.2010 von der damaligen Oberbürgermeisterin Szabados auf unbestimmte Zeit und in der vorläufigen Haushaltsführung abgeschlossen wurde. Bereits im Jahr 2006 wurden die Zahlungen aus dem städtischen

Haushalt auf Grund der nicht bestehenden Leistungsfähigkeit der Stadt Halle, bedingt durch den hohen Schuldenstand und die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen, eingestellt.

Nach Auffassung des Landesverwaltungsamtes vom 30.11.2015 bestehen im Vertrag hinsichtlich einer Zahlungsverpflichtung widersprüchliche Vorgaben.

Die Stadt Halle hat am 30.09.2015, im Hinblick auf die Kooperation mit der Moritzburg, dem Land ein schriftliches Angebot zur Unterstützung in Höhe von jährlich 160.000 Euro für die Jahre 2015 bis 2019 gemacht. Darin aufgegliedert sind 80.000 Euro zur Realisierung eines Digitalisierungsprojektes, 50.000 Euro ausgezahlt für Projektarbeiten der Moritzburg und 30.000 Euro Energieleistungen und Einsparungen innerhalb des Konzerns.

Das Angebot wurde vom Minister bestätigt, von der Verwaltung des Kultusministeriums jedoch abgelehnt. Eine Klage liegt der Stadt derzeit noch nicht vor.

In Bezug auf zukünftig in der Stadt geplante Investitionen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass diese in Frage gestellt sind, wenn kein bestätigter Haushalt vorliegt.

Mit Hinweis auf das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit am 09.12.2015 machte er darauf aufmerksam, dass die Stadt Halle immens von dem Projekt in Form von schnellen Verbindungen im Personen- und Güterverkehr profitiert.

Durch die Maßnahme werden Anfragen der Hotels in Bahnhofsnähe, die Umgestaltung des Riebeckplatzes, eine stärkere Nachfrage im Tourismus und eine Öffnung für das Gewerbegebiet Ost im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert.

Bezugnehmend auf das Unternehmen Hellmann Worldwide Logistics teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Baugenehmigung erteilt wurde und das Unternehmen mit der Bearbeitung des Bodens im Star-Park begonnen hat. Das Vorhaben befindet sich im Bau.

Ebenso wurden durch das Logistikunternehmen Fiege erste Bautätigkeiten aufgenommen. Die Teilbaugenehmigung ist erteilt.

Abschließend wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf das Buch „Gesichter von Halle“ hin. Er bat die Mitglieder des Stadtrates, mit dem Buch für die Stadt Halle zu werben.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass bei der Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters pro Fraktion jeweils zwei Redebeiträge mit einer maximalen Dauer von drei Minuten zulässig sind. Gegenstand der Aussprache sind ausschließlich Sachverhalte, die sich auf Inhalte aus dem Bericht des Oberbürgermeisters beziehen.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014** **Vorlage: VI/2015/01200**

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zum TOP 7.1 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Der Punkt 7.1 ist die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014.

Wie gesagt, hier gibt es die entsprechende Vorlage und es gibt die entsprechenden Änderungsanträge.

Ich frage Sie, ob Sie damit einverstanden sind, dass die Redezeit für die Haushaltsreden entgrenzt wird? Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine zögerliche ... Wer dagegen ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das sind aber eindeutig weniger. Und die Enthaltungen? Damit ist das bei wenigen Enthaltungen, bei einigen Gegenstimmen so angenommen und die Haushaltsreden sind dann entsprechend entgrenzt.

Meine Frage ist, möchte die Stadtverwaltung zuerst den Haushalt einbringen, nochmal?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der Haushalt ist eingebracht. Die Stadt hat einen ausgeglichenen Haushalt in die Beratung eingebracht und wir sind gespannt, was rauskommt.

Herr Lange

Sehr schön. Und damit können wir zu den Haushaltsreden kommen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender.

Eigentlich hatte ich nach der Pause gar keine Lust, heute noch was zum Haushalt zu sagen. Weil, ich war so was von emotional bewegt nach der Diskussion, die wir da geführt haben. Aber Gott sei Dank hat ja der Vorsitzende eine Pause eingelegt und ich kam wieder runter. Ich brauche trotzdem noch ein bisschen Luftholen. Wenn man hier vorne steht, dann ist man immer noch ein bisschen angestrengt.

Trotz der Situation, die wir da erlebt haben, möchte ich den guten Ton natürlich nicht weglassen. Und zwar möchte ich mich zu Beginn meiner Ausführungen natürlich als Ausschussvorsitzender recht herzlich bei allen Mitarbeitern der Finanzverwaltung, aber eben auch bei allen anderen, die am Diskussionsprozess teilgenommen haben im Finanzausschuss, recht herzlich dafür bedanken, dass sie mit uns gemeinsam versucht haben, unsere Wissens- und Aufklärungsbegier ausreichend zu entsprechen.

Und diesen Dank richte ich auch ausdrücklich an meine Kollegen im Finanzausschuss und

natürlich auch die Kollegen Stadträtinnen und Stadträte in den anderen Fachausschüssen, die ja nicht unmaßgeblich zu dem Ergebnis, was heute vorliegt, beigetragen haben.

Kommen wir zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2016. Es ist jetzt schwierig, meine Rede völlig neu zu konstruieren, nachdem, was da gerade passiert ist. Aber ich glaube, ich muss dazu noch mal was sagen.

Der Haushalt ist eigentlich in mehrfacher Hinsicht heute ein ganz besonderer. Worin kommt denn diese Besonderheit eigentlich zum Ausdruck?

Erstens glaube ich, er wird, wenn der Antrag zu den Sekundärflüchtlingskosten beschlossen wird, leider kein ausgeglichener Haushalt sein. Der Finanzplan bleibt leider aber ebenfalls um circa 18 Millionen unausgeglichen. Und das sollte man immer, wenn man über den Haushalt spricht, dabei nicht vergessen.

Zu dem Punkt erstens komme ich dann noch mal zurück.

Eigentlich hatte ich auch einen Punkt zweitens. Da stand, den lese ich mal vor: „2. Der nun vorliegende Haushaltsplanentwurf enthält, anders als im vorigen Jahr, den durch die Fraktionen gefundenen Kompromiss für über 20 Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushalt.“ Tut er leider nicht, wie wir jetzt wissen. Damit fällt zweitens weg.

Dazu komme ich dann aber auch noch mal später, zu dem weggefallenen zweiten.

Damit bleibt dann eigentlich nur noch drittens übrig, nach erstens. Und drittens: „Der Haushaltsplanentwurf ist ein Haushalt voller Hoffnungen und zugleich auch ein Haushalt zahlreicher Risiken.“

Zurück zu erstens. Das wir heute überhaupt darüber reden können, welche sekundären Kosten die Stadt Halle mit den Zuwanderungen zu stemmen hat, ist wohl klar dem Druck aus den Ausschüssen, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, geschuldet. Und nicht zuletzt den Forderungen der Stadträtinnen und Stadträte im Finanzausschuss an die Verwaltung, diese Zahlen auf den Tisch zu legen. Ohne diesen Druck hätte die Verwaltungsspitze wohl keine entsprechenden Zahlen im Finanzausschuss vorgelegt. Davon können wir fest ausgehen. Auch nach den Ausführungen heute, gerade eben.

Aber man kann, und das ist doch wohl eine berechtigte Frage oder eine Antwort auch gleichzeitig auf diese, doch vor den Menschen, die hier bei uns in der Stadt ankommen, nicht die Augen verschließen. Sie sind ja da.

Und natürlich verursachen die Unterbringung, die Betreuung und auch erste Schritte der Integration Kosten, welche die Stadt nach jetzigem Stand der Dinge nicht vom Bund und dem Land sofort oder auch später möglicherweise ersetzt bekommt.

Sollte es dann doch anders kommen, freuen wir uns selbstverständlich. Dennoch müssen wir diese Kosten im Haushalt ausweisen. Schon aus dem Interesse der Vorsorge, die wir zu tragen haben als Stadträtinnen und Stadträte, für eventuelle Kosten im Haushalt Mittel bereitzustellen. Oder wenn sie nicht da sind, dann halt über den Kassenkredit zu decken. Im Interesse von Transparenz, im Interesse von Haushaltsklarheit und auch von Haushaltswahrheit ist dies notwendig.

Und jetzt zitiere ich meinen Kollegen, meinen Stellvertreter im Finanzausschuss, Herrn Cierpinski. Der hat so einen klugen Satz vorhin in der Pause gesagt. Es war Einstein, sagt er jetzt. Na gut, das ist egal: „Und jede Wahrheit braucht den Mut von Menschen, dass sie ausgesprochen wird.“

Und der Stadtrat hat das mit seiner übergroßen Mehrheit heute vor. Er bekundet diesen Willen durch einen Antrag, der Ihnen heute zu der Haushaltsberatung noch vorliegt. Wir wollen der Wahrheit nicht ausweichen. Wir wollen Kosten nicht verschweigen.

Und natürlich müssen wir diese Kosten auch deswegen im Haushalt aufzeigen, um dem Bund und dem Land sagen zu können, welche Kosten in welcher Höhe tatsächlich dort an dieser Stelle entstehen.

Es ist sicher richtig, dass die Kommunen sich vor Ort um die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge kümmern müssen. Aber genauso richtig ist es, dass der Bund und das Land, welche die Aufgaben den Kommunen übertragen haben, auch für die damit entstehenden Kosten, wie für die Folgekosten der Flüchtlingsaufnahme, die entsprechenden finanziellen Mittel in der Zukunft bereitstellen müssen.

Wie hoch dann insbesondere die Folgekosten sind, die Antwort darauf in Zahlen muss sich natürlich im Haushalt widerspiegeln. Wie will ich sonst diese Kosten jemals geltend machen.

Also wir beantragen das jetzt alle und werden das richtigerweise auch beschließen.

Und wir glauben auch nicht, dass das Landesverwaltungsamt einem unausgeglichenen Haushalt in der Höhe der Folgekosten widersprechen wird. Wenn der Ausgleich ausschließlich durch die Flüchtlingskosten nicht zustande gekommen ist im Haushalt, das sagt im Übrigen, das wird jetzt auch bestätigt, durch das, was Sie heute hier vorgestellt haben in Ihrem Bericht Herr Oberbürgermeister, nämlich den Entwurf des Erlasses. Die Entwerfer gehen nämlich davon aus, dass es regelmäßig Mehrkosten im Haushalt geben wird. Und dazu es besonderer Regelungen bedarf.

Und genau dem wollen wir mit unserem Antrag entsprechen.

Die Zahl 4,35 Millionen ist wichtig, um nunmehr natürlich auch Druck auf das Land beziehungsweise dem Bund in dieser Sache ausüben zu können. Wir haben natürlich nicht vor, nicht nur in diesem Haushaltsjahr nicht vor, einen Ausgleich durch Streichungen von Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt herzustellen. Dafür müssen der Bund und auch das Land sorgen.

Wir brauchen so etwas wie eine Sozialgarantie für die hier lebenden Menschen, um das weitere Erstarken von extrem rechten Strömungen der Gesellschaft zu verhindern. Wir sehen es doch, was draußen auf den Straßen passiert.

Und wenn dafür die jetzigen Steuereinnahmen in der Gesellschaft nicht ausreichen sollten, na dann muss halt eben über vielleicht auch wieder mal die Reichen-, die ungeliebte Reichen- oder Vermögenssteuer nachgedacht werden, um diese Kosten abfangen zu können.

Wir können der Bevölkerung nicht sagen, dass die Situation um die Flüchtlinge kostenlos geht. Das wäre gelogen.

Hier nun wird eben gerade deutlich, dass unser städtischer Haushalt ein Problem hat, aber ein Problem, welches nur gesamtgesellschaftlich und nicht ausschließlich in Halle gelöst werden kann. Dieses Problem muss man aber ansprechen.

Man muss es und kann es eben auch mit Zahlen untersetzen. Und diese Zahlen hat sich ja der Stadtrat nicht ausgedacht. Sondern das sind Zahlen, die von der Verwaltung uns selbst vorgestellt worden, die sich natürlich auf Annahmen begründen.

Und Annahmen können auch immer wieder, wie ein gesamter Haushaltsplan, irgendwelchen Änderungen unterfallen, sobald sich Rahmenbedingungen dafür ändern. Das ist so.

Zu meiner dritten Besonderheit. Das war der Spruch mit den Hoffnungen und Risiken. Die Hoffnung, die den Haushalt trägt, und da sind wir gleich wieder bei dem ersten Thema, besteht nämlich darin, dass alle Kosten, aber wirklich restlos alle Kosten, die unter dem Posten Asyl, das ist in den städtischen Änderungsblatt zum Haushalt, dass alle Kosten durch den Bund und das Land getragen werden.

Und zumindest die Mitglieder des Finanzausschusses kennen auch andere Informationen. Zum Beispiel von Herrn Knöchel, der ja auch Finanzausschussvorsitzender ist, allerdings im Landtag und von dort bestimmte Informationen uns im Finanzausschuss zugetragen hat.

Insbesondere geht es dabei natürlich um die Kosten der Verwaltung im Zusammenhang mit den Kosten, die für die Flüchtlinge entstehen, die möglicherweise von Hoffnung getragen sind. Und diese stellen natürlich auch umgekehrt Risiken dar im Haushalt. Was passiert, wenn das nicht kommt.

Hoffnung stellt sich auch zu einem großen Teil, zu einem sehr großen Teil, in unserem Investitionshaushalt dar. Wir finden es toll, unsere Fraktion begrüßt das, dass wir jede Menge Investitionsmittel zur Verfügung stellen wollen für die Kitas beziehungsweise für die Schulen. Sei es über Brandschutzmittel, die zur Verfügung gestellt werden sollen oder eben direkter Neubau beziehungsweise Sanierung von alten Schulen.

Wenn man aber einmal guckt, woher die Mittel kommen sollen, dann ist das STARK III. Wissen Sie, wie lange wir über STARK III im Haushalt schon reden? Fünf Jahre fast. Und seitdem hat sich nichts getan. Insofern sage ich, auch das ist Hoffnung.

Und wir müssen uns Gedanken machen, dass, wenn diese Mittel nicht oder nicht in dem Umfang kommen für die geplanten Investitionsmaßnahmen, was dann auch mit unserer Schulentwicklungsplanung passiert. Was, welche Mittel müssen wir dann in die Hand nehmen, um unseren Kindern vernünftige Lern- und Arbeitsbedingungen zu schaffen? Und nicht nur den Kindern, sondern natürlich auch den Lehrerinnen und Lehrern, die mit den Kindern umgehen und ihnen versuchen, etwas fürs Leben beizubringen. Risiken sind das natürlich demzufolge auch.

Aber wir haben auch noch Risiken an anderer Stelle. Und zwar erinnere ich da zum Beispiel an den Posten Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen. Wir haben dort wieder zehn Millionen stehen. Da steht natürlich nicht da, welche städtischen Unternehmen diese zehn Millionen zu erbringen haben. Aber wir alle wissen ja, um wen es geht oder um welche Unternehmen.

Und ich sage Ihnen, hier ist ein erhöhtes Risikopotential auch für den Haushalt vorhanden. Wir haben es auch in diesem Jahr ja sehen können, dass die eingeplanten Summen nicht in voller Höhe in den Haushalt fließen werden oder noch nicht geflossen sind. An der Stelle ist jedenfalls ein Risiko mitzunehmen.

Wir haben auch noch Risiken enthalten zum Beispiel an dem Posten Kita. Jetzt hat man zwar in dem Änderungsblatt einen Teil der Kosten mit eingearbeitet, ich bin aber der Meinung, und da spreche ich nun mal wirklich aus beruflicher Erfahrung, dass die Kosten, die dort abgebildet sind, nicht alle sind, die uns treffen werden können.

Und wir haben noch einen weiteren Risikoposten, der uns beständig begleitet. Das ist der berühmte Posten HzE. Da haben wir ja jetzt wieder im Haushalt die letzten Monate

beständig Zuwächse, außerplanmäßige Auszahlungen und Aufwendungen gehabt.

Wir sind jetzt in der Planung wieder ein Stückchen weit unter dem geblieben. Aber ich glaube, wir handeln da so ein bisschen nach dem Prinzip, wir akzeptieren das gegenseitige beschmuhen.

Und eigentlich, wir glauben natürlich oder möchten gerne glauben, dass das Argument, was die Verwaltung vorgetragen hat dazu im Finanzausschuss, dass, wenn wir einen höheren Wert einstellen würden, die Ausgaben noch deutlicher steigen würden.

Vor dem Hintergrund akzeptieren wir diese Zahl, die da steht. Aber es bleibt ein Risiko.

Ein großes Risiko im Haushalt stellt nach unserer Meinung auch der Fakt dar, dass gerade in der Zeit jetzt, in der sich die Gesellschaft massiv zu wandeln beginnt, auch für junge Menschen, die sich massiv zu wandelt beginnt, Angebote der Jugendhilfe wegzufallen drohen, welche die Teilhabe, gesellschaftliche Mitverantwortung und auch das soziale Engagement aller jungen Menschen, also auch junger Flüchtlinge, fördern sollen.

Deshalb auch der Antrag heute hier zur Aufstockung der Mittel in diesem Bereich der Jugendhilfe.

Und wir betrachten diesen Antrag nur als Versuch der Rettung vorhandener Angebotsstrukturen, wo eigentlich mehr notwendig wäre, wie in der vom Stadtrat beschlossenen Fassung der Jugendhilfeplanung ausdrücklich festgestellt wurde. Wir haben dort zuerst über die Fachstandards gesprochen. Und dann ist darüber gesprochen worden, wer kann was mit welchen Mitteln leisten.

Und erst dann hat der Ausschuss, der zuständige Jugendhilfeausschuss, und dann auch der Stadtrat in seiner Folge, ein geändertes Votum gegenüber dem, was die Stadtverwaltung vorgestellt hatte, abgegeben. Dem hat der Herr Oberbürgermeister ausdrücklich widersprochen. Und deswegen war diese Hängepartie.

Wir versuchen das über den Haushalt hier zu reparieren. Die Summe ist nicht so sehr bedeutend groß, weil der Ausfall der Mittel, die aus BuT in den letzten Jahren zur Verfügung standen für diese Arbeit, wesentlich größer gewesen ist, als das, was wir jetzt hier beantragen, zur Verfügung zu stellen. Mehr war aber in dieser Haushaltssituation leider nicht drin.

Aber dieser Antrag ist das mindeste, was wir tun können und was wir tun müssen, um die Arbeit derjenigen zu erhalten, die draußen an der Basis, ich sage es mal, auch mit der sozialen Spreizung unserer Gesellschaft zu tun haben.

Die Mitglieder unserer Fraktion haben, wie bei diesem Antrag ja auch deutlich wird, versucht, sich in allen Diskussionen zum Haushalt immer auch mit einem kritischen Blick, mit Augenmaß, mit Sachlichkeit und mit Kompromissfähigkeit einzubringen. Dies widerspiegelt sich auch in den weiteren, durch unsere Fraktion in den Fachausschüssen eingebrachten Änderungsanträgen zum Haushalt, die sich nunmehr in den Antrag, den Herr Lange vorgestellt hat, wiederfinden.

Ich erinnere da an den Antrag zur Erhöhung der finanziellen Mittel für die Bauunterhaltung an Schulen, der jetzt nun durch einen anderen Antrag zur Jugendhilfe eine Veränderung erfahren soll. Aber anders war es nicht möglich.

Und ich erinnere auch an den Antrag zur Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, wo es im Prinzip um dasselbe geht. Nur nicht um Jugendliche, sondern um, das ist jetzt nicht böse gemeint, den Rest der Bevölkerung.

Die Fraktion DIE LINKE freut sich, wenn oder dass diese Anträge in dem Kompromiss des

Finanzausschusses Berücksichtigung fanden. Und wir werden dem Haushalt zustimmen, wenn die drei übrigen Anträge einschließlich des Kompromissvorschlages des Finanzausschusses eine Mehrheit finden, dem Haushalt zustimmen und glauben, dass das an der Stelle auch richtig ist. Auch wenn es trotz alledem an mancher Stelle knurrt und quietscht.

Ich will da auch sagen, dass wir hoffentlich auf Dauer eine Lösung gefunden haben für das Künstlerhaus 188, was uns sicherlich allen am Herzen liegt. Und dass es nicht darum geht, nur eine sechzehner Lösung zu finden, sondern auch darüber hinaus.

Ich höre jetzt an dieser Stelle auf. Werde mich aber sicherlich nachher noch mal zu Wort melden, wenn es um die einzelnen Anträge geht. Die würde ich dann gerne noch mal mit einbringen wollen und dazu etwas sagen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie es mich gleich vorweg sagen, der Haushaltsplanentwurf musste wie im Vorjahr vom Stadtrat stark überarbeitet werden. Trotzdem kann uns die jetzt vorliegende Fassung eigentlich nicht zufrieden stellen. Schuld daran sind zum einen die strukturellen Unterfinanzierungen, die sich aus der kommunalen Finanzlage ergeben. Zum anderen setzt der Haushalt, den Sie, Herr Oberbürgermeister, uns in diesem Jahr vorgelegt haben, auch im Bereich der unkalkulierbaren Risiken neue Maßstäbe. Das trifft auch zu, wenn wir den hierfür nicht unmaßgeblichen Einfluss der aktuellen Flüchtlingssituation zunächst erst einmal ausklammern.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben auch in diesem Jahr wieder den Begriff der „schwarzen Null“ strapaziert, obwohl Sie sehr genau wissen, dass das, was Sie uns hier vorgelegt haben, überhaupt nichts mit einem ausgeglichenen Haushalt zu tun hat.

Wir haben es Ihnen im letzten Jahr bereits gesagt und wir sagen es Ihnen dieses Jahr erneut, wir können uns diese Art von „schwarzen Nullen“ nicht mehr leisten.

Sie hatten bisher einfach nur das zweifelhafte Glück, dass der Beginn Ihrer Amtszeit mit der doppelten Darstellung des Haushaltes zusammen fiel, so dass Sie jetzt andere Möglichkeiten nutzen können, die vorhandenen Defizite darzustellen.

Mit einem Fehlbetrag von 18 Millionen Euro präsentieren Sie uns das dritte Jahr in Folge ein zweistelliges Millionendefizit. Gleichzeitig zeichnen Sie das Szenario eines mittelfristig ausgeglichenen Finanzplanes.

Sie rechnen Einnahmen künstlich hoch und Ausgaben herunter, obwohl Sie genau wissen, dass uns diese Rechnung im Laufe des Jahres einholen wird.

Die Folgen einer solchen Haushaltsführung sind klar. Dazu müssen wir uns nur die Beschlüsse zu den überplanmäßigen Auszahlungen dieses Jahres genauer anschauen.

Ihrer Haushaltsführung mangelt es an Realismus. Sie ist aus unserer Sicht reines Wunschdenken. Das ist eines der ganz grundsätzlichen Probleme dieses Entwurfs.

Sie haben uns zwar in der letzten Finanzausschusssitzung mitteilen lassen, dass Sie gedenken, unseren Kassenkreditrahmen um fünf Millionen Euro zu erhöhen. Wenn Sie aber ehrlich zu sich selbst sind, wissen Sie, dass das hinten und vorne nicht reicht. Deswegen gibt es zum Beispiel diesen Änderungsantrag, den die Fraktionen gemeinsam eingereicht haben.

Wir bewegen uns trotz dieser eher halbherzigen Maßnahme haarscharf an der Kante und decken Millionenbeträge etwa bei der HAVAG lediglich mit Rückstellungen, die uns in den nächsten Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Das ist kein seriöser Ansatz.

Wie sieht Ihr Plan aus, wenn unsere Rückstellungen aufgebraucht sind? Mit einer autofreien Innenstadt zur Steigerung der Nutzerzahlen der HAVAG kommen wir da nicht weit

Seit Sie, Herr Oberbürgermeister, als Hauptverwaltungsbeamter verantwortlich sind, hat sich die Stadt von ihrem klaren Konsolidierungspfad komplett verabschiedet. Und dennoch sind viele Bereiche stark unterfinanziert: Die Straßen, Rad- und Gehwege seien hier nur als alljährlich wiederkehrende Beispiele genannt. Man könnte diese Liste beliebig mit Sportanlagen, Kultureinrichtungen, aber auch mit Grünflächen und Friedhöfen fortsetzen. Ebenso steht es um unseren Substanzerhalt.

Würden wir nicht enorme Summen aus Flutmitteln einwerben, würden unsere jährlichen Abschreibungen, unsere Investitionen um ein Vielfaches übersteigen. Dazu kommt außerdem, dass die Investitionspauschale des Landes in jeder Hinsicht unzureichend ist.

Dass wir in diesem Jahr dennoch Schulen aus Eigenmitteln sanieren, weil sie nach der aktuellen STARK-III-Informationenlage nicht förderfähig sind, ist eine richtige und notwendige Entscheidung, die erst durch den Beschluss des Stadtrates möglich wurde. Sie dient allerdings nur vordergründig der Absicherung unserer Schulentwicklungsplanung. Der tatsächliche Investitionsbedarf der halleschen Schulen beträgt ja in Wirklichkeit rund 200 Millionen Euro.

Wir als Kommune müssen unsererseits alles in unserer Macht stehende tun, um auch in den kommunalen Haushalten in unsere Bildungseinrichtungen zu investieren. Dafür haben Sie aber kein klares Konzept.

Unser Blick auf die kommunale Bildungslandschaft darf sich allerdings nicht allein auf die finanzielle Absicherung von Schulgebäuden beschränken.

Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag zu einem ganzheitlichen, kommunalen Bildungskonzept eingebracht, denn wir haben ein hervorragendes Potenzial an Bildungskompetenz in unserer Stadt. Bildung steht am Beginn einer kommunalen Wertschöpfungskette. Sie ist Standortfaktor und Hebel, um soziale Integration zu unterstützen und von besonderer Bedeutung, weil die Kommunen in der Regel die Lasten der unzureichenden Bildung tragen müssen.

Mit Blick auf eine wichtige Wurzel unserer kulturellen Identität der Stadt halten wir es für grundfalsch, dass sich der Hauptverwaltungsbeamte in diesem Jahr erneut weigert, vertragliche Verpflichtungen der Stadt einzuhalten. Ich rede hier von der Moritzburg. Es hat uns allen nicht gefallen, dass das Land die Theaterförderung mit einer drei Millionen Euro Kürzung massiv beschnitten hat.

Deshalb aber zu argumentieren, die Stadt müsse aus Gründen der Sparsamkeit die Zahlungen an die Moritzburg einstellen, die sie schon vorher nicht mehr geleistet hat, ist mit Verlaub schlichtweg falsch. Es handelt sich dabei, entgegen Ihrer Darstellung, nicht um eine freiwillige Leistung. Mit dem Abschluss eines Vertrags sind wir eine Verpflichtung eingegangen und an diese haben wir uns zu halten.

Sie haben es tatsächlich geschafft, dass das Land gegen die Stadt jetzt deswegen Klage eingereicht hat und nun ein reales Risiko von 520.000 Euro vorhanden ist, nur weil Sie nicht in der Lage waren, mit dem Land eine vernünftige Lösung zu vereinbaren.

Im Frühjahr haben wir versucht, eine gute Lösung vorzuschlagen. Seit dem wurden wir von Ihnen die ganze Zeit eigentlich nur hingehalten, indem Sie uns erklärt haben, dass Sie noch in Verhandlungen mit dem Land sind.

Herr Oberbürgermeister, langsam müssten Sie doch begreifen, dass Ihre ständigen Alleingänge immer nur in eine Sackgasse führen. Abgesehen von dem Schaden durch die nun drohenden rechtlichen Konsequenzen zeichnet es sich bereits jetzt ab, dass die Moritzburg aufgrund der ausgebliebenen Zahlungen der letzten Jahre ihr Angebot entsprechend reduzieren muss. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn Sie kooperativ sich verhalten hätten.

Einige, im Haushaltsentwurf vorgesehenen Kürzungen konnten wir wieder rückgängig machen.

Die grobe Unterfinanzierung unserer kommunalen Kultureinrichtungen konnten wir korrigieren, wie zum Beispiel beim Stadtmuseum, der Stadtbibliothek und dem Zuschuss zu dem Künstlerhaus 188.

In Bezug auf das Künstlerhaus 188 sage ich Ihnen ganz klar, es ist unbestritten, dass wir ein Nutzungskonzept für das Gebäude brauchen. Unabhängig davon muss der Verein aber finanziell überlebensfähig bleiben. Wir verstehen nicht, warum die Verwaltung den Haushaltsansatz des vergangenen Jahres nicht fortgeschrieben hat, nachdem der Erhalt der Weingartenschule nun feststand. Es handelt sich hierbei nicht um Investitionen in ein fehlendes Nutzungskonzept, sondern lediglich um die Deckung der laufenden Betriebskosten.

Als SPD-Fraktion haben wir uns in diesem Jahr maßgeblich mit den Themen Wirtschaftsförderung, soziale Wohnraumversorgung, Beschäftigungsförderung und Bildung auseinandergesetzt und eingesetzt.

In diesem Kontext war uns der Erhalt der nicht über das ESF-Programm förderfähigen Schulsozialarbeiterstellen wichtig. Im Ergebnis wurde die präventive Jugendhilfeplanung geändert. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen auch der anderen Fraktionen sowie insbesondere bei den Eltern und Lehrern der betroffenen Schulen für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Machen wir uns nichts vor, der Druck der Betroffenen war nötig. Nur gemeinsam konnten wir uns gegen den Widerstand des Hauptverwaltungsbeamten durchsetzen. Im kommenden Jahr werden nun Mittel für fünf weitere Schulsozialarbeiterstellen zur Verfügung zu stehen. Dass diese an den Grundschulen Borchert, Francke, Heide, Hutten und Südstadt dringend benötigt werden, war allerdings von Anfang an ersichtlich.

Dass Sie, Herr Oberbürgermeister, der Entscheidung des Rates zunächst widersprochen haben, ist für uns für uns daher nach wie vor unverständlich. Obwohl wir mit dem erzielten Kompromiss in diesem Jahr leben können, erwarten wir, dass im Haushalt 2017 alle Änderungen des Beschlusses zur Jugendhilfeplanung Berücksichtigung finden.

Dies ist nicht zuletzt aufgrund der Flüchtlingssituation dringend erforderlich. Wir müssen den Trägern die Bedeutung und Wertschätzung für ihre Arbeit signalisieren. Bricht dieser Beitrag weg, gerät das soziale Gefüge unserer Stadt ins Wanken. Herr Meerheim hat das vorhin schon sehr ausführlich gebracht.

Es steht außer Frage, dass die Neuankömmlinge für Halle, mit Blick auf die demographische Entwicklung und den Fachkräftemangel, eine große Chance sein können und da bin ich mir sicher, mittelfristig auch sein werden.

Unser Abwägungsprozess wird durch die neuen Anforderungen hingegen nicht leichter. Wir müssen alle Menschen mit sozialpolitischem Förderungsbedarf im Blick behalten, auch wenn die aktuelle Flüchtlingsfrage viele Bereiche beeinflusst.

Unsere alten Probleme sind nicht plötzlich verschwunden. Zurzeit werden ca. 10.600 arbeitslose Personen in der Stadt Halle nach dem SGB II, Sozialgesetzbuch II, betreut. Davon sind ungefähr 4.500 Betroffene langzeitarbeitslos. Das heißt also, länger als zwei Jahre. Sie bedürfen nach wie vor intensiver Unterstützung und wir haben absolut keine Veranlassung, in unseren Integrationsbemühungen, auch in diesem Personenkreis, nachzulassen.

Mit Blick auf die zusätzlichen Herausforderungen im SGB II-Bereich ab dem Frühjahr 2016 haben wir uns deshalb entschieden, den integrativen Ansatz in Sachen Beschäftigungspolitik aufrechtzuerhalten. Ich bin froh, dass da alle mitgemacht haben.

Durch eine Erhöhung des Anteils beim Eigenbetrieb für Arbeitsförderung können im Jahre 2016 und den darauffolgenden Jahren mehr sozialversicherungspflichtige Stellen gefördert werden. Jede Stelle ist wichtig, weil sie den Betroffenen und ihren Kindern eine Perspektive bietet. Wir müssen erreichen, dass alle Kinder in Bedarfsgemeinschaften erleben, dass mindestens eine Bezugsperson einer geregelten Tätigkeit nachgeht und somit eine gewisse Normalität in den Alltag der Kinder gewährleistet ist. Damit wollen wir verhindern, dass Arbeitslosigkeit, so wie wir das zum Beispiel in England kennen, generationsübergreifend vererbt wird.

Die aktive und kommunale Arbeitsmarktpolitik kann zwar kein Ersatz sein für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dennoch müssen wir einer negativen Entwicklung so gut wie möglich entgegenwirken. Die Stärkung unserer Instrumente in diesem Bereich betrachten wir gerade jetzt als dringend erforderlich. Diese müssen unbedingt in ein arbeitsmarktpolitisches Konzept eingebettet werden. Deshalb haben wir hier auch einen Antrag zur Entwicklung strategischer Leitlinien gestellt. Auch hier danken wir den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen für ihre Unterstützung.

Wenn wir über den Haushalt reden, kommen wir an der Flüchtlingssituation natürlich nicht vorbei, als einer unserer größten Herausforderungen. An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich anerkennen, dass sowohl das Management der Verwaltungsspitze und der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, als auch die kommunale Wohnungswirtschaft, insbesondere bei der Organisation der dezentralen Unterbringung, hervorragend funktioniert hat.

Die Integration dieser Menschen beginnt allerdings erst. Vor dem Hintergrund haben wir im Personal- und Finanzausschuss sehr ausführlich diskutiert, wie wir mit dem zu erwartenden Anstieg von Personal- und Sozialkosten umgehen sollen.

Bezogen auf das Personal mündeten unsere Beratungen in einen Änderungsantrag aller Fraktionen, der bis zu 180 neue Stellen vorsieht. Diese werden zu großen Teilen mit Sperrvermerken versehen und können somit bedarfsgerecht eingesetzt werden. Unser interfraktioneller Antrag geht damit weit über die von der Verwaltung vorgesehenen 63 Stellenneuschaffungen hinaus. Meine Fraktion hält diese Vorgehensweise aber auch für absolut notwendig.

Wir müssen im Haushaltsplan Vorsorge für die zu erwartenden Entwicklungen treffen, auch wenn wir natürlich nicht genau wissen können, was auf uns zukommt. Diverse Anfragen

unserer Fraktion haben allerdings ergeben, dass die Fallzahlen pro Mitarbeiter in etlichen Bereichen schon jetzt weit über dem liegen, was uns in der Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereiches IV anempfohlen wurde.

Auch im Bürgerservice ist das Arbeitspensum geradezu explodiert. Um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten, war es aus unserer Sicht notwendig, einen Antrag zur Neuschaffung von Stellen in überlasteten Bereichen zu stellen.

Die SPD-Fraktion hat sich nicht daran beteiligt, wird sich nicht daran beteiligen, dass Sie Ihren ohnehin nicht ausgeglichenen Haushalt Herr Oberbürgermeister, auf dem Rücken der Mitarbeiter verteidigen.

An dieser Stelle wiederhole ich noch einmal, was ich Ihnen bereits zum Haushalt 2013 gesagt habe. Herr Oberbürgermeister, Sie sind nicht nur für Ihren engsten Kreis direkt verantwortlich, sondern Sie haben eine Fürsorgepflicht für alle Ihre Mitarbeiter. Dazu gehört übrigens auch, dass Sie Ihrer gesetzlichen Pflicht, die vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen zu veranlassen, umfassend nachkommen. Das haben wir ja gerade als Diskussionspunkt im Personalausschuss.

Ein weiterer Punkt, den wir selbst bei der Abschlussberatung im Finanzausschuss nicht klären konnten, dreht sich um die sogenannten Sekundärkosten, wir haben da schon einiges dazu gehört, also darum, wie schnell und gut wir die Flüchtlinge integrieren können. Für meine Fraktion steht außer Frage, dass wir hier mit Mehraufwendungen rechnen und diese auch entsprechend im Haushalt abgebildet werden müssen. Das müssen wir auf diese Weise tun, auch dem Land darstellen. Alles andere wäre aus unserer Sicht vollkommen unseriös.

Dem Vorwurf des Oberbürgermeisters, dass wir auf diese Weise die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht gefährden würden, möchte ich entschieden entgegentreten. Wir sind nicht die einzige kommunale Gebietskörperschaft in Sachsen-Anhalt und in Deutschland, die dieses Problem hat. Alle Gemeinden und Landkreise in Sachsen-Anhalt müssen diese Kosten transparent darstellen.

Und es wäre unklug, ja sogar fahrlässig, die Kosten der Flüchtlingssituation überhaupt nicht im Haushalt abzubilden. Es ist unrealistisch sofort von einer vollständigen Integration von Flüchtlingen auszugehen.

Alle Fachleute sind sich einig, dass bestenfalls zehn Prozent der anerkannten Flüchtlinge unmittelbar den Weg in den Arbeitsmarkt finden können. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass wir in Halle sehr viele engagierte Unternehmer haben. Wir müssen deshalb in unserem Haushalt zumindest insofern entsprechende Vorsorge treffen, dass wir damit rechnen, dass ein Teil der Neubürger noch längere Zeit auf den Bezug von Transferleistungen angewiesen ist. Das ist einfach gesunder Menschenverstand.

Das gleiche Prozedere praktizieren wir doch schließlich auch bei Tarifverhandlungen. Wenn wir nicht wissen, wie die Verhandlungen enden, stellen wir trotzdem vorsorglich 1,5 Prozent in den Haushalt ein. Damit vermeiden wir übrigens auch, dass wir im Verlauf des Jahres große Überraschungen erleben.

Aus diesem Grund können Sie, Herr Oberbürgermeister, auch nicht davon reden, dass der Stadtrat die Verantwortung für einen unausgeglichenen Haushalt hätte. Die ordentliche Darstellung der tatsächlichen Kosten gehört zur Haushaltsehrlichkeit und einer vorausschauenden Haushaltsführung und Transparenz dazu.

Zusammenfassend möchte ich für meine Fraktion Folgendes zu den diesjährigen Haushaltsberatungen sagen.

Wir alle wissen, dass wir uns im Jahre 2016 und weiteren und zum Teil noch größeren Herausforderungen stellen müssen, als im vergangenen Jahr. Ich habe versucht, diese grob zu umreißen.

Der Umgang mit dieser Situation erfordert Professionalität in der Führung und in der Steuerung der Verwaltung sowie vorausschauendes und ehrliches Handeln. Unsere Stadt ist nach wie vor in vielen Bereichen strukturell unterfinanziert.

Wir müssen es also im kommenden Jahr schaffen, unsere bekannten Herausforderungen mit den neuen Handlungszwängen in Einklang zu bringen. Für dieses Ziel sollten die Verwaltung und der Stadtrat unbedingt an einem Strang ziehen.

Aus diesem Grund wird die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen, auch wenn wir diesen nicht wirklich für ausgeglichen halten.

Wir tun dies, um die rechtzeitige Bereitstellung von freiwilligen Leistungen zu ermöglichen und damit die zahlreichen Fördermittelprojekte in unserer Stadt nicht zu gefährden.

Damit sich Halle langfristig positiv entwickelt, müssen Sie Herr Oberbürgermeister, strukturelle Hausaufgaben machen. Das heißt, Handlungsziele definieren, die Halle zukunftsfest machen, mit klaren Schwerpunkten, überzeugenden Konzepten und einer ständigen Überprüfung, ob der eingeschlagene Weg richtig ist.

Wie das geschehen kann, haben wir Ihnen mit dem Wirtschaftskonzept aufgezeigt. Wir finden es gut, dass Sie Ihre anfängliche Verweigerungshaltung aufgegeben haben. Durch die frühzeitige Einbindung des Stadtrates haben Sie erfahren, dass auch komplexe Sachverhalte im Ergebnis einer entsprechenden Diskussion mehrheitsfähig werden können.

Überwinden Sie sich und lassen Sie diese Vorgehensweise zur Regel werden.

Sie bekommen zu den strategisch wichtigen Themen einen klaren Auftrag durch den Stadtrat und setzen diesen in einem kooperativen Prozess um. Das wäre ein ganz anderes Verhalten als das, was Sie so oft, ja sogar regelmäßig zeigen.

Es sind Ihre Alleingänge, die das Verhältnis zum Stadtrat negativ beeinträchtigt haben und wichtige Entscheidungen unnötig verzögern. All das könnte vermieden werden, wenn Sie den Rat nicht als Gegner verstehen und ein demokratisches Miteinander deutlicher verinnerlichen würden.

Der Oberbürgermeister sollte der Moderator in der Stadtgesellschaft sein. Eine leitende Funktion sollte zugleich auch als eine dienende Funktion sein und so verstanden werden und nicht als uneingeschränkte Machbefugnis.

Ich weiß, das ist zurzeit nur eine Vision, aber vielleicht schaffen Sie das.

Herzlichen Dank.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte.

Wie jedes Jahr treibt uns die Frage um, wie gehen wir mit diesem Haushalt um?

Es ist inzwischen gewohnte alljährliche Routine, im Dezember den Haushalt für das kommende Jahr zu beraten und zu beschließen. An dieser Stelle muss man den Oberbürgermeister ausdrücklich loben. Seit seinem Amtsantritt wird der Haushalt für das kommende Jahr immer im Voraus beschlossen. So soll und muss es, aus Sicht der CDU/FDP-Fraktion, auch sein.

Seit seinem Amtsantritt machen wir auch keine Schulden mehr. So zumindest die öffentliche Darstellung. Die „schwarze Null“ im Ergebnishaushalt ist die apodiktische Vorgabe. Ziel, Konzept und Agenda des Oberbürgermeisters zugleich.

An dieser Stelle erscheint es mir angebracht, Mark Twain zu zitieren: „Von jetzt an werde ich nur noch so viel Geld ausgeben, wie ich einnehme – und wenn ich mir das Geld dafür borgen muss.“

Die „schwarze Null“ geht einher mit kontinuierlicher Neuverschuldung. Für 2016 plant die Verwaltung 18 Millionen Euro neue Schulden. Das wird meist, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnt.

Im laufenden Jahr 2015 betrug das Minus im Finanzhaushalt 40 Millionen Euro. 2014 waren es 39 Millionen Euro. Das ergibt aufsummiert 79 Millionen Euro neue Schulden in drei Jahren. Eine stattliche Summe.

Der Kämmerer hatte in seiner Rede vor einem Jahr an gleicher Stelle erklärt, diese Dispo-Kredite seien notwendig, um Zeit zu gewinnen. Man wolle sich Gedanken machen, Haushaltskonsolidierungskonzepte oder Schwerpunktsetzungen zu definieren.

Herr Geier, wo sind diese Konzepte oder zumindest Ansätze dazu?

Bis zum 30. Juni diesen Jahres sollten Sie laut dem öffentlich einsehbaren Projektplan der Stadtverwaltung eine Strategie zur Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen vorlegen. Diese Strategie ist wohl noch in der Abstimmung, aber wann bekommt der Stadtrat hier etwas vorgelegt?

Meine Damen und Herren, die Verbindlichkeiten der Stadt zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit lagen 2012 bei 278 Millionen Euro. Für 2016 war ein Anstieg auf 336 Millionen Euro geplant. In diesem Jahr betrug die Höhe unseres Dispo-Kredites noch knapp 299 Millionen Euro

Das ergibt innerhalb eines Jahres einen Zuwachs von rund 37 Millionen Euro, um die Handlungsfähigkeit der Stadt aufrecht zu erhalten. Leider hat uns weder der Kämmerer, noch der Oberbürgermeister die Ursachen für diese Entwicklung erklärt oder die Folgen erläutert.

Der gemeinsame Antrag aller Fraktionen, den Kreditrahmen um weitere 15 Millionen Euro auf 360 Millionen Euro zu erhöhen, basiert auf den im kommenden Jahr absehbar deutlich stärker durchschlagenden Kosten der Vorfinanzierung beim Thema Flüchtlinge.

Noch am Montag erklärte der Oberbürgermeister dazu in „Pasta-Manier“, 345 Millionen Euro reichen. Die Kämmerei war und ist anderer Auffassung. Aber egal, der OB weiß es besser.

Das bringt mich auf eine grundsätzliche Kritik der Art und Weise des Umgangs mit dem Haushalt und dem Stadtrat.

Der Oberbürgermeister hat zwar mit der unrühmlichen Tradition seiner Vorgängerin der verspäteten Haushaltsbeschlüsse erst im laufenden Jahr gebrochen, er hat aber leider die frevelhafte Tradition übernommen, selbst keine Haushaltsrede zu halten.

Mit einer verlässlichen Routine, und zumindest das zeichnet Sie aus Herr Oberbürgermeister, lassen Sie die Arbeit andere machen. Nun ist das zwar auch Ihr gutes Recht, denn

nach § 66 der Kommunalverfassung regelt der Hauptverwaltungsbeamte die innere Organisation der Stadtverwaltung. Bei so elementaren Themen wie dem Haushalt kann man doch aber wohl auf Ihr Wirken hoffen.

Der Haushalt wurde wieder nicht von Ihnen eingebracht, erläutert oder verteidigt. Bis auf ein paar kurze Worte im Rahmen des Berichtes des Oberbürgermeisters haben wir von Ihnen zum Thema Haushalt nichts gehört. Was ist Ihr Ziel, Ihre Strategie, Ihr politisches Konzept für diese Stadt? Wir wissen es nicht.

Herr Dr. Wiegand, nehmen Sie uns mit. Oberbürgermeister und Stadtrat müssen vertrauensvoll zusammenarbeiten. Nur gemeinsam geht es in der Stadt voran. Gehen Sie auf uns zu. Die CDU/FDP-Fraktion und wohl auch der gesamte Stadtrat sind dazu bereit.

Heute wurden bereits lobende Worte für die Arbeit der Verwaltung gefunden. Dem Grunde nach kann man sich dem nur anschließen. Die Mitarbeiter, die den Haushalt nach den Maßgaben des Oberbürgermeisters vorbereitet haben und später im Ausschuss verteidigten, waren motiviert und kooperativ. Einen herzlichen Dank daher an dieser Stelle an alle Verwaltungsmitarbeiter. Wir wissen um Ihre Situation.

Wo Licht ist, ist aber auch Schatten. Der Umgang der Verwaltung mit ehrenamtlichen Stadträten ist bisweilen wenig kollegial, um es vorsichtig auszudrücken.

Hierzu zwei Beispiele. In einer Beratung des Finanzausschusses bekamen wir eine Minute vor Sitzungsbeginn eine Mail mit Änderungen zum Haushalt, um die siebzig Seiten, soweit ich mich erinnere. Ich weiß nicht, ob die Verwaltung ernsthaft glaubte, dass wir das so schnell erfassen konnten.

Ein zweites Beispiel. Gestern Nachmittag, also keine 24 Stunden vor der heutigen Stadtratssitzung, erhielten wir wieder eine Mail, mit allen gesammelten Veränderungen im Haushalt, schlappe 307 Seiten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, ich weiß nicht, ob Sie die Zeit hatten, das genau zu studieren und mit den Haushaltsansätzen zu vergleichen. Ich nicht.

Die Abschlusssitzung des Finanzausschusses war am 01. Dezember. Warum dauert es dann bis zum 15. Dezember, den Stadträten aktuelle Unterlagen zur Verfügung zu stellen?

Die CDU/FDP-Fraktion bittet die Verwaltung dringend, den Stadträtinnen und Stadträten das Leben an dieser Stelle künftig leichter zu machen.

Sonderbar war auch bereits die Einbringung des Haushaltes.

Noch am Montag vor der Ratssitzung im September war der Haushaltsplan im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar. Dann verschwand er wieder. Wohl auf Geheiß des Oberbürgermeisters, wie man hört.

Der Haushalt tauchte dann erst zur Stadtratssitzung wieder auf. Während der Einbringung, wohlgemerkt. Was soll das? Wollen Sie damit kritische Fragen zum Haushalt bereits in der Einbringung verhindern?

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht weiter spekulieren.

Spekulation ist ein gutes Sprichwort. Das spielt bei unserem Haushalt für das nächste Jahr anscheinend eine besondere Rolle. Die Flüchtlingskrise ist zweifellos eine der größten Herausforderungen, mit denen wir es seit Bestehen der Bundesrepublik zu tun haben.

An dieser Stelle ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir als Kommune darauf keinerlei Einfluss haben. Die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder aufgeteilt und von dort dann gemäß einer Quote weiter auf die Kommunen. Über die daraus erwachsenen Kosten gibt es viele Gespräche,

Aussagen und Beteuerungen. Wirklich handfestes aber leider wenig. Die Kosten für die Stadt Halle sind also nicht klar abschätzbar. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage ist der Umgang der Stadtverwaltung mit dem Thema etwas sonderbar.

Im ursprünglichen Haushaltsentwurf war das Thema komplett ausgeklammert. Im Laufe der Haushaltsberatungen wurden dann die Anpassungen präsentiert. Das war ein bemerkenswerter Vorgang.

An einem Dienstag wurden uns die haushaltsrelevanten Auswirkungen dargestellt. 39 Millionen Euro Aufwuchs aus dem Asylbewerberleistungsgesetz, 180 neue Personalstellen, drei neue Kitas, eine neue Schule und sogenannte Sekundärkosten für Hartz IV, Kosten der Unterbringung und so weiter. Diese waren der Höhe nach nicht bekannt.

Der Finanzausschuss forderte aber einstimmig eine Untersetzung und die Abbildung im Haushalt ein.

Am Donnerstag der gleichen Woche wurde vormittags per Mail eine Untersetzung der zusätzlich benötigten 180 Personalstellen versandt. Zur Sitzung des Personalausschusses am Nachmittag wurde dann eine geänderte Vorlage ausgeteilt. Plötzlich waren es nur noch 65,5 Stellen.

Herr Bürgermeister Geier gab sich dann redlich Mühe, diesen plötzlichen Sinneswandel zu erklären. Anscheinend wurde aber eine neue Einsparmaßnahme umgesetzt. Wir können uns nur noch billige Ausreden leisten.

Es war schlicht eine Vorgabe des Oberbürgermeisters. Der Personalausschuss beschloss dann auch einstimmig, die ursprünglich geplanten 180 Stellen einzuplanen.

Im darauf zeitlich direkt folgenden Finanzausschuss am gleichen Tag, gab der Oberbürgermeister dann zu, dass es eigentlich völlig egal sei, ob wir 180 oder 65,5 Stellen in den Haushalt einplanen. Die 180 Stellen werden überwiegend mit einem Sperrvermerk versehen und müssen vom Rat gesondert freigegeben werden.

Zur zweiten strittigen Thematik, den Sekundärkosten, erklärte der Oberbürgermeister wortreich, dass nicht absehbar sei, welche Kosten im Jahr 2016 wirklich auf die Stadt zukommen. Das sei alles Spekulation und Spekulationen werden im Haushaltsplan nicht abgebildet.

Herr Oberbürgermeister, man reduziert Ausgaben aber nicht, indem man sie versteckt. Wir halten das für schlicht unseriös. Gemäß § 101 der Kommunalverfassung des Landes, hat der Haushaltsplan alle voraussichtlich anfallenden Erträge und eingehende Einzahlungen sowie entstehenden Aufwendungen und zu leistende Auszahlungen zu berücksichtigen.

Nach dem Prinzip der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit müssen diese Kosten im Haushalt berücksichtigt werden. Die Einstellung „Etwas weniger Realität bitte, es ging mir gerade gut“ hilft uns an dieser Stelle leider überhaupt nicht.

Auch wir wollen den Haushaltsausgleich, die „schwarze Null“, wie man so schön sagt. Angesichts der Sondersituation durch die Flüchtlingskrise wäre es aus unserer Sicht aber vermessen und unehrlich, einen formal ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Daher auch der fraktionsübergreifende Antrag heute, diese Kosten im Haushalt darzustellen.

Die Stadt Magdeburg rechnet für 2016 allein durch die Flüchtlinge mit Mehrkosten in Höhe von acht Millionen Euro. Durch zudem stark steigende Kosten der Kinderbetreuung und so weiter, plant man dort mit einem Gesamtdefizit von 17 Millionen Euro.

Es ist schon etwas merkwürdig, dass wir in Halle anscheinend die einzige größere Stadt im Land sind, die ihren Haushalt gesetzlich ausgleichen kann. Damit halten wir zwar die

Vorgabe der „schwarzen Null“, die wie gesagt, im Grundsatz von uns befürwortet wird, erweisen uns aber einen Bärendienst.

Alle Kommunen klagen generell seit Jahren über eine zu geringe Finanzausstattung durch das Land. Durch die enormen Anstrengungen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und die bislang unzureichende finanzielle Unterstützung durch Bund und Land, steht die kommunale Familie vor großen Herausforderungen.

Wenn wir als Stadt Halle nun durch eine unehrliche „schwarze Null“ aus der kommunalen Familie ausscheren, torpedieren wir die Bemühungen der anderen, auskömmliche Finanzzuweisungen zu erhalten. Wir werden dann als Stadt Halle immer als Beispiel herangezogen, seht doch, das Geld reicht doch.

Den politischen Zusagen einer vollen Kostenerstattung der Flüchtlingskosten durch Bund und Land müssen Taten folgen. Derzeit reicht die Pauschale von 8.600 Euro pro Flüchtling nicht aus, um die Kosten zu decken. Ob wir jemals Personalkosten erstattet bekommen werden, darf als unsicher angesehen werden. Die im Haushaltsansatz niedergelegte Hoffnung einer vollständigen Kostenerstattung erscheint uns überschwänglich optimistisch.

Meine Damen und Herren, aus Sicht der CDU/FDP-Fraktion ist der Haushalt in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig. Neben den bereits erläuterten Aspekten möchte ich das gern weiter untersetzen.

Mit dem Haushaltsansatz 2016 wurde uns nahezu eine Kopie des Ansatzes 2015 vorgelegt. Im letztjährigen Haushalt vorgenommene Änderungen wurden nicht übernommen. Das kann man als Ausdruck eisernen Sparwillens interpretieren oder auch als einfach ignorant gegenüber dem Willen des Stadtrates.

Zwei Beispiele. Im letzten Jahr haben wir den Zuschuss für den Zoo um 400.000 € angehoben. Damit konnte den dort Beschäftigten seit vielen Jahren mal wieder eine Gehaltserhöhung zugesprochen werden. Im Haushaltsansatz 2016 fehlten diese 400.000 € aber wieder und mussten erst per Änderung nachträglich eingefügt werden.

Von vornherein unrealistisch war auch der Ansatz von 1,45 Millionen Euro für die Unterhaltung von Grünflächen und Parkanlagen. Es ist inzwischen traurige Tradition, dass dieser Ansatz immer viel zu niedrig eingeplant wird und dann durch den Rat wieder auf das eigentlich benötigte Niveau angehoben werden muss. Wir reden hier nur von Mindestpflegestandards, die ein optisch attraktives Niveau gewährleisten sollen. Der zuständige Beigeordnete, Herr Stäglin, hatte vor zwei Jahren offen und ehrlich dargelegt, was ein Absenken auf den Haushaltsansatz der Verwaltung bedeuten würde, Eine Reduzierung auf die Verkehrssicherungspflicht, intensiv gepflegte Rasenflächen würde es selbst an hoch frequentierten Standorten in der Stadt nicht mehr geben.

An dieser Stelle möchte ich einmal die Frage in den Raum stellen, was würde die Verwaltung eigentlich tun, wenn wir den Ansatz nicht jedes Jahr wieder auf ein realistisches Niveau anheben würden? Wahrscheinlich würde der Oberbürgermeister sich dann an sein Wahlkampfversprechen von 2012 erinnern. Damals hieß es noch: „Als Oberbürgermeister werde ich Grünflächen erweitern und verstärkt pflegen.“ Nachlesbar auf www.BWiegand.de. Er würde dann vermutlich in der ihm eigenen Art gegensteuern und hektisch Besserung ankündigen.

Mit Ankündigungen ist der Oberbürgermeister nicht so wortkarg, wie bei Ausführungen zum Thema Haushalt.

Was haben wir nicht allein dieses Jahr wieder alles angekündigt bekommen?

Seilbahn zum Zoo. Nachdem die Kosten für das Projekt nur ansatzweise klar wurden, verschwand es schnell wieder in der Schublade.

Stadt investiert rund um das Maritim. Außer, dass die HWG gezwungen wurde, dort einen Spielplatz zu bauen, ist bislang nichts passiert.

Autofreie Innenstadt. Ein abstruser Vorstoß, der dann nur als Diskussionsanregung gemeint gewesen sein soll.

Städtische Mitarbeiter helfen in der Zast aus. Auch auf Nachfrage konnte der OB nicht wirklich erklären, wie das funktionieren sollte, wenn es denn dazu gekommen wäre.

Mitarbeiter des ehemaligen Maritim-Hotels sollten Jobs im Konzern Stadt erhalten. Außer einer positiven Mediens Schlagzeile sind keine Untersetzungen des Angebotes bekannt.

Der Paternoster im Rathaus soll wieder in Betrieb gehen. Bis heute steht er still

Stadt zahlt Kita-Gebühren zurück. Außer der Ankündigung in einer Stadtratssitzung gibt es hierzu bis heute keine Ergebnisse.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wenn Sie so viele tolle Ideen haben, die bereits so ausgereift sind, dass Sie damit direkt an die Presse gehen können, weil sie keiner Diskussion im Rat mehr bedürfen, dann bilden Sie diese Projekte doch bitte auch im Haushalt ab.

Es wäre an der Zeit, mehr heiße Luft von der Brücke in den manchmal etwas schwerfälligen Ballon Stadtverwaltung zu blasen.

Wie hieß es vor einem Jahr im Zuge der Haushaltsberatungen von Ihnen? Ohne Konzept kein Geld.

Seit Jahren warten wir auf ein Raumkonzept der Verwaltung. Das kennen wir bis heute nicht. Wie wir in der letzten Ratssitzung erfahren mussten, wird daran anscheinend auch gar nicht intensiv gearbeitet.

Das hindert den Oberbürgermeister aber nicht daran, uns vorzuschlagen, am Riebeckplatz ein neues Hochhaus für die Stadtverwaltung zu bauen. Der neueste Vorschlag ist der Erwerb der Scheibe A in Neustadt, um dort ein Sozialrathaus zu schaffen. Wir unterstützen diesen Vorschlag, kommt er doch aus unseren Reihen. Aber, ohne Konzept kein Geld.

Wir warten noch auf die vorhin bereits erwähnte Strategie zur Steigerung der Gewerbesteuerinnahmen. Wir warten seit langem auf das neue Verkehrskonzept. Wir warten auf ein Konzept zum Kita-Ausbau. Wir warten auf das Friedhofskonzept und so weiter und so fort.

Wenn die Konzepte dann vorliegen, heißt das aber leider nicht, dass sie auch entsprechend finanziell untersetzt sind. So bei der Spielflächenkonzeption oder der Kleingartenkonzeption. In Anbetracht der finanziellen Gesamtsituation haben wir dafür allerdings Verständnis.

Aktuell diskutieren wir das neue Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt. Wir als CDU/FDP-Fraktion begrüßen das sehr, dass dieses nun auch offiziell vorliegt.

Nach geheimen Workshops ohne Protokolle oder irgendwelche Unterlagen, sollte das Konzept zunächst nicht öffentlich diskutiert werden. Dann stellte man fest, dass es keinen Grund für die Nichtöffentlichkeit gäbe und setzte es wieder von der Tagesordnung ab, um es im nächsten Monat öffentlich diskutieren zu können. Soweit so gut. Komisch nur, dass, nachdem das Konzept der Diskussion im Rat entzogen wurde, plötzlich ein großer Beitrag in der Lokalpresse dazu zu lesen war.

Dieser Umgang mit dem Stadtrat ist leider symptomatisch für Ihre Politik, Herr Oberbürgermeister.

Mithilfe des Wirtschaftsförderungskonzeptes soll es gelingen, die Steuereinnahmen der Stadt zu erhöhen. Das fordern CDU wie FDP seit Jahren. Schön, dass es endlich angegangen wird.

Bislang haben wir von der Chefsache Wirtschaftsförderung leider noch nicht sehr viel bemerkt. Im Wirtschaftsausschuss des Stadtrates herrscht seit einem Jahr quälende Unterbeschäftigung, so hört man. Keine Vorlagen oder Initiativen der Verwaltung. Auch an der Beratung des Konzeptes am gestrigen Tag haben Sie nicht teilgenommen. Es wird gewartet bis das Konzept beschlossen ist, so die Begründung.

Etwas verwunderlich, da die Verwaltung bereits in der neuen Struktur arbeitet. Wir hoffen, dass nach Beschluss des Konzeptes auch mehr Geld in die Wirtschaftsförderung fließt. Für den ganzen Bereich Wirtschaft und Wissenschaft sind für 2016 1,9 Millionen Euro und 22 Personalstellen eingeplant. Dazu kommt noch unsere neue Akquise-Gesellschaft, die EVG, mit einer Hand voll Stellen. Im Vergleich, der Bereich Soziales hat ein Budget von 74 Millionen Euro und 170 Mitarbeiter.

Der Oberbürgermeister setzt beim Thema Wirtschaft stark auf die Branche Logistik. Das liegt nahe. Die Verkehrsanbindung unserer Stadt ist wirklich sehr gut. Komisch nur, dass der Beigeordnete für Planen und Bauen gleichzeitig wichtige städtische Verkehrsachsen, wie die Merseburger Straße, zurückbauen möchte.

Wir als CDU/FDP-Fraktion sind die einzige politische Kraft hier im Stadtrat, die konsequent gegen solche Experimente argumentiert.

Meine Damen und Herren, die unrealistischen Haushaltsansätze der Stadtverwaltung werden nach unserer Überzeugung im kommenden Jahr zu sehr vielen überplanmäßigen Aufwendungen und außerplanmäßigen Auszahlungen führen. Bereits in diesem Jahr hatten wir im Finanzausschuss und zum Teil auch hier im Stadtrat unzählige zusätzliche Ausgaben zu beschließen. Natürlich fast alle unvorhersehbar.

Wenn bereits im Haushaltsansatz die Ausgaben unrealistisch niedrig und die Einnahmen sehr optimistisch dargestellt werden, muss man sich darüber wohl nicht wundern.

Diese zahlreichen Aspekte, gepaart mit der scheinbar fehlenden Bereitschaft des Oberbürgermeisters, die echten Belastungen aus dem Thema Flüchtlingskosten im Haushalt abzubilden, oder vernachlässigte Risiken, wie die 520.000 Euro zum Thema Moritzburg, halten wir diesen Haushaltsentwurf für unrealistisch. Er berücksichtigt nicht die Prinzipien Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sowie das Vorsichtsprinzip.

Uns ist es egal, ob die Stadtspitze schätzt, prognostiziert oder kalkuliert. Hauptsache Sie bildet die real zu erwartenden Sachverhalte im Haushalt ab. Das tut die Verwaltung zum wiederholten Male leider nicht.

Die CDU/FDP-Fraktion wird diesem Haushalt deshalb nicht zustimmen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des früheren Bundesfinanzministers Hans Eichel als Anregung schließen „Der Haushalt ermächtigt uns, Geld auszugeben, er verpflichtet uns nicht dazu.“

Vielen Dank.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich möchte Ihnen jetzt auch gerne noch die Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur gegenwärtigen Haushaltsberatung leidenschaftlich zur Kenntnis geben und knüpfe vielleicht an das an, was Dr. Meerheim am Anfang gesagt hat.

Na klar, ist das zunächst was man vorbereitet hat, so ein bisschen überlagert gewesen durch das, was wir in den Pausen und so weiter diskutiert haben. Aber nichtsdestotrotz ist, glaube ich, all das, was ich hier vorbereitet habe, genauso richtig wie vorher und sollte sich nicht ausschließlich über das überlagern lassen, was wir möglicherweise im Anschluss noch mal diskutieren werden und wo die Dissens entsprechend hoch ist.

Vielleicht erst mal zunächst ein paar grundsätzliche Dinge, die aus unserer Sicht innerhalb des Haushaltes zu bemerken sind. Auch da wieder die rechtzeitige Einbringung der Beschlussvorlage, auch wenn sie zugegebenermaßen minutenknapp war. Und auch da, wie im letzten Jahr, wieder ein Beratungsmarathon, wo ich an dieser Stelle selbstverständlich genauso wie meine Vorredner, allen Beteiligten entsprechend danken möchte.

Nichtsdestotrotz war es auch da wieder so, dass man letzten Endes keine wirkliche Auseinandersetzung mit Entwicklungspotentialen der Stadt hat, ich komme da später noch mal darauf zurück, das letztes Endes die kritische Konzeptbildung aus unserer Sicht sich im Haushalt nicht wirklich in irgendeiner Form abbildet.

Ja und letzten Endes, das haben wir vorhin auch schon mal in der Bürgersprechstunde gehabt, es ist eine relativ sinnfreie Reduktion von Leistungen ohne Aufgabenkritik, die sich insbesondere im Bereich der Jugendhilfe zeigen, auch wenn ich dazu nachher noch mal was sagen werde.

Vielleicht schon mal an der Stelle. Wer, wie vorhin in der Bürgersprechstunde von dem Vorrang der Prävention redet, kann nicht in einem Haushaltsentwurf genau diese Ansätze herunterschrauben. Das ist eine Doppelzüngigkeit, die ich für unverantwortlich halte.

Des Weiteren ist es so, das ist die Wahrnehmung auch von vielen von uns im Prozess, dass es eigentlich die ureigenste Aufgabe von uns Stadträtinnen und Stadträten ist, den Haushalt hier zu beschließen und zu bearbeiten und das immer wieder auch erschwert und behindert wird. Das heißt, wir haben die Ansätze zu Steuereinnahmen relativ beliebig. Wir haben Finanzbeziehungen zu den kommunalen Unternehmen, die kaum ein Thema waren und sind. Wir haben Planzahlen, gerade im Bereich der Personalkosten, die uns sehr undurchsichtig erscheinen, nach wie vor auch undurchsichtig waren. Und es gab innerhalb der Beratungen auch keine Beratung zum Beteiligungsbericht.

Das vielleicht nur als ein paar Beispiele, wo wir diese Erschwerungen auch sehen.

Die Prozesskritik, vielleicht noch mal zu den Beratungen selbst, der Wille der Stadtverwaltung, das habe ich auch bei meinen Vorrednern so gehört, zur Transparenz fehlte aus unserer Sicht wieder erneut. Das heißt, es gibt eigentlich wenig Aussagekraft zu Folgen von Kürzungen die vorgeschlagen werden. Und das ist ein Punkt, den ich bei meinen Vorrednern nicht gehört habe.

Letzten Endes ist der Ansatz eines Bürgerhaushaltes tot. Wir haben keinerlei Beteiligung der Bürgerschaft mehr. Es spielt keine Rolle. Und es ist auch kein Wunder, weil, wer kann Dinge verstehen, die wir schon, die wir uns intensiv ehrenamtlich damit beschäftigen, zum Teil kaum verstehen, beziehungsweise nicht nachvollziehbar erklärt bekommen.

Insofern ist es eigentlich eine traurige Erkenntnis, dass wir die Bürgerinnen und Bürger der Stadt eigentlich nicht wirklich mitnehmen können in diesem Prozess.

Wenn es um Änderungsanträge geht, sind die Änderungsanträge aber auch wieder eigentlich letztlich etwas, was nur geplante Kürzungen wieder heraufsetzt. Das heißt, letzten Endes sind auch unsere Änderungsanträge ein Trauerspiel, weil sie wirklich auch nicht irgendwie eine Innovation irgendwie transportieren.

Die strategischen Überlegungen und Schwerpunkte fehlen. Und wir haben letzten Endes auch die Frage der Verwaltungsstandorte nach wie vor noch immer nicht geklärt.

Wenn wir weitergehen, sehen wir, dass sich die Finanzpolitik in den Debatten über einzelne Haushaltspositionen erschöpft. Das ist vielleicht in einem kommunalen Haushalt auch richtig und notwendig, aber es ist oft auch schwer kommunizierbar und verteilt sich im Kleinklein.

Letzten Endes könnte man sagen, es geht hier bei den Haushaltsberatungen manchmal so zu, wie auf einem Basar, beziehungsweise wir als Stadträte betätigen uns als Detektive, um irgendwie herauszufinden, was uns da vielleicht vorenthalten wird an Informationen.

Dann fehlt zum Teil auch die Weitsicht unterschiedlicher Fraktionen. Das heißt, wir haben im letzten Jahr aus unserer Sicht Geld verbrannt bei der Rosengartenbrücke, was wir eben nicht einsetzen können für andere Investitionen. Wir haben den Flächenverkauf Hufeisen-seeareal nicht in seinen Folgekosten genau betrachtet. Jedenfalls die Mehrheit des Stadtrates hat es nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Und wir haben auch letzten Endes oft noch dieses alte Denken. Es gab so die Idee, eine Million Euro mehr für den Straßenausbau zu haben. Letzten Endes sind dann aus den Rücklagen Mittel noch mal versprochen worden. Aber das ist letzten Endes uns ja auch nicht wirklich dann zugänglich, wie die in entsprechender Weise vergeben werden.

Einen Punkt, den meine Kollegen hier sehr ausführlich betrachtet haben, der bei mir nur ein Unterpunkt ist, ist das Verhältnis zum Oberbürgermeister und zur Stadtverwaltung. Letzten Endes lähmen uns auch die latenten Streits um Zuständigkeiten und das Instrument des Widerspruches ist aus meiner Sicht eben nicht ein Instrument, mit dem man Politik machen kann, sondern es ist ein Instrument der Bürokratie und auch ein Instrument der Ignoranz und fehlenden Wertschätzung untereinander.

Das heißt, wir haben Beschlüsse des Stadtrates, die eben oft ignoriert werden oder eben wo ein Widerspruch als politisches Instrument missbraucht wird. Dann kürzt die Verwaltung innerhalb der Haushaltsentwürfe und der Stadtrat will aber das weiter finanzieren, was sich in diesen Änderungsanträgen abbildet.

Dann haben wir einen Kompromiss, der wirklich mühsam und gut erarbeitet worden ist und dem wir auch zustimmen werden. Ja, und dann haben wir, hurra, auf einmal eine halbe Million gefunden.

Ich frage mich dann immer, was sich da möglicherweise noch irgendwo versteckt, was wir sinnvoll ausgeben könnten. Da bin ich bei dem Punkt Intransparenz.

Im Weiteren ist es natürlich so, dass wir nicht nur auf uns selber gucken können, sondern wir müssen auch in Richtung Land gucken. Wir sind in einer Finanzabhängigkeit von der Landesregierung und unserer Einschätzung nach ignoriert die Landesregierung und diese tragenden Parteien nach wie vor auch die Bedarfe, die in der Kommunalfinanzlandschaft bestehen.

Das heißt, es gibt da eine rückwärtsgewandte Verwaltungspolitik, wo kein Gestaltungsanspruch zu erkennen ist, der in Richtung Stärkung der Kommunen geht.

Das heißt, wir haben nach wie vor von der Landesregierung eine Unterfinanzierung der Kommunen, insbesondere auch der kreisfreien Städte und wir werden oft allein gelassen mit den hohen Kosten, jetzt erst wieder im Beispielbereich Kita. Ja, wir sollen gegebenenfalls die Elternbeiträge anheben ist so die lose Empfehlung. Das ist ja nun nicht etwas, was wirklich

kommunizierbar ist und was wir sicherlich auch nicht tun werden. Und das heißt, wir werden auf den Kosten sitzen bleiben.

Und auch die Kostenkürzungen von TOO und MLU darf man nicht jetzt, nur weil Sie im letzten Jahr passiert sind, vergessen. Auch die wirken 2016 in die Stadtgesellschaft und letztlich indirekt auch in den Haushalt hinein.

Ja, und wie ist es mit den Entlastungen des Bundes? Kommen die über das Land auch wirklich zu uns? Wir wissen es nicht. Wie sind im Moment noch die Unklarheiten bei den Erstattungen der Kosten der Flüchtlinge, die uns sehr genau zu diesem Punkt hinbringen, den wir nachher im Dissens wahrscheinlich beschließen müssen?

Das wir eben sagen, es ist da noch nichts wirkliches, worauf man sich verlassen kann, auch wenn es Zusagen gibt, wie wird abgerechnet, was wird wirklich als reale Kosten betrachtet. Wir haben da noch keine Orientierung.

Und etwas, was wir in den vergangenen Jahren als Grüne immer wieder gesagt haben, das FAG ist eine Fehlkonstruktion, jedenfalls in dem Bereich, dass es keine Anreize für Einnahmen gibt, die zusätzlich in den Kommunen generiert werden können.

Nur ein Beispiel ist die Diskussion um die Kulturförderabgabe. Unabhängig davon, wie man jetzt dazu inhaltlich steht, aber eines der Hauptargumente ist ja immer wieder das, ja wenn wir zusätzliche Einnahmen generieren, werden die uns am anderen Ende wieder abgezogen. Was ist denn das für eine Steuerung im Haushaltsbereich?

Ich finde, das muss sich ändern und ich hoffe, dass wir da im nächsten März auch eine Chance dafür kriegen.

Zurück zu Halle und dem Haushalt und den Beratungen.

Der Wissensvorsprung der Verwaltung, der eben aus unserer Einschätzung zu diesem intransparenten Verfahren führt, hat eben noch ein weiteres Ding. Und das ist genau das, was wir auch vorhin diskutiert haben.

Es gibt ein Erpressungsszenario, das heißt, wenn wir die „schwarze Null“, wie auch immer sie im einzelnen Wahrheit ist, aufgeben, würden wir die Handlungsfähigkeit einschränken. Was sich ja auch in den Bereichen Fördermittelauszahlung de facto abbilden wird.

Und da ist für mich ganz persönlich, jetzt spreche ich nicht für die Fraktion, eben auch die Frage, welchen Preis sind wir bereit dafür zu zahlen, dass möglicherweise eben ein Punkt vom OB mit Widerspruch belastet wird.

Was hat das möglicherweise für Konsequenzen?

Ich bin auch dafür, Haushaltsehrlichkeit, Klarheit, Transparenz und wirklich auch nicht immer wieder im Nachgang dann irgendwie gucken, wie kann man das noch irgendwie abbilden. Das ist ein richtiger Ansatz, den wir auch vertreten.

Nichtsdestotrotz hat er eben auch Risiken, was die weiteren Finanzgeschichten, vor allem am Anfang des Jahres 2016, betrifft.

Und ich möchte ungern die Verantwortung dafür tragen, dass sich die Auszahlungen an freie Träger verzögern. Insofern aber auch der Appel an den OB, vielleicht seine Haltung noch mal zu überdenken und den Haushalt, den wir sonst im großen Konsens wahrscheinlich beschließen werden, doch auch so als Handlungsgrundlage zu nehmen.

Ich habe vorhin schon mal gesagt, dass wir keinen Bürgerhaushalt mehr haben. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verstehen das nicht, was hier passiert in unserem Haus.

Wir gewählten Stadträte werden von, zumindest Teilen der Verwaltung, nicht ernst genommen und da ist dann auch schon meine Frage, ist das noch Demokratie?

Aber ich bin ein optimistischer Mensch und sage, das Klima untereinander, wobei ich insbesondere eben das in Richtung Verwaltung meine, muss konstruktiver werden, auch wenn wir es in der Vergangenheit geschafft haben, in den Fraktionen, unter den Fraktionen, ein sehr gutes Klima entwickelt zu haben.

Ja, was haben wir für notwendige Maßnahmen? Vielleicht noch mal ein paar inhaltliche Dinge an der Stelle, die ich schon angekündigt hatte.

Die Förderung von Prävention, und da ist mir immer noch das Wort des OB im Ohr, dass wir im Bereich Jugendhilfe und Soziales hineingehen müssen in die Prävention, da nur ein Stichwort. Ja wir haben beschlossen, dass die Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut im Haushalt abgebildet werden müssen. Wir haben sie nicht gefunden.

Uns wurde gesagt, das wäre ja in anderen Produkten mit drin. Na, ja mal gucken, was da sich wirklich in irgendeiner Form zeigt.

Wir haben jetzt wahrscheinlich in der Zukunft eine gute Grundlage mit den mehrjährigen Verträgen. Aber auch da ist die Frage, auf welchem Niveau sind diese Verträge? Was nützt es den Trägern, die vorhin hier sagen, ihre Arbeitsfähigkeit ist kaum noch gegeben, wenn sie diese Arbeitsfähigkeit, die nicht gegeben ist, dann auch noch vertraglich festgelegt haben.

Insofern denke ich mir, müssen wir da noch genau hingucken im nächsten Verfahren.

Ein Punkt, den auch schon Herr Scholtyssek angekündigt hat oder angerissen hat, war die Sache mit dem Stadtgrün. Auch das ist natürlich ein „urgrünes“ Thema. Wir haben mehr Flächen, das ist so. Aber wir haben weniger Geld für mehr Flächen. Das heißt, gerade die Unterhaltung und die Pflege auch nach dem Kompromiss ist immer noch nicht gewährleistet.

Und das in der grünsten Großstadt Deutschlands, die wir zu mindestens weiterhin auch so grün halten wollen.

Radwege, Fußwege und Fahrradabstellanlagen sind wichtige Investitionen. Auch da müssen wir immer wieder irgendwie versuchen nachzusteuern.

Nur ein Beispiel. Am Hufeisensee wurden lächerliche Zahlen von Fahrradabstellanlagen vorgeschlagen, die man nur durch Änderungsantrag wieder in eine realistische Größe bringen könnte. Aber es sei dahin gestellt.

Wir haben Bauunterhaltung für die Schulgebäude, wo es ja, wie schon gesagt worden ist, eine gute Perspektive gibt. Aber auch da müssen wir gucken, wie wird das wirklich auch mit den einzelnen verschiedenen Projekten realisiert. Und auch da wieder die Frage nach Strategie und Perspektive.

Unsere Themen, die ich hier an dieser Stelle auch noch mal sagen möchte, also spezielle Themen, die Frage, die Richtlinie Kunst am Bau sollte schon lange vorliegen. Das ist wieder was, wo wir merken, dass eben auch Verzögerungstaktiken dazu führen, dass eben kein Geld eingestellt wird. Es gab eine Mehrheit im Stadtrat. Es gab einen Beschluss. Es sollte eine Haushaltsstelle 2016 geben. Ja, aber wenn die Richtlinie monatelang zurückgehalten wird und nicht kommt, dann können wir das natürlich auch nicht in den Haushalt einstellen.

Ja, Finanzierung Moritzburg, haben einige Kollegen auch schon erwähnt. Aber was nun? Ja, wir haben eine Positionierung, dass wir zwar eine Haushaltsstelle schaffen mussten, aber wer das genau liest, ist dann die Auszahlung Verwaltungshandeln? Möglicherweise, wissen wir nicht.

Wie ist es mit der künftigen Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs? Ja, der Ausbau der Strecken dank unseres groß genutzten Förderprogramms ist auf dem Weg und wir haben dem auch schöne Ecken unserer Stadt zu verdanken. Aber wenn dann die Ausdünnung der Versorgung kommt oder möglicherweise noch mehr Streichungen, nicht nur die von uns abgelehnte Streichung der Haltestelle Stadtbad, dann fragt man sich natürlich, was macht die Attraktivität auf den schönen Strecken aus, wenn nur alle dreißig Minuten eine Straßenbahn kommt, die alle fünf Kilometer hält.

Ja, und dann vielleicht noch ein Punkt zur Landesförderung STARK III. Auch das wurde schon angerissen. Es ist natürlich schön, wenn wir viele Förderungen über diese Möglichkeit bekommen haben. Aber heißt das auf der anderen Seite möglicherweise, dass wir auch eine bestandsfähige Berufsschule schließen müssen?

Wie ist es mit anderen notwendigen Schulbauprojekten, wo wir dann doch wieder auch Eigenmittel der Stadt hineinbringen? Da müssen wir im Haushaltsverzug 2016 noch gut flankieren, was dann in Wirklichkeit auch umgesetzt wird.

Ja, ich habe es schon erwähnt, wir haben Risiken, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe. Alle wissen, Prävention ist wichtig. Aber es gibt existenzgefährdende Kürzungen in dem Bereich. Ich sage, im Gegenteil, wir brauchen eigentlich mehr. Gerade und nicht nur wegen der Flüchtlinge, sondern weil wir eine unheimlich hohe Rate an Kinderarmut haben, weil wir eine hohe Rate haben auch an Kindern, die Hilfebedarfe im Jugendhilfebereich haben. Und da in Prävention zu investieren, muss eben gerade eigentlich mehr heißen, als weniger. Weil, es fällt uns ja auf die Füße, wenn wir es dann in der nachsorgenden Jugendhilfe bei den HzE-Pflichtleistungen irgendwann wieder aufstocken müssen.

Der Bereich Sekundärkosten Flüchtlinge wird uns nachher bei dem Änderungsantrag noch mal beschäftigen. Auch das ist natürlich ein Risiko für den Haushalt in den Bereichen.

Und es gibt auch im Haushalt Maßnahmen, die uns jedenfalls nicht plausibel erscheinen, wie ein dort beschriebener Ausbau der Leipziger Chaussee B 6, die da irgendwie auftaucht, ohne dass es dazu irgendeine Art von Vorbereitung gibt.

Die Frage, die sich für uns eben nicht nur in Bezug auf die Flüchtlinge stellt, sondern überhaupt für die gesamte Stadtgesellschaft, angesichts dieser Schwierigkeiten, angesichts dieser fehlenden Schwerpunkte und Risiken, können wir die Herausforderungen als Stadt meistern? Werden wir uns Ende nächsten Jahres in die Augen gucken können und sagen können, wir haben unsere Stadt gut voran gebracht?

Was wir wollen, ist eben nicht nur, dass Konzepte erstellt werden, sondern auch, dass die beschlossenen Konzepte umgesetzt werden. Herr Scholtyssek hat gesagt, den Konzepten folgt das Geld. Ja, schön. Aber wir haben Konzepte, denen auch kein Geld folgt oder wenig Geld folgt.

Wir haben die Radverkehrskonzeption, wir haben ein beschlossenes Klimaschutzprogramm, wir haben ein Wassertourismuskonzept, wir haben kulturpolitische Leitlinien und daneben ein armseliges Kulturbudget. Wir sprechen von LQE-Vereinbarungen, die jetzt getroffen werden sollen, aber auch da ist es natürlich fraglich, ob die wirklich die Qualität auch tragen, die wir uns davon versprechen.

Zugegebenermaßen, und das ist auch gut und richtig so, hat Bildung eine hohe Priorität im Haushalt 2016. Aber eben aus unserer Sicht muss die Jugendhilfe die Angebote aufrechterhalten können oder sogar noch verbessern können. Und da ist dieser Antrag von uns nachher wirklich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Für das Verfahren noch ein paar Vorschläge für die Zukunft, also jetzt verfahrenstechnisch. Die Protokolle der Finanzausschusssitzungen in den Fachausschusssitzungen müssten vorliegen, damit man nicht alle Sachen zwei- und dreimal diskutieren muss. Die Entscheidung über die Produkte und was darin abgebildet wird, müsste eigentlich mit dem Stadtrat besprochen werden. Wie gesagt, Eckpunkte haben wir uns schon immer wieder gewünscht. Strategische Schwerpunkte sind nicht erkennbar, also sollten erkennbar sein und sollten auch kommuniziert werden. Und der Ist-Stand des Ergebnishaushaltes wäre sehr hilfreich, wenn er schon zum 30.09. käme. Ja, und Investitionsplanungen, Prioritätenlisten, Konzepte und Entwicklungsrichtungen der Stadt wären auch etwas, was sehr wünschenswert wäre, um wirklich eine konstruktive und in die Zukunft gewandte Haushaltsplanung und Beratung vollführen zu können.

Ja, den Stadtrat mitnehmen, das hat Herr Krause schon gesagt, bei allen Entscheidungen, was den Konzern Stadt betrifft, wäre unser zentraler Vorschlag für die Zukunft und die politische Kultur in unserer Stadt. Denn die Frage ist, wo wollen wir eigentlich hin. Und die sollten auch die Menschen auf der Straße verstehen und sehen, wo wir eigentlich hin wollen.

Mein Fazit, das Fazit meiner Fraktion, wir nutzen unsere Ressourcen zu wenig, das heißt unser aller Ressourcen. Wir haben eine wunderbare konstruktive Atmosphäre zwischen den Fraktionen erarbeitet, die auf der Sachebene zum Teil kontrovers, auf der menschlichen Ebene sehr wertschätzend und auf der strategischen Ebene oft sehr einhellig ist. Und ich finde, wir sollten das noch mehr nutzen.

Wir brauchen eine Kultur des Miteinanders und keine, ich habe es bewusst in Anführungsstriche gesetzt, säkularisierte „Monarchie“. Wir wollen, dass die Stadt, die Menschen in unserer Stadt, uns verstehen und unser Handeln nachvollziehen können. Und wir wollen die Attraktivität von Halle überregional sichtbar machen. Ich glaube, da bin ich mit vielen von Ihnen einer Meinung.

Wir halten den Haushalt für zustimmungsfähig. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir wollen, dass Fördermittel fließen und dass die Fördermittel ausgereicht werden können.

Ich danke Ihnen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Liebe Mitglieder des Stadtrates, lieber Herr Vorsitzender.

Das war für mich heute ein gewissermaßen negativer Höhepunkt meiner kommunalpolitischen Erfahrung, die ich im Vorfeld der Sitzung erleben durfte, musste. Aber auch eine Konsequenz aus den letzten zweieinhalb Monaten Beratung zum Haushalt 2016.

Ich würde als erstes gern noch einmal den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt erklären, was eigentlich unsere Aufgabe ist als Stadtrat. Wenn Sie mir das gestatten.

Wir sind hier gewählt, um gemeinsam mit der Verwaltung einen Haushalt zu verabschieden, der die Rahmensetzung bietet für ein verantwortungsvolles Handeln, mit natürlich der Ausgestaltung im Personalkostenbereich, mit der Ausgestaltung der Investitionsbedarfe, mit der Ausgestaltung der Sachkostenbedarfe, die nach den Planungen der Verwaltung mit uns abgestimmt werden in einem sehr detaillierten Abstimmungsprozess in den Fachausschüssen. Und dann zielführend, abschließend beraten in dem Finanzausschuss.

Was in den letzten Monaten unsere Aufgabe war, war ja nicht leicht. Also, wir haben in einer

gewissen Form eine sehr dünne Finanz- und Einnahmedecke. Wir haben einen großen Haushalt, 680 Millionen Euro. Aber der orientiert sich hauptsächlich natürlich an den Ist-Situationen der letzten Jahre. Das kriegen wir in den Ausschüssen dann vorgelegt.

Wir sind eigentlich dazu verdammt, relativ schnell, alle Kolleginnen und Kollegen die hier sitzen, zu kontrollieren, ist das angemessen. Das ist unsere Hauptaufgabe. Wir kontrollieren, ist das angemessen, der Sache auskömmlich, was die Verwaltung dort vorschlägt. Mehr ist eigentlich auch nicht möglich.

Weil, wir haben nicht irgendwo noch einen Extratopf oder noch eine Extraeinnahme. Vielleicht kann man das am besten darlegen noch mal und in Erinnerung rufen, dass die geringe Gewerbesteuererinnahme, die unsere Stadt gegenüber der anderen größeren kreisfreien Stadt Magdeburg hat, wir haben die Hälfte ungefähr von Magdeburg als Gewerbesteuererinnahmen, bedeutet ja nicht nur, dass wir weniger Gewerbesteuererinnahmen haben, sondern das bedeutet eben auch, dass wir weniger Unternehmen haben. Das bedeutet auch, dass wir weniger qualifizierte Angebote haben an Arbeitsplätzen.

Das heißt, dass wir, manchmal ist es nicht unbedingt von der Größe des Unternehmens abhängig, das kann man bei Barleben sehen, aber im Grunde genommen bildet sich eben auch die Struktur in der Stadt über die Gewerbesteuererinnahmen. Das ist für uns natürlich schwierig zu regeln, bedarf dann der Konzepte, der Diskussionen. Das haben Sie von den anderen Rednern gehört. Dass es aber eben auch bedeutet, dass wir über Einnahmen nicht in dem Ausmaße verfügen, dass wir in einer gewissen Form Sonderprojekte stemmen können.

Herr Oberbürgermeister, mit Ihrem Amtsantritt war für viele, denke ich hier im Rat, vielleicht auch eine politische Herausforderung, aber eben auch verbunden, dass Sie mit bestimmten Ideen hier reingehen, eine gewisse strategische Verabredung treffen mit uns, dass Sie das, was der Rat immer mal wieder initiiert hatte, ich nenne da einen Beschluss, ich glaube aus 2006 oder 2008 oder 2010, dass wir dort Eckpunkte gerne mit der Verwaltung abstimmen wollten. Dass wir eine Schwerpunktdiskussion führen. Dazu ist es auch dieses Jahr wieder nicht gekommen.

Wir haben also eine Detaildiskussion geführt, haben dann eigentlich an diesen, ich würde den Betreff Bedarfe, finde ich einen schönen neutralen Begriff, der bildet das am besten ab, gemeinsam über dem Bedarf, dem Finanzbedarf für 2016 diskutiert und gerungen.

Erstaunlich ist es, dass wir, und deswegen vielleicht das eine Thema was ich habe, ist Sorge. Es eint uns die Sorge, dass wir angemessen finanziert dargestellt in die Planung gehen und Sie beauftragen, mit Ihrer Verwaltung dann diese Eckpunkte, diese Rahmensezung des Haushaltes umzusetzen.

Die Sorge ist das, was uns alle bewegt hat, uns geeint hat, in den letzten Wochen. Und das hat Frau Dr. Brock schon ausgeführt, erstaunlich wie wenig Luft, sage ich mal, im Finanzausschuss, das durfte ich ja meist dann im Personalausschuss erleben, wie wenig Luft da zwischen dieser sachlichen Position, wir sind hier angetreten, um mit Sorge die Verantwortung wahrzunehmen, einen Haushalt zu verabschieden, der Sie in die Lage versetzt, alle Bedarfe auch zu realisieren.

Das geht von freiwillig zu Pflicht. Das springt hin und her. Das springt von Investition zum Personal.

Erstaunlich ist, dass wir erst in der letzten, als Beispiel vielleicht noch mal, was mich dann eben so bewegt, erst in der letzten Personalausschusssitzung eine Vorlage bekommen, die sich unter dem Titel Aufgabenkritik sehr detailliert darstellt und wo man einfach verblüfft ist, dass wir das nicht zum Beginn der Debatte über den Haushalt vorgelegt bekommen. Oder

zumindest als einen Bestandteil der Debatte.

Also dort auch nicht in dem Sinne ein Qualitätssprung, aber ein Zeichen, dass ein hohes Maß an Verantwortung und auch an Qualität innerhalb der Verwaltung vorhanden ist und mit dem wir glücklicherweise auch im Finanzausschuss, danke da auch an Herrn Egbert Geier und an Frau Wolff als Stellvertretung für die gesamten Mitarbeiter, dass wir dort mit Zahlen, natürlich auf Nachforderung, auf Nachfragen, sehr gut versorgt wurden.

Es ist also ein gemeinsamer Wille da, diese Verantwortung, diese Sorge wahrzunehmen.

Aber, und das ist vielleicht der letzte Absatz zur Sorge, nach dem heutigen Erlebnis, Herr Oberbürgermeister, habe ich die Sorge, ob Sie sich bewusst sind, in welcher Art und Weise Sie diese gemeinsame Sorge in gewisser Form konterkarieren.

Also, wenn Sie uns in einer Nebenberatung vorwerfen, dass wir hier Wahlkampf betreiben, kann ich sagen, gut, dass muss ich jetzt nicht persönlich nehmen. Das können Sie gerne Frau Brock vorwerfen, wenn sie da auf den Landtag, der irgendwann gewählt wird, verweist, in ihrer Haushaltsrede in der Stadt Halle. Aber doch nicht einer Bürgerinitiative, die sich zu einer Fraktion zusammengetan hat, um sich ehrenamtlich für die Stadt zu engagieren. Also das ist nun vollkommen abstrus.

Uns vorzuwerfen, dass wir eine Sorge zu ernst nehmen, das ist genau der Punkt, warum hier die Diskussionen so gelaufen sind, wie sie gelaufen sind. Und es ist erstaunlich, in welche Konstruktivität die gelaufen sind. Es ist erstaunlich, dass wir, und das weiß ich gar nicht, ob das so wahrgenommen ist, dass wir einen gemeinsamen Kompromiss im Finanzausschuss aus einer Vielzahl von detaillierten Anpassungen, Veränderungen vorgeschlagen haben. Und das ist das zweite Mal.

Herr Cierpinski und Herr Meerheim und Herr Geier haben diese Vorleistungen hauptsächlich mit zu verantworten. Aber es ist der gemeinsame Wille des Finanzausschusses, der da umgesetzt wurde. Und natürlich pflegend aus den Fachausschüssen den ganzen Empfehlungen.

Das da manche Dinge nicht drin sind, weil man sagt, o.k. das ist eben genau der Gedanke eines Kompromisses, der gemeinsam hier heute vorliegt und der als Änderungsantrag hier eingebracht wird von allen Fraktionen.

Das ist die Grundlage eigentlich auch der Beratung, Herr Oberbürgermeister, die haben Sie ja am Montag sozusagen auch persönlich in der Form noch mal geführt, abschließend geführt mit den Fraktionsvorsitzenden, wo Sie also unseren Hinweis, wenn man das mal so sagen darf, auch mit aufgenommen haben, dort noch mal eine fünf Millionenanpassung vorgenommen haben bei den Kassenkreditrahmen.

Weil wir eben auch diese Sorge hatten, dass wir in einen Liquiditätsengpass geraten im nächsten Jahr und deswegen in der gemeinsamen Verantwortung uns befinden, das ebenso mit vorzuschlagen. Sie haben das, zumindest teilweise, mit aufgenommen.

Die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes, Ihren Widerspruch gegen unseren Beschluss zur Moritzburg zurückzuweisen, hatte noch mal klar ausgeführt, was hier unsere Aufgabe ist.

Es ist eben nicht Ihre Aufgabe, Herr Oberbürgermeister, sondern unsere gemeinsame als Stadtrat, wo Sie ein Mitglied sind, eben nur ein Mitglied, nämlich die Aufstellung des Haushaltes.

Das ist erst mal vielleicht ein bisschen schwierig, sich dann einzuordnen, aber wir haben gemeinsam hier einen Kompromiss geschaffen mit der Verwaltung, mit den Hinweisen in

dem Diskussionsprozess.

Und diese drei Anträge, die heute noch dazu kommen, nämlich dringende Anpassungen hier vorzunehmen, sind eben auch Folge der Information, die hier gemeinsam dem Rat in den Ausschüssen noch mal gegeben wurden, in aller Verantwortung.

Und ich denke, dass es angebracht wäre, das auch, ich verweise noch mal auf die Entscheidungsbegründung vom Landesverwaltungsamt, Ihren Widerspruch da zurückzuweisen, eben auch Sache des Haushaltes, hier diesen Haushalt zu verabschieden und die Umsetzung natürlich an Sie zu beauftragen, zu delegieren und Sie zu ermächtigen, zu handeln.

Insofern bin ich in der Sorge, ob Sie diesen Gemeinsinn auch wirklich nutzen können. Weil das, was nämlich hier genau passiert, ist eigentlich, dass wir erstmals, glaube ich, Herr Oberbürgermeister, und das ist auch ... die Worte sind schon gefallen, der Einbringung im vorigen Haushaltsjahr und so weiter, ist das natürlich erst möglich.

Aber wir sind, glaube ich, Herr Oberbürgermeister, jetzt erstmals in der Lage und Herr Geier und sein Team ist dazu, denke ich, auch bereit, schon sehr frühzeitig, zu Beginn, dass was hier teilweise schon erwähnt wurde, die strategischen Verabredungen, die Materialien, die vorliegen, die Prozesse, die eigentlich hier im Gang sind, auch wirklich dann Ende 2016 in dem Haushalt abzubilden.

Aber das müssen wir jetzt beginnen. Wir können nicht einen Monat vorher mal gucken, was ist auf rechne.Halle.de, was sind denn da für Vorschläge eingegangen. Das sind, glaube ich, doch 700 Bürgerinnen und Bürger, die sich da beteiligt haben. Aber es ist natürlich noch zu wenig. Das ist unsere Auffassung auch. Das ist auch noch nicht von der Verwaltung so engagiert betrachtet. Aber ich bin da auch lernbereit.

Die Probleme oder die Herausforderungen, Herr Oberbürgermeister, die uns in diesem Jahr nach der Hochwasserkatastrophe, die große Anzahl von Menschen, die bei uns hier Zuflucht gesucht haben, die sind ja nicht so, dass man jetzt da steht und denkt, ja das lösen wir jetzt mal ganz schnell. Wir müssen da umorganisieren. Sie haben da viel Initiative ergriffen.

Aber trotzdem denke ich, dass wir jetzt, heute, und deswegen ende ich vielleicht mit einer gewissen Hoffnung, dass man den hoffentlich hier verabschiedeten Haushalt einerseits als Auftrag in der Verwaltung versteht, als Ermutigung, die Sachgründe, die Fakten uns nicht vorzuenthalten.

Weil, Herr Oberbürgermeister, das erschreckt mich persönlich auch, wenn ich in der Beratung mit Ihnen sitze und Mitarbeiter aus der Verwaltung einen klaren Fakt auf den Tisch legen und Sie diesen Fakt nicht in der Lage sind zu akzeptieren.

Dann ist das für mich das Ende einer Sachdiskussion. Weil, wir können uns nur sozusagen in dem ... ja wir können sagen, Sie sind als Oberbürgermeister dazu in der Lage, Sie sind weisungsberechtigt allen Mitarbeitern in der Verwaltung, aber wir müssen ja gerade genau diese Sachdiskussion führen.

Wenn Sie durch einen, wie hieß der Spruch immer bei dem, der mal Kanzler war, durch so einen „Basta-Spruch“ in irgendeiner Form eine Sachdiskussion verhindern, ist das für, ich denke mal, nicht angemessen unserem konstruktiven Ansatz, wie wir hier zusammengekommen sind.

Sie haben das in vielen Stellen in den letzten Wochen bewiesen, auch im letzten Hauptausschuss, wo in einer gegenseitigen Achtung Lösung gefunden worden, wo ich denke, das ist der richtige Weg. Und das sollte jetzt hier auch die Situation sein, zu sagen, o.k. was sind

denn für Aufgaben, wo müssen wir Schwerpunkte setzen.

Ich glaube, das ist das, was Sie jetzt auch, egal auf welcher Ebene, in der Verwaltung erlebt haben. Das ist ein Detailkampf. Und das ist eine Stadtgesellschaft, die ist vielfältig.

Da eine Prioritätensetzung, das haben wir schon ein paarmal versucht, das haben wir schon im kleinklein versucht. Das haben wir schon in der Sportförderung versucht, wo man irgendwie gesagt hat, aus diesen 20 geförderten Sportarten mal zwei, drei oder fünf als Schwerpunkte herauszunehmen, was das für eine Arbeit bedeutet für jeden einzelnen und für die Verwaltung.

Aber ich denke, dass wir in dem Moment, wo wir Schwerpunkte gemeinsam definieren können, mit einer bewegbaren, ich sage mal jetzt, Finanzmasse, wo man auch sagen kann o.k., man kann da mal, ob das jetzt 100.000 oder vielleicht sogar 500.000 sind oder nur 300.000 oder vielleicht auch nur 50.000.

Man könnte sozusagen dort in eine vorbereitende Beratung gehen zu einem Haushalt 2017. Das denke ich, sollte man sofort beginnen.

Weil, ansonsten stehen wir nächstes Jahr wieder hier und sagen o.k., wir haben viel über Konzepte gesprochen, und ich bin jemand der sehr gerne konzeptionell arbeitet, aber trotzdem dem Prozess selber immer wichtiger findet als das Ergebnis, das Papier.

Es ist immer eine Art auch von Verständigung zwischen Rat, Bürgergesellschaft, Stadtgesellschaft und Verwaltung in so einer konzeptionellen Arbeit.

Ich glaube nicht, dass es immer darum geht, das Ergebnis hinzulegen und zu sagen, o.k., da sind jetzt Handlungsempfehlungen drin. Die müssen dann natürlich umgesetzt werden, die müssen dann auch wieder mit Vorlagen und Beschlüssen untersetzt werden.

Also eher die Prozesse jetzt beginnen für den Haushalt 2017 und da vielleicht die Erfahrung von 2016 noch mal mit hereinnehmen.

Abschließend, wir haben intensiv beraten und die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wird dem Haushalt mehrheitlich zustimmen und wird natürlich unsere gemeinsamen Anträge mit unterstützen.

Und wir hoffen, dass der Oberbürgermeister am Ende der Debatte heute auch erkennt, dass das nicht dagegen, sondern für und ein Auftrag ist, nicht das Geld, was wir sozusagen vielleicht im Kassenkreditrahmen als Beispiel zu nennen, wir wollen ja nicht das dort der Kassenkreditrahmen ausgeschöpft wird.

Wir wollen, dass natürlich nur 245 Millionen maximal kommen. Aber wenn es denn zu einer Überschreitung kommt, was wir sehr wahrscheinlich halten, wollen wir diese Bereitschaft halten.

Sie hatten ja signalisiert, dass Sie das auch akzeptieren.

Und bei den Kosten für die Flüchtlinge, die schwierig sind zu kalkulieren, das haben Sie selbst so beschrieben, sehe ich auch die Notwendigkeit, dass Sie erkennen, dass es nicht gegen, sondern gerade für Ihren Ansatz, nämlich der Integration der Angebote, der Konzeptentwicklung, was Sie ja im letzten Hauptausschuss noch mal sehr detailliert angekündigt haben, wo Ihre Schwerpunkte da sitzen. Dafür wollen wir Ihnen Rahmen geben und einen Auftrag.

Dankeschön.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

So, Sie sind alle zwischen 17 und 20 Minuten gewesen. Das war fast punktgleich. Wollte ich bloß mal sagen.

Dann frage ich, ob es weitere Redebeiträge gibt, beispielsweise, ob der Oberbürgermeister reagieren möchte, auf das was er derzeit gehört hat?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der zuständige Beigeordnete.

Herr Lange

Der zuständige Beigeordnete reagiert. Jetzt bin ich ja gespannt. Bitte, Herr Geier hat das Wort.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Ich bin ganz froh, dass ich jetzt Gelegenheit habe, bis 24 Uhr all das, was ich jetzt gehört habe zu retournieren. Nein, Scherz beiseite.

Also ich kann jetzt natürlich nicht auf jeden dieser aufgeführten Aspekte eingehen. Das wäre wirklich zu viel. Aber ich möchte doch mal vielleicht einige Punkte aufgreifen. Und zwar wie folgt.

Ich entnehme aus der Diskussion der Redner, dass irgendwie so der Eindruck besteht, die Stadt könnte quasi frei über ihr Budget und ihren Haushalt verfügen. Das ist aus meiner Sicht nicht so. Sondern in einem Haushalt wird quasi ein Zwang aus unserem staatlichen Aufbau abgebildet.

Das heißt, eine Entscheidung, die in Berlin getroffen wird, die wirkt sich hier aus. Eine Entscheidung, die in Magdeburg getroffen wird, die wirkt sich hier aus. Eine Entscheidung, die von Tarifpartnern getroffen wird, die wirkt sich hier aus.

Das heißt auf gut Deutsch, wir sind sehr, sehr vielen Zwängen ausgesetzt, die dann auch diese Flexibilität und auch die Art und Weise, wie man da bestimmte Schwerpunkte setzt, nicht leichter macht. Das muss man einfach mal an der Stelle erwähnen.

Und auch aus dieser gesamten Situation steht natürlich auch die Frage, das hat Frau Dr. Brock hier mitgeteilt, dass man auch bei der Frage, wie man auf das Land zugeht, wie man da Druck macht, was unternehmen muss. Und das sehe ich in der Tat genauso.

Das ist ja auch keine neue Bemerkung oder kein neuer Hinweis von mir, dass man da unbedingt in der Finanzausstattung des kommunalen Bereiches was tun muss. Und die einzige Möglichkeit, die wir wirkungsvoll haben, in dieses gesamtstaatliche Geflecht einzugreifen, ist über den Finanzausgleich. Da muss man ansetzen und da haben wir eine Situation in Sachsen-Anhalt, die auf Grund der Systematik des FAG nicht gut sein kann, weil alles, was man konsolidiert, alles, was man zusätzlich an Einnahmen einnimmt, alles, was man auf der Ausgabenseite erspart, wird sofort angerechnet.

Das kann so nicht weitergehen und das ist auch für eine kommunale Entwicklung und für einen kommunalen Spielraum, den eine Stadt braucht und den auch Halle braucht, nicht gut.

Und aus dieser gesamten Gemengelage ergibt sich natürlich dann die Fragestellung, wie man eine Haushaltsplanung macht. Da versuche ich jetzt auf Ausführungen von Herrn Wolter einzugehen und auf Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim einzugehen.

Nämlich die Frage, wie man sich da ran arbeitet. Wenn ich einen Finanzbedarf ermittle, das ist ein möglicher Ansatz, dann komme ich zunächst mal zu der Frage, wer hat da welche Wünsche, wer sieht da was wie, was wäre da alles an Möglichkeiten da. Und ich habe natürlich einen Bedarf ermittelt, der aus meiner Sicht und Einschätzung horrend hoch ist.

Das heißt, man setzt sich, wenn man über den Weg rangeht, sofort selbst einem extremen Konsolidierungsdruck aus. Weil, ich glaube, das ist genauso wenig zielführend, wenn ich einen Bedarf ermittle, der, ich sage mal eine Zahl, 60 oder 80 Millionen höher ist, als das Budget, das mir zur Verfügung steht.

Der zweite Weg, den ich wählen kann, ist dann, dass ich über ein Budget rangehe. Das heißt also, ich ermittle meinen Budgetrahmen, den ich nach meinem Kenntnisstand habe. Und da muss ich auch mal sagen, ist natürlich die Aktualität der Informationen, die man da vom Land bekommt, immer sehr, sehr dürftig. Also das ist mit sehr großem Zeitverzug.

Und, Frau Dr. Brock, die 500.000 Euro, die sind nicht gefunden worden, sondern die sind in diesem zeitlichen Ablauf von der Erstellung des Entwurfes bis zum heutigen Tage durch entsprechende Mitteilungen des Landes, was den Finanzausgleich betrifft, konkretisiert wurden.

Ich habe ein Budget, das ermittle ich. Und auf der anderen Seite habe ich Etatrecht, dass mir eine „schwarze Null“ oder mindestens einen ausgeglichenen Haushalt vorschreibt.

Und das ist im Übrigen auch ein ganz deutlicher Unterschied zum Land und zum Bund. Wenn dort ein Etat nicht ausgeglichen ist, dann habe ich im härtesten Extremfall immer die Möglichkeit, das über eine entsprechende Kreditaufnahme auszugleichen.

Das ist im kommunalen Bereich nicht so. Sondern da habe ich mich an das kommunale Haushaltsrecht zu halten, das durch die Kommunalaufsicht begutachtet wird. Und auch das schränkt beispielsweise die Möglichkeiten, die da die Stadt hat, in ihrem Budgetrecht, aus meiner Sicht im Vergleich zum Bund deutlich ein.

Was macht man jetzt in so einer Situation? Das Stichwort fiel, voller Hoffnungen, voller Risiken. Das ist so. Aber, da muss ich Ihnen sagen, dass macht aus meiner Überzeugung jedes Unternehmen so. Und wenn wir uns mal überlegen, wie das viele privatwirtschaftliche Unternehmen machen, wie das auch kommunale Unternehmen machen, dann stellen die zu einem Stichtag einen Sachverhalt dar, eine Einschätzung der Gesamtsituation dar, und haben dann noch bestimmte Aspekte, die sie als Chancen sehen und die sie als Risiken sehen.

Und genauso haben wir das bei diesem Haushalt auch versucht.

Und ich gebe Ihnen natürlich Recht, dass man die eine oder andere Chancen- und Risikobetrachtung anders bewerten und sehen kann. Aber letztendlich kann ich das nicht anders durchführen und schon gar nicht bei der Komplexität dieses Haushaltes und dieser, sagen wir mal, engen Zeitschiene, die da auch vorhanden ist, indem ich da eine vernünftige Chancen- und Risikoabwägung durchführe.

Es geht aus meiner Sicht nicht anders zu machen, als so. Und man kann da sicherlich sich auch noch mal darüber unterhalten, wie man da bestimmte Schwerpunkte andiskutiert.

Deshalb war ja beispielsweise auch eine Überlegung, dass man nicht über die einzelnen Produkte spricht, sondern dass man über Themenfelder spricht, wie öffentliche Sicherheit und Ordnung, Kinder- und Jugendarbeit, Kultur, Sport und so weiter und so fort.

Das ist aber natürlich ein Prozess, der da im Dialog abzulaufen hat, weil da natürlich auch einige Dinge neu zu sortieren und abzustimmen sind. Und das schließe ich auch gar nicht aus, dass so etwas möglich ist.

Bei der Frage der Aufgabenkritik, es ist richtig, dass wir, wie ich finde, an einem sehr gut strukturierten Prozess arbeiten, um herauszubekommen, was wir für Aufgaben machen, mit welchem Personal- und Sachaufwand das verbunden ist, wie viel Adressaten wir mit dieser Aufgabenstellung erreichen und was man dann im Prinzip in freiwillig und Pflicht deklarieren kann. Und der Charme an der Sache ist, dass das aus der Mitarbeiterschaft entsteht.

Weil, in der Vergangenheit war das so, dass man natürlich eher oben auf der Leitungsebene ab Fachbereichsleiter bestimmte Einschätzungen getroffen worden. Die waren nicht falsch. Aber ich glaube, es ist in der Situation auch ganz gut, dass man die Mitarbeiter befragt, die da so bestimmte Dinge sehen und einschätzen.

Und das Problem, das ich im Moment bei dem Thema habe, Herr Wolter, ist, dass ich Ihnen gern da ein Auto mit vier Reifen, Aufbau und Innenausstattung liefern will. Also das heißt auf gut Deutsch, so ein Prozess braucht eine gewisse Reife, der braucht eine gewisse Zeit und diese Zeit die brauche ich auch.

Wir sind im Moment, wir haben jetzt gerade vorgestern, Herr Stäglin, mit dem Dezernat II begonnen. Also wir sind Dezernat IV, Dezernat II, Dezernat III, Dezernat I. Da sind wir auf einem guten Weg.

Aber wir müssen natürlich dann auch diese ganzen Themen auswerten. Und da bin ich auch der festen Überzeugung, da bekommen Sie ein strukturiertes Papier, mit dem Sie da, denke ich mal, auch vernünftige Abwägungen treffen können und in dem Sie auch dargestellt bekommen, was da so alles erledigt wird und was damit transparent gemacht wird. Aber ich bitte da ganz herzlich drum, dass ich da noch ein paar Monate dafür Zeit bekomme.

Dann zu der Frage Mitverschuldung, also das heißt, diese Darstellung im Finanzhaushalt. Also in dem Finanzhaushalt ist es so, da haben wir im Jahr 2016 in dem Haushalt minus 18 Millionen. Das ist auch die Aufgabenstellung, die uns das Landesverwaltungsamt gibt, dass man daran arbeiten muss. Das war letztes Jahr bei 40 Millionen. Das heißt also, wir haben rein aus der laufenden Verwaltungstätigkeit eine Reduzierung von 20 Millionen minus auf annähernd Null, sind 370.000 plus.

Das heißt, da ist schon was passiert. Und diese 18 Millionen entstehen zum großen Teil dadurch, dass wir natürlich unsere Tilgungen leisten müssen. Das heißt also, wir haben hier quasi so eine Art Tausch. Wir machen im Prinzip, wir zahlen die Tilgung, verringern damit unsere Verschuldung, aber es geht zulasten des Kassenkredites. Das ist dann, wenn man es von dieser Abfolge her betrachtet, keine Neuverschuldung, sondern, es ist zumindest, was den Betrag der Tilgung angeht, eine Verlagerung in den Bereich der Kassenkredite. Das muss man einfach mal so sachlich erwähnen.

Und wie kommt es jetzt zu dieser Situation? Und da möchte ich auch noch mal in diese Historie zurückgehen mit der Einführung der Doppik und der Eröffnungsbilanz.

Es war hier eine Verabredung und auch eine klare Darstellung der Sachlage, dass wir mit der Einführung der Doppik für bestimmte Themenstellungen Rückstellungen bilden. Und zwar Rückstellungen in Bereichen, wo uns klar war, dass da ein Bedarf entsteht. Und wenn wir das nicht gemacht hätten, dann würden wir, hätten wir keine Zeit gewonnen, um uns über die besten Konzepte und Wege und Schwerpunkte hier im Rat auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben da Zeit gewonnen.

Aber ich sage auch ganz deutlich, diese Zeit läuft mit jedem Jahr, wo Rückstellungen bezahlt und abgeschmolzen werden, ab.

Also das heißt, das ist schon auch klar so, dass man hier sich überlegen muss, wie man diesen Finanzierungssaldo, den negativen Finanzierungssaldo abbaut und wie man da auch eine inhaltliche Umsteuerung hinbekommt.

Bürgerhaushalt, Frau Dr. Brock, der Bürgerhaushalt ist aus meiner Sicht nicht tot, sondern wir sind mit einer bestimmten Methodik und Verfahrensweise in diesen Bürgerhaushalt gestartet. Ich erinnere da auch dran, dass im Sommer da noch mal versucht worden ist, dafür zu werben. Und ich stelle da einfach fest, dass offensichtlich der Weg, dass jeder seine Vorschläge einbringen kann, vielleicht in Halle nicht funktioniert. Also das war ja auch immer in der Diskussion, dass jede Stadt ihren eigenen Weg finden muss, wie sie diesen Bürgerhaushalt gestaltet und welche Methode sie da anwendet.

Und die Diskussion in unserer Arbeitsgruppe in der Verwaltung, da war auch ein Vertreter Ihrer Fraktion dabei, die geht nach den Erfahrungen, die dieses Jahr gelaufen sind, in die Richtung, und da will man sich dann im neuen Jahr dazu verständigen, im Januar, dass man versucht, jetzt auf Zielgruppen zuzugehen.

Also das heißt, wenn quasi die Möglichkeit nicht funktioniert, dass jeder eine Idee einbringt, dann muss ich vielleicht versuchen, diese Themen an bestimmte Zielgruppen zu transportieren. Und da bin ich auch sehr gespannt, wie man sich dann da einfach entsprechend auch in dieser Arbeitsgruppe positioniert.

Aber das halte ich für einen guten, sinnvollen Weg, da einfach bestimmte Dinge umzusteuern, die vielleicht jetzt so nach unserem Wunsch und unserer Vorstellung nicht funktioniert haben.

So, jetzt muss ich noch schauen, Entschuldigung, ob ich etwas Wichtiges aus meiner Sicht vergessen haben. Nein, das war es soweit.

Ich habe jetzt aus meiner Sicht diese Schwerpunkte angesprochen. Ich persönlich bedanke mich auch für die Diskussionen und für das gute Arbeitsklima im Finanzausschuss und dass man da zielorientiert war. Und ich hoffe natürlich, dass Sie dem Haushalt zustimmen.

Dankeschön.

Herr Lange

Vielen Dank, Herr Geier.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Herr Oberbürgermeister möchte noch etwas sagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, ich würde ganz gern festhalten, dass der Haushalt weit überzogen ist mit mehreren Millionen Euro, dass der Haushaltsausgleich nicht erreicht ist, wenn Sie so abstimmen, wie Sie in den Änderungsanträgen das ganze vorgebracht haben.

Das bedeutet natürlich, dass wir in die vorläufige Haushaltsführung gehen. Das Landesverwaltungsamt wird darüber nicht entscheiden. Es liegt ein klarer Haushaltsverstoß vor.

Es sind auch einige Leistungen, die Sie jetzt hier mit reingebracht haben, sind natürlich auch mit enthalten dann auch in der einzelnen Abwägung, was dazu führt, dass dieser Kompromiss, den wir mit 500.000 Euro circa geschlossen haben, hier nicht mehr eingehalten

werden kann und auch diese Mittel als freiwillige Leistungen natürlich in die Überprüfung des Landesverwaltungsamtes kommen.

Was jetzt passieren wird ist relativ deutlich. Das Landesverwaltungsamt wird komplett den Haushalt überprüfen müssen, letztendlich sind es Verstöße gegen den Haushaltsgrundsatz des Ausgleichs und der Sparsamkeit liegen auch vor.

Und ich kann dem natürlich auch so, unter den Voraussetzungen, wenn Sie die Änderungsanträge beschließen, nicht zustimmen.

Herr Lange

Gut, gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Zuerst lasse ich den Änderungsantrag abstimmen, den ich Ihnen vorhin genannt habe. Dieser liegt im Entwurf vor und sollte jetzt an die Tafel geworfen werden. Das ist 7.1.28. Der heißt, „Der Stadtrat beschließt die Vorlage Veränderungen Haushaltsplan 2016 für den Stadtrat am 16.12.2015 mit Stand 10.12.2015 und die Anlage Veränderung HHPI 2016 – Stellenplan.“ Das war das, was Herr Cierpinski vorhin noch angemerkt hat, dass auch das entsprechend mit eingepflegt werden muss.

So, Sie sind abstimmungsbereit?

Dahinter verbirgt sich im Prinzip alles, was in den Haushaltsberatungen mal geändert wurde, inklusive des Kompromisses.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Zwei Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen? Bei zwei Stimmenenthaltungen. Damit ist dem zugestimmt.

**zu 7.1.28 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01576**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage Veränderungen HHPI 2016 ff. für den Stadtrat am 16.12.2015 mit Stand 10.12.2015 und die Anlage Veränderung HHPI 2016 – Stellenplan.

Herr Lange

Dann liegen mir hier drei weitere Änderungsanträge vor. Das ist zum einen 7.1.25. Hier geht es auch um den Haushaltsplan und es geht dabei um die Jugendarbeit.

Sie sind abstimmungsbereit? Wer dem zustimmen möchte bitte ich um das Kartenzeiten. Das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Bei einer Gegenstimme und wenigen Stimmenenthaltungen ist dem zugestimmt.

zu 7.1.25 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushalts-satzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/ Vorlage: VI/2015/01570

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit werden zur Förderung der Jugendarbeit in freier Träger-schaft 250.000 € mehr eingestellt. Die Deckung erfolgt in Höhe von 100 T€ aus den zusätzlich für die Bauunterhaltung von Schulen durch Umverteilung vom FB 24 bereitzu-stellenden Mittel (Bereitstellung von 363 T€ statt 463 T€) und durch die Aufstockung der globalen Minderausgabe (GMA) um 150 T€.

Herr Lange

Dann haben wir unter 7.1.26 den Änderungsantrag, hier geht es um die Liquiditätskredite.

Auch hier sind Sie abstimmungsbereit. Wer zustimmen möchte bitte ich um das Kartenzeiten. Das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Bei wenigen Gegenstimmen und einigen wenigen Stimmenenthaltungen ist dem so zugestimmt.

zu 7.1.26 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200 Vorlage: VI/2015/01571

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

§ 4 der Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2016 (Entwurf vom 10.12.2016) wird geändert und erhält folgende Fassung:
"Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 360.000.000 Euro festgesetzt."

Herr Lange

Und wir kommen zum Änderungsantrag 7.1.27. Hier geht es um die sogenannten Sekundärkosten.

Wer dem zustimmen möchte bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Die

Gegenstimmen? Und die Stimmenenthaltungen? Bei wenigen Gegenstimmen, wenigen Stimmenenthaltungen ist dem zugestimmt.

**zu 7.1.27 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01572**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Entsprechend der Hochrechnung sekundärer Flüchtlingskosten (kommunale Leistungen) für 2016 - hier Variante 3 vom 27.11.2015 - werden folgende Änderungen im Haushaltsplanentwurf beschlossen:

1. Im Produkt 1.31201 werden die ordentlichen Erträge um 1.107.122,00 Euro und die ordentlichen Aufwendungen um 3.690.407,00 Euro erhöht.
 2. Die ordentlichen Aufwendungen für die Kinderbetreuung - hier die Produkte 1.36.101 und 1.36501 - werden um 1.666.500,00 Euro erhöht. Die genaue Aufteilung auf die beiden Produkte nimmt die Verwaltung vor.
 3. Die ordentlichen Aufwendungen für den Bereich Schulen - hier die Produkte 1.21101, 1.21601, 1.21701, 1.21801, 1.21901, 1.23101 - werden 109.513,00 Euro erhöht. Die genaue Aufteilung auf die Produkte nimmt die Verwaltung vor.
-

Herr Lange

Dann lasse ich den Haushaltsplan in der geänderten Fassung in Gänze abstimmen.

... unverständliche Zwischenrufe ...

Ach so, Sie haben völlig recht Herr Krause. Wir haben ja vorhin in dem Verfahren geklärt, wie wir mit diesem Kompromisspapier umgehen wollen.

Ich frage Sie, ob die anderen Änderungsanträge, die jetzt noch offen wären und die in den Kompromiss ja eingeflossen sind, ob diese in Gänze zurückgezogen werden?
Ich gucke jetzt mal in die Runde. Alle Fraktionen geben das Signal, dass die Anträge in Gänze zurückgezogen sind.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum HH-Plan VI/2015/01200 -
Moritzburg
Vorlage: VI/2015/01416**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Gemäß Beschluss vom 8. 7. 2015 VI/2015/00666 zur Mitfinanzierung der Moritzburg wird im Haushaltsplan 2016 im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft: Transferleistungen die Summe von 130 T€ dargestellt.

**zu 7.1.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01445**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Änderungsantrag wird wie folgt ergänzt:

1. Gemäß Beschluss vom 8. 7. 2015 VI/2015/00666 zur Mitfinanzierung der Moritzburg wird im Haushaltsplan 2016 im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft: Transferleistungen die Summe von 130T€ dargestellt.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, darüber hinaus im Produkt „Allgemeine Finanzwirtschaft: Transferleistungen“ zusätzlich Haushaltsmittel einzustellen, um die Tilgung der Altschulden, die sich aus den nicht geleisteten Zahlungen der Jahre 2012 - 2015 ergeben, in einem für das Land Sachsen-Anhalt angemessenen Zeitraum zu gewährleisten.

**zu 7.1.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlagen-Nummer VI/2015/01200 - Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01439**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Im Haushalt 2016 werden für das Produkt 1.51101 - Räumliche Planung, Mittel i. H. v. 15.000,00€ mehr eingestellt, um die Sitzungshäufigkeit des Gestaltungsbeirates zu erhöhen (ggf. zu verdoppeln).

Die Deckung erfolgt aus PSP-Element 1.57101 Rahmenvertrag zur Umsetzung von Marketingprojekten zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Halle (Saale).

- zu 7.1.3 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014“ - VI/2015/01200 - Förderung von Sportveranstaltungen im Jahr 2016**
Vorlage: VI/2015/01442
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 wird wie folgt geändert:

Zur Förderung von Sportveranstaltungen im Haushaltsjahr 2016 wird der Vorjahresansatz von 68.680,00 EUR auf 100.000,00 EUR angehoben.

Die Verwaltung wird aufgefordert einen entsprechenden Deckungsvorschlag im Interesse des Sports beizubringen. Beispielfhaft könnte die Deckung aus den jährlichen Energiekosteneinsparungen erfolgen.

- zu 7.1.5 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014**
Vorlage: VI/2015/01469
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der 2. Absatz ist zu ersetzen durch folgende Formulierung:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.55301 Friedhofs- und Bestattungswesen werden um 50.000 Euro erhöht.

~~Die Deckung erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 50.000 Euro im Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen.~~

Die Deckung erfolgt durch die jährliche Energiekosteneinsparung in städtischen Gebäuden.

- zu 7.1.6 **Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2016, VI/2015/01200, Städtepartnerschaften**
Vorlage: VI/2015/01472
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Um die Konzeption zu Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften der Stadt Halle umzusetzen, erfolgt die Einstellung eines Haushaltstitels in den HH 2016 in Höhe von 50 T€.

- zu 7.1.7 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014,, - VI/2015/01200 – elektronische Abwicklung von Parkvorgängen
Vorlage: VI/2015/01482**
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014,, - VI/2015/01200 –

Der Stadtrat beschließt,

dass im Haushalt 2016 Haushaltsmittel i.H.v. 10.000 EUR für die Einrichtung eines Systems zur elektronischen Abwicklung von Parkvorgängen bereitgestellt werden.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Produkt 1.57101 Wirtschaftsförderung*, bei Umsetzung durch die Verwaltung im Jahr 2016, aus den Mehreinnahmen im Haushaltsjahr 2016.

- zu 7.1.8 **Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Werner Misch und des Stadtrates Eberhard Doege zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - VI/2015/01200 (Brandschutz, Rettungsd. Katastrophenschutz)
Vorlage: VI/2015/01342**
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,

der Haushaltsansatz 16_0-370_2 „Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz“ wird um 2.370,00 EUR erhöht.

Für den Fall, dass eine interner Ausgleich nicht möglich ist, soll der Haushaltsansatz 1.12201.07 „Überwachung ruhender Verkehr“ entsprechend erhöht werden.

zu 7.1.9 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorlage: VI/2015/01200)**
Vorlage: VI/2015/01443

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 wird im Produkt „1.31107 – Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB II“ – Pflichtleistungen freier Träger – wie folgt geändert:

Der im Entwurf des Haushaltsplanes eingestellte Ansatz von 442.686 Euro wird um 5 % erhöht.

zu 7.1.10 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorlage VI/2015/01200)**
Vorlage: VI/2015/01444

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 wird im Produkt 133101 – „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“ – Transferaufwendungen wird wie folgt geändert.

Der im Entwurf des Haushaltsplanes eingestellte Ansatz von 251.000 Euro für die Träger der Wohlfahrtspflege wird auf 351.500 Euro angehoben.

zu 7.1.11 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014**
Vorlage: VI/2015/01419

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die finanziellen Mehraufwendungen, die sich durch die vom Stadtrat am 30.09.2015 und 28.10.2015 beschlossene Änderung der **Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der präventiven Jugendhilfe (§§ 11-13, 14, 16 SGB VIII)** ergeben, sind zusätzlich im Haushaltsplan 2016 in den entsprechenden Produkten darzustellen.

Die Deckung erfolgt aus dem allgemeinen Haushalt.

**zu 7.1.13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2016 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01437**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.55301 Friedhofs- und Bestattungswesen werden um 50.000 Euro erhöht.
Die Deckung erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 50.000 Euro im Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen.

**zu 7.1.14 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der CDU/FDP-Fraktion zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01407**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 wird wie folgt geändert:

1.
 - a) Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur werden, zweckgebunden für eine Erhöhung des Zuschusses an den Künstlerhaus 188 e. V., um 30.000 Euro erhöht.
 - b) Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 1.11107 Amtsblatt. Hier werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 30.000 Euro abgesenkt.
2.
 - a) Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.25101 Stadtmuseum werden um 25.000 Euro erhöht.
 - b) Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 1.28105 Planetarium. Hier werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 25.000 Euro abgesenkt.
3.
 - a) Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.27201 Stadtbibliothek werden um 20.000 Euro erhöht. Hierdurch werden die im Haushaltsplanentwurf avisierten Minderaufwendungen für Sachausgaben rückgängig gemacht, die zu einer Verringerung des Angebotes an Zeitschriftenabonnements und einem verminderten Einsatz von bibliothekstechnischem Material zur Einarbeitung und Pflege des Medienbestands führen würden.

b) Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob während des avisierten Ausbaus des EDEKA-Marktes an der Vogelweide ein regulärer Betrieb des dortigen Marktes weiterhin möglich ist.

c) Sollte das Ergebnis der Prüfung negativ ausfallen, erfolgt die Deckung zumindest teilweise durch eine Absenkung des Zuschusses im Produkt 1.57301.04 Wochenmarkt Vogelweide.

d) Sollte das Ergebnis eine weitere Durchführbarkeit des Wochenmarktes Vogelweide ergeben, **wird die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob die Deckung durch eine Reduzierung der Beauftragung von externen Rechtsanwaltskanzleien erfolgen kann.** ~~erfolgt die Deckung in vollem Umfang (sonst teilweise) durch eine Absenkung im Produkt 1.11111 Recht. Um die gegebenenfalls eintretende Unterfinanzierung des Fachbereichs zu kompensieren, ist durch die Verwaltung eine Reduzierung der Beauftragung von externen Anwaltskanzleien zu prüfen.~~

4. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur werden, zweckgebunden für eine Erhöhung des Zuschusses an den Kunstverein Talstraße e. V. auf 25.000 Euro erhöht.

5. Die Änderungen 1. – 3- 4. sind in die mittelfristige Finanzplanung zu übernehmen.

**zu 7.1.15 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01447**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die mittelfristige Finanzplanung des Produktes 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wird wie folgt angepasst:

Plan ALT

2016	2017	2018	2019
990.500	990.500	990.500	990.500

Plan NEU

2016	2017	2018	2019
1.345.000	1.540.000	1.540.000	1.215.000

Die Deckung erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft.

zu 7.1.16 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (Vorlage VI/2015/01200) – hier Produkt 1.55101 Grünflächen, Parkanlagen und Stadtgrün

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden im Produkt 1.55101 zusätzliche Mittel in Höhe von 90.000 € für Aufwendungen bei der Unterhaltung der Grünflächen und Parkanlagen und 15.000 € für Aufwendungen bei Wechselbepflanzungen im Stadtgebiet bereitgestellt.

**zu 7.1.18 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2016 (Vorlage VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01423**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass in den nachfolgenden PSP- Elementen eine 5%ige Erhöhung analog der Darstellung in der Tabelle erfolgt:

PSP- Element	Förderung freie Träger der Jugendhilfe	Plan 2016	Änderungsantrag	Gesamt
1.36201.01	Jugendarbeit	1.078.540	+ 53.927	1.132.467
1.36301.01	Jugendsozialarbeit	481.385	+ 24.070	505.455
1.36302.07	Förderung der Familie	621.100	+ 31.055	652.155
		2.188.025	+ 109.052	2.297.077

**zu 7.1.19 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016,
VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01524**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Planansatz 2016 wird für alle Schulen um insgesamt 463.000 Euro erhöht. Die Mittel dienen der Bauunterhaltung und sind durch die Verwaltung in Absprache mit dem Bildungsausschuss (Stadtrat) bedarfsgerecht auf die Schulen zu verteilen.

zu 7.1.20 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016; VI/2015/ 01200**
Vorlage: VI/2015/01526

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Das Produkt 121701 wird um die Summe von 11 800 € abgesenkt. Im Produkt werden die Transferaufwendungen gestrichen.

zu 7.1.21 **Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr (Vorlage-Nr.: VI/2015/01200) - hier: Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen**
Vorlage: VI/2015/01527

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsansatz im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen – Transferaufwendungen - werden die anteiligen Personalkosten mit einer Tarifierhöhung von 5 % berücksichtigt. Die genaue Höhe der Personalmittel ist entsprechend der beantragten Personalkosten der freien Träger durch die Stadtverwaltung zu ermitteln und im Haushaltsansatz 2016 abzubilden.

zu 7.1.22 **Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 2016, VI/2015/01200 - Reinigung an öffentlichen Schulen**
Vorlage: VI/2015/01529

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kürzungen in den Reinigungsleistungen an den Schulen in städtischer Trägerschaft zurückzunehmen und auf dem Niveau wie in den PPP-Schulen durchzuführen.

**zu 7.1.23 Änderungsantrag des Ausschusses für Personalangelegenheiten zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 VI/2015/01200, Stellenmehrbedarf Asyl/Flüchtlinge 2016
Vorlage: VI/2015/01530**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Personalbedarf von insgesamt 180,1 Stellen, gemäß angefügter Anlage.

**zu 7.1.24 Änderungsantrag des Finanzausschusses zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 (VI/2015/01200)
Vorlage: VI/2015/01562**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den in der Anlage angefügten Kompromissvorschlag auf Grundlage der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und in der Verwaltung mit Stand 30.11.2015.

**zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung
Vorlage: VI/2015/00574**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag

~~Im Investitionsplan 842101001 Sportförderung investiv werden zusätzliche Mittel in Höhe von 51.600 Euro eingestellt.~~

~~Als Deckung werden nicht geplante Mehreinnahmen aus der Investitionsausschale des Finanzausgleichsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt verwendet.~~

Im Investitionsplan 842101001 Sportförderung investiv werden zusätzlich Mittel i. H. v. 40.000 Euro eingestellt.

Herr Lange

Damit sind wir bereit, den Haushalt in seiner Gesamtheit abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Bei einer Gegenstimme. Und die Stimmenenthaltungen? Bei einigen oder vielen Stimmenenthaltungen ist der Haushalt aber entsprechend angenommen.

zu 7.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlage: VI/2015/01200

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

Herr Lange

So, meine Damen und Herren. Wir haben jetzt einen ganz schönen Marathon hinter uns.

... unverständliche Zwischenrufe ...

Der Tagesordnungspunkt ist aber beendet. Wollen Sie jetzt trotzdem eine Erklärung abgeben? Bitteschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass ich gegen den Haushaltsbeschluss Widerspruch einlege. Dieser Widerspruch liegt hier in der Begründung auch schriftlich vor, so dass dementsprechend die aufschiebende Wirkung dann letztendlich eintritt.

Ich mache Ihnen einen Lösungsvorschlag. Der Lösungsvorschlag sieht aus, dass der Stadtratsvorsitzende in dringenden Angelegenheiten, und das ist es glaube ich, wenn Vereine dann auf ihr Geld warten und hier eine langwierige Prüfung durch das Landesverwaltungsamt stattfindet, dass wir den Zeitraum des Widerspruches verkürzen können, wenn der Vorsitzende ohne Frist, formlos und nur unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes eine neue Sitzung nach dieser Sitzung einberuft.

Und das biete ich dem Ratsvorsitzenden an, dass Sie sehr schnell über den Widerspruch entscheiden, damit wir dann anschließend sehr schnell den Vorgang dem Landesverwaltungsamt übersenden können.

Herr Lange

So, meine Damen und Herren. Natürlich wird der Ball in ein gewisses Feld gespielt.

Ich unterbreche die Sitzung jetzt mal für zehn Minuten. Ich glaube, das haben wir uns nach den Haushaltsreden alle verdient.

Und ich bitte doch noch mal mit den Fraktionsvorsitzenden und meinen Kollegen Stellvertretern noch mal ganz kurz sprechen zu können.

Sitzungsunterbrechung

Herr Lange

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Alle Debattenrednerinnen und Redner haben heute deutlich gemacht, wie wichtig ihnen die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung, der Stadt ist, wie wichtig ihnen die Möglichkeit der Vereine und Verbände ist, gerade im freiwilligen Bereich, entsprechend die Arbeitsfähigkeit herzustellen und vor allem, ihnen Planungssicherheit zu geben.

Mit dem Widerspruch des Oberbürgermeisters, der mir hier schriftlich vorliegt, wäre der Haushaltsvollzug ausgesetzt.

Wenn wir jetzt noch bis Ende Januar warten müssten, um erneut abzustimmen, tritt insbesondere für die Vereine und Verbände eine nicht haltbare Situation ein.

Unter diesen Bedingungen rufe ich nach § 53 Absatz 4 eine entsprechende Sitzung des Stadtrates ein. Sie kann in dringenden Angelegenheiten einberufen werden, wenn kein Aufschub zu dulden ist.

Diese Sitzung berufe ich für 20:15 Uhr ein. 20:15 Uhr deswegen, weil es notwendig ist, die nicht anwesenden Stadträtinnen und Stadträte von dieser Sitzung zu informieren und ihnen eine angemessene Zeit zu geben, eventuell hier mit noch teilzunehmen.

Das ist so. Ich habe vorhin diesen Hinweis von Herrn Schreyer bekommen und von daher ist 20:15 Uhr eine angemessene Zeit.

Wir unterbrechen dann also 20:15 Uhr unsere Stadtratssitzung. Das haben wir ja in dieser Wahlperiode schon einmal gemacht. Und werden dann die Sondersitzung abhalten, wo wir als einzigen Tagesordnungspunkt, neben denen, die obligatorisch sind, den Haushalt beraten und dann entsprechend mit der Sitzung normal weiter verfahren.

Das ist jetzt mein Vorschlag. Das ist entsprechend erst mal die Einberufung und der Oberbürgermeister möchte das noch ergänzen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Kommunalaufsichtsbehörde grundsätzlich ja auch die Gelegenheit hat, den Haushalt zu bestätigen oder von der einmonatigen Frist keinen Gebrauch zu machen. Das heißt, unabhängig davon würde natürlich die vorläufige Haushaltsführung gelten, solange und bis die Kommunalaufsichtsbehörde den Haushalt bestätigt.

Herr Lange

Selbstverständlich.

Aber da wir einen Widerspruch des Oberbürgermeisters haben, würde ja da der Haushalt im Moment gar nicht vorgelegt werden der Haushaltsbehörde. Wenn ich das richtig verstehe.

So ist das korrekt hat er mir bestätigt.

So, jetzt sind wir mit dieser Einberufung dann durch. Die Stadtverwaltung wird sich jetzt bemühen, die heute nicht anwesenden Stadträtinnen und Stadträte noch zu informieren und wir können mit unserer Tagesordnung fortfahren.

Ende des Wortprotokolls.

zu 7.2 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01325

zu 7.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Vorlagen-Nr.: VI/2015/01325 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01474

Herr Bürgermeister Geier informierte darüber, dass sich die Verwaltung nach der Diskussion in der letzten Stadtratssitzung beim Land dahingehend erkundigte, wie es mit der gesetzlichen Frist zur Einführung eines Gesamtabschlusses aussieht.

Im jetzt vorliegenden Schreiben des Innenministeriums vom 14.12.2015 wird mitgeteilt, dass eine erstmalige Erstellung des Gesamtabschlusses auf das Haushaltsjahr 2019 verschoben wird. Dazu gab es vom Landtag ein entsprechend positives Echo, was jedoch durch die entsprechende Kommunalgesetzgebung frühestens 2016 umgesetzt werden kann.

Herr Bürgermeister Geier schlug vor, die Gesamtabschlussrichtlinie zu beschließen, um eine klare Grundlage zu haben, mit der die Verwaltung mit den kommunalen Geschäftsführern in einen Probelauf gehen und rausfinden kann, wo nachjustiert werden muss.

In Bezug auf die Beteiligung der Geschäftsführer teilte er mit, dass es ab dem 14. Oktober 2015 Gespräche mit diesen gab. Die letzte Beratung wurde am 11. November 2015 geführt. Dabei wurden die Geschäftsführer der großen Beteiligungen schon vorab über den Entwurf der Gesamtabschlussrichtlinie informiert.

Zu den Anlagen 5 und 6 der Vorlage teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass diese erst erstellt werden können, wenn die Wertgrenze durch den Stadtrat beschlossen ist.

Bei der Anlage XXX handelt es sich um einen sogenannten Meldebogen, der von der verwendeten Software abhängig ist und im jetzigen Stadium noch nicht beigefügt werden kann.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, verwies darauf, dass man wegen der Signalsetzung des Landes zur Änderung des Gesetzes und der Bestimmung des Zeitpunktes zur Erstellung der Gesamtbilanz mit allen Beteiligten diskutieren sollte. Erst nach Fertigstellung der Gesetzgebung sei eine Beschlussfassung erforderlich und notwendig.

Des Weiteren müsse man nur erfahren, wie hoch die Schulden sind und welches Vermögen vorhanden ist. Aus diesem Grund seien die in der vorliegenden Gesamtabschlussrichtlinie durch die Unternehmen zu erhebenden Konsolidierungsdaten nicht erforderlich.

Gerade die beiden großen Wohnungsunternehmen, die sich parallel zu einer solchen Aufgabe in der Umstrukturierung befinden, weil sie sich auf ein anderes System der Buchhaltung und Wirtschaftsführung in ihren Unternehmen im nächsten Jahr einstellen wollen, können diese zusätzlichen Aufgaben nicht leisten.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, sich mit den entsprechenden Unternehmen in Verbindung zu setzen und zu versuchen, in der Gesamtabschlussrichtlinie die Kernaussagen auf die Kennziffern zu reduzieren. Wichtig seien die Gesamtschulden und das Gesamtvermögen, was theoretisch aus jedem Jahresabschluss ablesbar sei.

Im Namen seiner Fraktion beantragte er die Vertagung der Beschlussfassung, bis ein Ergebnis durch das Land vorliegt.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Dr. Meerheim auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 7.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Vorlagen-Nr.: VI/2015/01325 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01474**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Anlage 1 der Beschlussvorlage ist wie folgt anzupassen:

1. Um ein für die Stadt Halle (Saale) repräsentatives Gesamtbild der Finanzlage zu erhalten, werden die Aufgabenträger mit wirtschaftlichem Gehalt im Konzernkreis beachtet.
2. Es erfolgte hierbei eine Abwägung im Hinblick der wesentlichen Aufgaben und Inhalte sowie die Betrachtung der einzelnen Bilanzsummen, so dass einzubeziehende Beteiligungen ab einer Bilanzsumme von ~~150.000 EUR~~ ~~10.000.000,00 EUR~~ **5.000.000,00 EUR** berücksichtigt werden

**zu 7.2 Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01325**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Kriterien zur Ermittlung des Konzernkreises (Anlage 1).
2. Der Stadtrat beschließt die Gesamtabschlussrichtlinie (Anlage 2) der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßige Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Soziales
Vorlage: VI/2015/01448**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgende Produkte:

1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (HHPL Seite 930)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **840.000 EUR** und

1.31102 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (HHPL Seite 916)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **930.000 EUR** und

1.31301 Hilfen für Asylbewerber (HHPL Seite 935)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **2.738.200 EUR**
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von **2.206.900 EUR**.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

15_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 952)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **4.508.200 EUR**
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von **2.206.900 EUR** .

Zu I.

Die **Deckung** im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.31201 Leistungen nach SGB II (HHPL Seite 927)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **1.633.700 EUR**;

1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (HHPL Seite 930)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **136.300 EUR** und

1.31301 Hilfen für Asylbewerber (HHPL Seite 935)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **4.945.100 EUR**.

Zu II.

Die **Deckung** im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

15_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 952)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **1.633.700 EUR** und Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **5.081.400 EUR**.

zu 7.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Immobilien
Vorlage: VI/2015/01452

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.11171 Immobilienbewirtschaftung (HHPL Seite 857)
Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **1.409.600 EUR**.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 15_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 867)
Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **1.409.600 EUR**.

Zu I.

Die **Deckung** im Ergebnishaushalt erfolgt aus dem Produkt:

1.11171 Immobilienbewirtschaftung (HHPL Seite 857)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **1.409.600 EUR**.

Zu II.

Die **Deckung** im Finanzhaushalt erfolgt aus der Finanzstelle:

15_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 867)
Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **1.409.600 EUR**

**zu 7.6 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2015/01470**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1. 36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (HHPL Seite 1087)
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von **300.000 EUR**.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

15_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1125)
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von **300.000 EUR** .

Zu I.

Die **Deckung** im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (HHPL Seite 1087)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **124.649 EUR** und

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1117)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **175.351 EUR**.

Zu II.

Die **Deckung** im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

15_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1125)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **175.351 EUR** und Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **124.649 EUR**.

zu 7.7 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2015 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2015/01415

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36303 Hilfen zur Erziehung für Minderjährige (HHPL Seite 1101)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **2.976.177 EUR**.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 15_4_510_2 Jugend (HHPL Seite 1125)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **2.976.177 EUR**.

Zu I.

Die **Deckung** im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.36303 Hilfen zur Erziehung für Minderjährige (HHPL Seite 1101)
Sachkontengruppe 42* sonstige Transfererträge in Höhe von **1.028.288 EUR** und

1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (HHPL Seite 930)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **506.573 EUR** und

1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen (HHPL Seite 1191)
Sachkontengruppe 40* Steuern und ähnliche Abgaben in Höhe von **1.441.316 EUR**.

Zu II.

Die **Deckung** im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

15_4_510_2 Jugend (HHPL Seite 1125)
Finanzpositionsgruppe 62* sonstige Transfereinzahlungen in Höhe von **1.028.288 EUR** und

15_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 952)
Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von **506.573 EUR** und

15_9-901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL Seite 1195)
Finanzpositionsgruppe 60* Steuern und ähnliche Abgaben in Höhe von **1.441.316 EUR**.

zu 7.8 Energie- und klimapolitisches Leitbild der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/01174

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das energie- und klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale).

zu 7.9 Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017 Vorlage: VI/2015/00719

zu 7.9.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017 Vorlage: VI/2015/01569

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde zum TOP 7.9 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates
Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Krause.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zuzustimmen. Wir hatten keine Zeit mehr, sozusagen darüber zu reden, ob wir den interfraktionell anbieten, dass mehrere Fraktionen zustimmen können.

Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, in der Anlage 5, diese Geschichte mit den Wahlgräbern, der Erdbestattung mit den Wahlgräbern, wir haben hier zwei Positionen, die exorbitant gestiegen sind.

Nämlich FUG, nämlich die Friedhofsunterhaltungsgebühren. Da will ich Ihnen nur mal eine ganz kurze Historie sagen. Das ist eine Sollgebühr nach einer Mitteilung des Landesverwaltungsamtes aus dem Jahre 2003. Und daraufhin hat der Stadtrat im Jahre 2003 die FUG abgesetzt. Da gab es null Euro.

Und dann gab es im Jahr 2007 drei Euro. Weil, die Gebührensatzung soll alle drei Jahre angepasst werden. Im Jahre 2007 also drei Euro.

Im Jahre 2010 3,70 Euro. Das entspricht dann sozusagen auf die dreißig Jahre hochgerechnet 111 Euro.

Und dann springt das auf einmal im Vorschlag auf 2015 von 3,70 Euro auf 7 Euro, insgesamt von 111 Euro auf 210 Euro. Das ist die eine von diesen Positionen.

Und die andere Position ist sozusagen das Ausheben des Grabes etc. Da reden wir über eine Kostensteigerung von über 300 Euro. Und mir erschließt es sich nicht und anderen auch nicht, wieso man, ich gehe mal davon aus, dass man das heute nicht mehr manuell macht diese Tätigkeit, sondern Gerät dafür hat, wieso man dann aus der Vorlage entnehmen muss, dass man für eine solche Grabstelle 13 Stunden braucht. Vollkommen unverständlich.

Das heißt also, in den grundsätzlichen Ganzjahresgebühren geht man sogar um 15 Euro runter, obwohl man in den fünf Jahren von Tarifikostensteigerungen und anderen Kostensteigerungen ausgehen kann.

Wir haben hier einen Anstieg bei diesen Gräbern von 1.743 Euro auf 2.135 Euro. Das sind 392 Euro mehr für eine Grabstätte, wo man sich aussuchen kann, wo diese Grabstätte ist, die eine Laufzeit hat von 30 Jahren, in der Erdbestattung.

Bei den Reihengräbern ist das anders. Da hat man sozusagen keine Auswahlmöglichkeit. Da kriegt man sozusagen die Liegestätte in der Fläche zugewiesen und das ist eine zwanzigjährige Laufzeit und da hat man auch keine Chance mehr, zu verlängern.

Also wenn jemand sich für so etwas entscheidet, dann entscheidet man sich für eine dreißigjährige Laufzeit beziehungsweise für die Möglichkeit der Verlängerung. Das kostet hier 400 Euro mehr.

Das ist eine Sache, das geht aus unserer Sicht gar nicht. Weil, jetzt müssen wirklich die Bürgerinnen und Bürger überlegen, ob sie sich das ökonomisch leisten können.

Und wenn wir auf der anderen Seite sehen, diese ganzen Gebühren fassen ja unter anderem auch die ganzen Grünanlagen, dass wir in diesen Ansätzen sehr sparsam werden im Laufe der letzten Jahre, muss auch die Frage erlaubt sein, wie wir sozusagen diese Finanzierung möglicherweise auf den Bürger, auf die Gebühren umlegen. Das ist eine so eine Sache.

Ich habe noch zwei Fragen.

Und zwar möchte ich gern wissen, wie hoch sind im Moment die aktuellen Zuschüsse, die die Stadt bezahlt für diejenigen, die im Bereich der Erdbestattungen Zuschüsse beantragen, weil sie sozusagen es nicht schaffen, die volle Gebühr zu bezahlen? Ich habe so eine Zahl

gehört von irgendwas, die sich um die 500.000 Euro bewegen soll. Stimmt das oder stimmt das nicht?

Und das zweite ist.

Braucht man tatsächlich 13 Stunden, um ein Grab auszuheben mit so einem kleinen Bagger oder wie begründet sich das?

Herr Lange

Herr Stäglin würde gleich darauf antworten.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Also ich würde jetzt, bevor ich die Einzelfrage noch mal aufrufe, doch grundsätzlich zum Änderungsantrag, der nun leider, ich konnte ihn technisch heute das erste Mal sehen, nicht möglich war, noch eine Stellungnahme schriftlich einzubringen, aus Sicht der Verwaltung klar erklären möchte, warum wir die Ablehnung empfehlen.

Ich denke auch Herr Krause, es ist schade, dass wir die Diskussion hier im Plenum führen und nicht die Chance genutzt wurde der Vorberatung im Ordnungs- und Umweltausschuss und im Finanzausschuss, weil da ja doch erhebliche Nachfragen gekommen sind, zu dem Themenkomplex.

Weil, eines ist glaube ich dadurch schon deutlich geworden wie Sie es ausgeführt haben, es ja nicht so ist, dass es die einzige Möglichkeit wäre, wo man wählen kann, wo man hin möchte. Sondern wir haben, wenn Sie in der Übersicht der Anlage 5 sehen, haben wir auch die Urnenwahlstelle. Und da haben wir natürlich Bürgerinnen und Bürger, die die Bestattungsart Urne wählen, wählen bewusst und auch eine Stelle haben.

Und wenn Sie da die Preisentwicklung sehen von 1.403 auf 1.490 als Gesamtsumme vorgeschlagen, dann denke ich, ist das ein Maß, wo wir als Verwaltung auch gucken, die Ansprüche, die an uns gestellt werden entsprechend Kosten auch gerecht darzustellen, vom Aufwand und von dem was dahinter steht, so zu kalkulieren, dass es vertretbar ist.

Und bei den Erdgrabstätten, Erdbestattung Wahlgrab muss man wirklich berücksichtigen, das glaube ich erklärt sich von selbst, eine Urne braucht eine geringere Fläche, die bereit werden kann, als eine Erdwallgrabstätte.

Und wenn die Zahlen, die Kolleginnen und Kollegen mir zugearbeitet haben, einfach mal als Vergleich, das Erwachsenengrab Erdbestattung 11,48 Stunden als Aufwand für entsprechendes Gruften und herrichten. Beim Urnengrab 2,18 Stunden. Also das fünffache an Aufwand für eine solche Grabstätte.

Und das muss sich dann, und da sind wir auch vom Landesrechnungshof entsprechend gehalten worden nach Prüfung unserer Friedhofsgebührensatzung auf Basis von § 5 KAG Land Sachsen-Anhalt und hier insbesondere Absatz 3 Kosten- beziehungsweise Verursachungsgerechtes abzubilden. Und das haben wir gemacht.

Genau das ist das Thema, weshalb wir die Position 2 Öffnen und Schließen des Grabes einschließlich Anlegen entsprechend des Aufwandes dargestellt haben und auch auf Grund der größeren Fläche auf die Friedhofsunterhaltungsgebühr entsprechend sich ergibt.

Weil Sie ja auch gesehen haben aus der Anlage, das trifft ja auf alle anderen Flächen auch zu, von den 3,70 auf die 7 Euro.

Und wenn ich mehr Fläche habe und ich eine Erhöhung habe, spielt das natürlich dann auch als Multiplikator eine größere Rolle. Also damit habe ich schon mal eine Begründung,

weshalb es in die Richtung sich entwickelt.

Das wichtige war für uns wirklich, hier das Kommunalabgabengesetz entsprechend auch anzuwenden und dabei, ich denke, immer noch ein stückweit darstellbare Kostenentwicklungen entsprechend abzubilden.

Die Schwierigkeit des Änderungsantrages ist, dass Sie, ich sage jetzt ein Stück leider, nur sagen, zwei Positionen nicht zu erhöhen. Das heißt, mit dem Änderungsantrag bringen Sie eine Ungleichheit von der Kostenentwicklung in Richtung derjenigen, die sich für Urnengrabstellen entscheiden. Und das ist der überwiegende Teil der Nutzerinnen und Nutzer.

Und da fehlt mir der Anspruch, zu sagen, wenn wir Aufwüchse haben, die wir darstellen, sie wenigstens anteilig zum Beispiel, man kann ja, ein Rat kann politisch sagen, ich möchte eine gewisse Form gucken, ob ich sie anders stelle. Aber zu sagen, ich gehe zurück auf die alte Position und bilde die Entwicklung gar nicht ab, das geht aus meiner Sicht nicht.

Und deswegen eine klare Empfehlung der Verwaltung, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Die Frage der Sozialbestattung muss ich Ihnen leider heute schuldig bleiben. Nun sind die Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialbereich, die mir da hätten helfen können, was das Sozialgrab, was ja über den Geschäftsbereich IV, also über die Stelle mit bewirtschaftet wird, nicht dass sie die Kosten zuarbeiten müssten oder der Hinweis, es steht drin, da gucke ich noch mal, in wieweit ich da Hinweise habe. Wir können das leider jetzt nicht ergänzen.

Und die zweite Frage, die Stunden hatte ich ja dargestellt, was da war.

Und die Bezuschussung, da müssen wir ein Stück schuldig bleiben an Information.

Grundsätzlich sind wir davon ausgegangen, deswegen war es auch möglich, die Friedhofsgebührensatzung jetzt zu behandeln und nicht im Vorgriff auf die Haushaltsplanaufstellung, dass wir bei der Kalkulation von einem konstant bleibenden Zuschussbedarf ausgehen.

Sollte sich Ihr Antrag durchsetzen, haben wir eine Veränderung der Relation und haben eine Situation, dass durch geringere Erträge die möglich sind als Kalkulationsgrundlage, sich der Zuschussbedarf erhöhen könnte, der im Moment nicht abgebildet ist.

Also das alles aus meiner Sicht Argumente, bei der Friedhofsgebührensatzung 2016/2017 nicht Ihren Antrag aufzunehmen und so, wie wir es auch angeboten hatten, bei allen anderen Satzungen, denke ich, wäre es dann hilfreich und sinnvoll, wenn wir denn im Rhythmus wieder sind und für 2018/2019 oder 2018 bis 2020 eine neue Satzung führen, auch Rückkopplung aus dem Ordnungs- und Umweltausschuss frühzeitig aufzunehmen, wie wir es bei den Abfallgebühren auch gemacht haben.

Herr Lange

So, jetzt ist Frau Krischok dran.

Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

Sehr geehrte Damen und Herren, also wenn ich in den letzten Jahren etwas gelernt habe, dann ist es, dass die Folgen von Sterben nicht gerade billig sind. Und insofern finde ich es gut, dass die Verwaltung relativ lange mit uns als verschiedenen Fraktionsmitgliedern, also aus allen Fraktionen, wirklich ein halbes Jahr, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, diskutiert hat, was können wir tun, wie können wir es tun.

Und deshalb ein Dankeschön in der Weise, dass wir auch die Bitte erfüllt gekriegt haben, Vergleiche mit anderen Gemeinden und Städten führen zu können. Und dann zumindest für

einige Arten des Begräbnisses, der Bestattung da vergleichen zu können.

Positiv daran finden wir, dass die Grünflächenpflege, so wie es unser politischer Wille ja schon seit Jahren ist, nur mit knapp 30 Prozent, also der Deckung da verläuft. Und positiv auch die Frage Feierhallennutzung, also gleichbleibenden Betrag, damit wir kommunal dann auch wirklich die Feierhallen und alles was wirklich als Abschiedsräume noch dazu gehört, also das es weiter von unseren Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird.

Klar ist aber auch, dass wir sehnsüchtig die Friedhofsentwicklungsplanung erwarten und insofern, aber Herr Stäglin hat das ja schon halb so versprochen, dass wir dann anhand dessen, was da so wichtig ist, wirklich die Planung hinzukriegen mit unseren 14 Friedhöfen oder den 5 großen Friedhöfen, dann wirklich was daraus zu machen und wir mit der nächsten Friedhofsgebührensatzung dann mit Superkalkulation und für längere Zeit das dann auch hinbekommen können, dass wir möglichst optimal dann auch die Friedhofs-nutzung und die entsprechenden Gebühren haben werden.

Herr Lange

Herr Krause.

Herr Krause

Ich möchte ja nicht falsch verstanden werden. Das ist jetzt auch keine Rüge an die Verwaltung. Ich gebe zu, ich bin relativ spät eingestiegen auf das Thema. Ich habe das zu spät gemerkt.

Aber ich habe im Ausschuss für Stadtentwicklung schon was dazu gesagt in Korrelation mit anderen Gebühren.

Ich will nur sagen, also übrigens ist es ja auch nicht so, dass nicht etwa zum Beispiel ein sachkundiger Einwohner sehr detailliert diskutiert hätte, habe ich mir sagen lassen, im Ausschuss. Es war schon Thema.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, wir haben in dem Bereich ein Anheben von der letzten Gebührensatzung zu dem jetzigen Entwurf von 392 Euro. 392 Euro bei Wahlgräbern.

Und, Herr Stäglin, aus meiner Sicht ist es ethisch nicht oder aus Pietätsgründen nicht zulässig, dann eben sozusagen das Angebot Urnengrab zu machen. Es gibt Bevölkerungsgruppen oder es gibt eine Gruppe in der Bevölkerung, die wird nur Erdbestattung machen wollen. Und die hat dann sozusagen die freie Wahlmöglichkeit nicht mehr.

Ich möchte bitten, das auch zu bedenken.

Und ich glaube, dass zum Beispiel die Variante, die in der bisherigen Satzung gegolten hat, zu sagen, dass man diese Möglichkeit gewählt hat, was zugegebenermaßen das Land ein Stück gerügt hat, aber über die Gebührengestaltung im Urnenbereich etwas aufzufangen. Ich fand das eigentlich eine gute Variante, die die Verwaltung da gewählt hat.

Und auch über die Frage eines ordentlichen Flächenmanagements. Klar, haben wir zu große Friedhöfe. Das wissen wir. Das haben wir schon ein paarmal diskutiert. Und ich weiß, dass es auch für die Verwaltung nicht einfach ist, das zu handhaben, weil das sozusagen auch in der Bevölkerung Emotionen hervorruft. Wir müssen uns aber dieser Frage, dieses Flächenmanagements stellen.

Und es kann einfach nicht sein, darum rede ich darüber, es kann nicht sein, dass jemand, weil er es sich nicht leisten kann, diese Bestattungsart nicht wählen kann. Und 400 Euro Steigerung ist kein Pappenstiel. Tut mir leid. An der Stelle hört dann sozusagen mein Verständnis auf.

Herr Lange

Gut, jetzt hat Herr Doege das Wort.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Es ist sehr schwierig, eine Friedhofsgebührensatzung mit ethischen Ansprüchen zu diskutieren, weil man einfach da wirklich in eine schwere Gemengelage kommt.

Aber ich denke, das Problem, weshalb hier jetzt auch so in diesen beiden ausgewählten Punkten so ein großer Anstieg war, liegt aus meiner Sicht mit darin begründet, dass wir einfach die gegenwärtig geltende Gebührensatzung über fünf Jahre einen ungebräuchlichen Zeitraum haben. Hätten wir sie, wäre sie vielleicht vor drei Jahren geändert worden, wäre dort auch ein Anstieg zu verzeichnen. Jetzt schlägt der natürlich über diese fünf Jahre stärker zu, als man das vielleicht hätte erwarten können.

Ich stimme Ihnen soweit zu Herr Krause, und wir haben denke ich, damals auch im Ausschuss sehr lange diskutiert, dass der Aushub eines Wahlerdgrabes, also mit nahezu 12 Stunden zu kalkulieren und mit der vorhandenen Technik, das halte ich für problematisch. Da stimme ich Ihnen zu.

Auf der anderen Seite dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass einfach von der Kalkulation her, wenn Sie in dem, den Ausdruck bitte ich um Entschuldigung, in dem Mengengerüst, das betrifft 25 Grabstellen im Jahr, und wenn ich die Technik habe dafür, da habe ich einfach auch einen relativ hohen Anteil fixer Kosten, die ich umlegen muss. Und dann kommt eben auch so ein exorbitanter Anstieg zustande.

Ich bin aber der Meinung, die Verwaltung müsste einfach die Kalkulation hinsichtlich des Zeitaufwandes noch mal deutlich unter die Lupe nehmen. Also es gibt Aussagen von anderen Friedhöfen und über Satzungen anderer Städte, auch keiner kleinen Städte, wo auch Technik eingesetzt wird, da sind Stunden deutlich unter zehn Stunden einfach genannt. Und da bitte ich einfach, dass man das hier noch mal ernsthaft aufnimmt.

Mir erscheint einfach die Stundenanzahl exorbitant hoch. Das haben wir aber, denke ich, im Ausschuss mit gesagt.

Auf der anderen Seite muss man auch sagen, wir haben ja diesmal in diesem Vorschlag voraus oder entstandene Defizite nicht in Rechnung gestellt. Wenn das noch eingeflossen wäre in die Kalkulation, wie es ja eigentlich das Abgabengesetz zumindest als Sollvorschrift vorschreibt, aus diesem Grund noch hätten umgelegt, da haben wir schon in den Vorgesprächen gesagt, dann könnt ihr hier den Laden zumachen. Da passiert nichts. Das geht nicht.

Das ist aus meiner Sicht deshalb schon, da hat die Verwaltung schon einen sehr deutlichen Schritt im Hinblick, auch wenn das jetzt etwas eigentümlich erscheint, aber doch auf eine Gebührenhöhe gegangen, die aus meiner Sicht zumindest noch vertretbar ist.

Das kann aber, wie gesagt, jeder anders sehen. Das ist einfach nur mein persönlicher Eindruck.

Und mit der Unterhaltungsgebühr da hat dann eben die Verwaltung, sage ich mal, zugeschlagen, um das Defizit, was ohnehin schon da ist, etwas geringer zu halten. So einfach ist das. Das ist sozialisiert worden, wenn man so will, für die Pflege. Das ist mein Eindruck.

Herr Lange

Gut meine Damen und Herren. Gibt es jetzt von Herrn Stäglin noch einmal Erwiderungen dazu? Nicht.

Dann können wir abstimmen.

Wir haben den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Bei wenigen Stimmenenthaltungen, einer Mehrheit der Gegenstimmen und vielen Ja-Stimmen ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zu der unveränderten Vorlage Friedhofsgebührensatzung. Wer dieser Vorlage zustimmen möchte bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Bei wenigen Stimmenenthaltungen, einigen Gegenstimmen, ist dem aber mehrheitlich zugestimmt.

Ende des Wortprotokolls.

**zu 7.9.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017
Vorlage: VI/2015/01569**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die gegenüber der Friedhofsgebührensatzung 2010 vorgeschlagenen Änderungen (Abschnitt Erdbestattungen/Wahlgrab) werden in den Positionen 2 (Öffnen und Schließen des Grabes einschl. Anlegen des Ersthügels) und 5 (Friedhofsunterhaltungsgebühr je Jahr der Nutzung) nicht vorgenommen (siehe Anlage 5).

Die Höhe der Gebühren bleibt in diesen Positionen gegenüber der Friedhofsgebührensatzung des Jahres 2010 konstant.

**zu 7.9 Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) 2016 - 2017
Vorlage: VI/2015/00719**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.10 Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen
im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweck-
verbandes AZV Elster-Kabalsketal Grundstücksentwässerungssatzung
Vorlage: VI/2015/01254**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) und im Gebiet des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabalsketal – Grundstücksentwässerungssatzung.

**zu 7.11 Widmung eines Teilstücks der Wegastraße zur Gemeindestraße
Vorlage: VI/2015/01364**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung eines Teilstücks der Wegastraße zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

**zu 7.12 Widmung eines Teilstücks der Polarisstraße zur Gemeindestraße
Vorlage: VI/2015/01366**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung eines Teilstücks der Polarisstraße zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

zu 7.13 Widmung der Siriusstraße zur Gemeindestraße
Vorlage: VI/2015/01365

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung der Siriusstraße zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

zu 7.14 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 155) an der Mühlgrabenbrücke Auffahrt nördlich (BR 014)
Vorlage: VI/2015/01250

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke Auffahrt nördlich.

zu 7.15 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 201) an der Ufermauer Multimediazentrum (UM 005) und Errichtung eines Bootsanlegers
Vorlage: VI/2015/01265

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau der Ufermauer Multimediazentrum und die Errichtung eines Bootsanlegers.

**zu 7.16 Baubeschluss Instandsetzung der Brücken über den Franckeplatz
(BR 012-013)
Vorlage: VI/2015/01297**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Grundinstandsetzung der Brücken über den Franckeplatz.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung nach Behandlung der Dringlichkeitsanträge und nach der Sondersitzung die Fortsetzung mit dem nicht öffentlichen Teil.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, stimmte dem Antrag zu, bat aber noch um eine Beschlussfassung der vorliegenden Wirtschaftspläne.

Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, übernahm vorübergehend die Sitzungsleitung.

**zu 7.17 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 "Wohn- und Geschäftshaus
Dorotheenstraße/Leipziger Straße" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01090**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, fragte nach, weshalb es im vorliegenden Bebauungsplan keine Checkliste für barrierefreies Bauen gibt.

Durch **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wurde darauf hingewiesen, dass es eine Checkliste für städtische Bauvorhaben gibt. Im vorliegenden Fall handelt es sich jedoch um ein Bebauungsplanverfahren. Die Checkliste barrierefrei wird für wirkliche Baumaßnahmen, die die Stadt selbst durchführt, angewandt und ist nicht für Planungsrecht gedacht.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, bestätigte die Aussage von Herrn Beigeordneten Stäglin bezüglich der Checkliste für eigene Baumaßnahmen.

Er machte aber auch deutlich, dass bei den eigenen städtischen Unternehmen im Konzern Stadt darauf hingewirkt werden muss, ebenfalls diese Richtlinie zur Einhaltung der Barrierefreiheit in ihren Bauvorhaben einzuhalten bzw. entsprechend zu berücksichtigen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 13.11.2015 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 13.11.2015 wird gebilligt.

**zu 7.18 Wirtschaftsplan 2016 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01095**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Der Betriebsleiter wird verpflichtet nach Vorliegen des Ergebnisses der tariftechnischen Umsetzung des Tarifabschlusses zum Sozial- und Erziehungsdienst einen mit dem städtischen Haushalt abgestimmten Nachtragswirtschaftsplan 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 7.19 Jahresabschluss 2014 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: VI/2015/01247**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

- I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2014 wird wie folgt festgestellt:
 1. Feststellung des Jahresabschlusses
 - 1.1. *Bilanzsumme* 38.085.666,37 EUR
 - 1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf
 - das Anlagevermögen 34.209.354,37 EUR

- das Umlaufvermögen 3.873.389,37 EUR
- 1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf
- das Eigenkapital 20.468.359,95 EUR
 - den Sonderposten 10.222.199,25 EUR
 - die Rückstellungen 2.138.347,03 EUR
 - die Verbindlichkeiten 5.170.372,53 EUR
- 1.2. *Jahresverlust* 560.154,88 EUR
- 1.2.1. Summe der Erträge 36.171.714,54 EUR
- 1.2.2. Summe der Aufwendungen 36.731.869,42 EUR
2. Behandlung des Jahresverlustes
- 2.1. Der Jahresverlust in Höhe von 560.154,88 EUR wird aus der Betriebsmittelrücklage entnommen.
- II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2014 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

**zu 7.20 Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2015/01362**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2016 wird bestätigt.

**zu 7.21 Zustimmung zur Annahme von Spenden, Sponsoringverträgen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2015/01548**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der folgenden Spende:

Sachspende des Fördervereins der Grundschule Kanena/Reideburg im Gesamtwert von ca. 5.200,00 Euro für eine Vielfachschaukel inklusive Aufbaukosten Produkt 1.21101.26.

Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter auf Unterbrechung der Sitzung nach Abstimmung des Dringlichkeitsantrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 9.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2015/01566

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat entsendet Frau Annika Seidel-Jähmig als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss.
2. Der Stadtrat entsendet Frau Annika Seidel-Jähmig als Mitglied in den Bildungsausschuss. Herr Klaus Hopfgarten scheidet als Mitglied im Bildungsausschuss aus.
3. Frau Annika Seidel-Jähmig scheidet als sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss aus.

Herr Bartl, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, unterbrach die öffentliche Sitzung des Stadtrates zur Durchführung der Sondersitzung.

Auf Grund der erfolgten Durchführung der Sondersitzung wurden die nachfolgenden Tagesordnungspunkte auf die nächste Stadtratssitzung im Januar 2016 vertagt.

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide
Vorlage: VI/2015/01302

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, an der Grundschule Heide folgende Maßnahmen durchzuführen bzw. zu prüfen:

- 1) Fenster, die nicht ausgetauscht werden können, werden optisch aufgewertet (z. B. durch Streichen).
- 2) **Die Außentreppengeländer werden neu angestrichen.**
- 3) Der auf dem Schulhof befindliche Sandkasten wird mit neuem Sand befüllt.
- 4) **Die defekten Streusandbehälter werden ausgetauscht.**
- 5) Auf dem Schulhof werden ausreichend Sitzgelegenheiten für die SchülerInnen bereitgestellt. **Ferner ist die Errichtung einer Spielfläche samt Spielgerät eingehend zu prüfen.**
- 6) Die Grünanlagen auf dem gesamten Schulgelände werden regelmäßig gepflegt.
- 7) Die Gefahrenstellen auf dem Schulhof werden in Abstimmung mit der Schulleitung schnellstmöglich beseitigt.
- 8) **Die Flächen um die auf dem Schulhof befindlichen Bäume werden entsiegelt und anschließend mit Muttererde aufgefüllt.**
- 9) Weiterhin ist zu prüfen, ob der nicht genutzte Gebäudeteil durch entsprechende finanzielle Förderinstrumente abgerissen werden kann, insofern dieser grundsätzlich nicht mehr benötigt wird.
- 10) Zudem wird geprüft, ob der genutzte Gebäudeteil in Zusammenarbeit mit weiteren AkteurInnen ein attraktiveres Äußeres erhalten kann (z. B. im Zusammenwirken mit AkteurInnen der Freiraumgalerie in Halle-Freimfelde).

**zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA (Vorlage: VI/2012/11289)
Vorlage: VI/2015/01301**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss des Stadtrates vom 27.11.2013, Vorlagennummer V/2012/11289 (Gestaltungsbeschluss zum Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA) wird hinsichtlich des Bauabschnitts „2.1 Nordabschnitt“ (VI/2014/00108) aufgehoben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den „BA 2.1 Nordabschnitt“ eine neue Vorplanung, die den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes Böllberger Weg 188 berücksichtigt, in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber des Stadtbahnprogramms zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

**zu 8.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan
Vorlage: VI/2015/01303**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass im Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) die vorhandene Grünfläche am Rathenauplatz (zwischen Robert-Blum-Straße und Willy-Lohmann-Straße), die durch den Spielplatz begründet wird, dauerhaft gesichert wird.
- ~~2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Procedere zur Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten und die betreffende Fläche für Sport- und Spielanlagen (grün) mit dem speziellen Symbol Spielanlagen entsprechend der Planzeichenverordnung für Bauleitplanungen (Plan-ZV) zu kennzeichnen.~~

**zu 8.8.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan
Vorlage: VI/2015/01335**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Darstellung des Spielplatzes am Rathenauplatz zwischen Robert-Blum-Straße und Willy-Lohmann-Straße als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielanlagen (Spielplatz) im Zuge der ab 2016 geplanten Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zu prüfen.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement)
Vorlage: VI/2015/01399**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) aufzufordern, von der Bundesregierung und der

Europäischen Union die Offenlegung des Verhandlungsstandes über das Freihandelsabkommen TiSA und die Einbeziehung von kommunalen Vertretern in die Verhandlungen einzufordern.

Insbesondere soll gefordert werden,

- dass die Verhandlungen im Rahmen der WTO stattfinden,
- dass der Vertragstext veröffentlicht wird und keiner Geheimhaltung unterliegt
- sowie keine Standstill- (Stillstand-), Ratchet- (Sperrklinken-), Future-Proofing- (Zukunftssicherheit-) oder Negativlisten-Klausel enthält.

Das Schreiben an den Deutschen Städtetag, den DStGB und den VKU ist den Stadträtinnen und Stadträten zur Kenntnis zu geben.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erlassung der Kaltmiete für den Verein "Künstlerhaus 188 e.V." Vorlage: VI/2015/01488

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Rückwirkend zum 01.01.2015 und für die Folgejahre wird dem Verein „Künstlerhaus 188 e.V.“ die Kaltmiete für das Objekt Böllberger Weg 188 erlassen.

zu 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung weiterer Coworking Spaces im Stadtgebiet Vorlage: VI/2015/01492

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen der im Wirtschaftskonzept avisierten Verbesserung des Gewerbeflächenmanagements die Einrichtung weiterer Coworking Spaces möglich ist.

- zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur regelmäßigen Bereitstellung einer Informationsvorlage über die Unterbringung, Betreuung und Unterstützung von Asylbewerbern**
Vorlage: VI/2015/01493
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mindestens quartalsweise eine Zusammenstellung der wichtigsten Informationen und Kennzahlen zur Unterbringung, Betreuung und Unterstützung von Asylbewerbern in Halle (Saale) in Form einer Informationsvorlage vorzulegen.

- zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen am nordwestlichen Badestrand des Hufeisensees**
Vorlage: VI/2015/01514
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

In unmittelbarer Nähe der vorgesehenen öffentlichen Badestelle im nordwestlichen Bereich des Hufeisensees werden 50 Fahrradabstellplätze errichtet.

- zu 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Richtlinie zur Förderung von Städtepartnerschaften**
Vorlage: VI/2015/01515
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie für städtische Zuschüsse für Projekte zur Pflege und Intensivierung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat im 1. Quartal 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

- zu 9.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Aufwertung des Rannischen Platzes**
Vorlage: VI/2015/01511
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Innenkreis des Rannischen Platzes Pflanzenkübel aufzustellen oder vergleichbare Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Aufwertung des Platzes führen.

**zu 9.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Berichterstattung über Maßnahmen der Wiederaufforstung in der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2015/01513**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten halbjährlich im Zeitraum von Juni 2016 – Juni 2018 über die Maßnahmen zur Wiederaufforstung mit Eichen in der Dölauer Heide schriftlich Bericht zu erstatten.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum Sommer 2018 einmal jährlich im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten über die Maßnahmen zur Wiederaufforstung in der Dölauer Heide – differenziert nach Baumarten - schriftlich zu berichten.

**zu 9.10.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Berichterstattung über Maßnahmen der Wiederaufforstung in der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2015/01541**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum Sommer 2018 einmal jährlich im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten über die Maßnahmen zur Wiederaufforstung in der Dölauer Heide zu berichten.

**zu 9.11 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, CDU/FDP und der SPD zur Sicherung des Standortes des Zentrums für Zirkus und bewegtes Lernen Halle e.V.
Vorlage: VI/2015/01517**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Zentrum für Zirkus und bewegtes Lernen Halle e.V. für die Jahre 2016 – 2020 einen Standort für das Kinder- und Jugendangebot bereitzustellen. Die Standortsuche soll gemeinsam mit dem ZZB vorgenommen werden und bis März 2016 abgeschlossen und dem Stadtrat vorgestellt werden.

zu 9.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VI/2015/01518

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wählt an Stelle von Frau Kathrin Westphal Herrn André Scherer als Stellvertreter für das stimmberechtigte Mitglied Dr. Regina Schöps im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

zu 9.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Absicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindertagesstättenplatz für Eltern mit Kind
Vorlage: VI/2015/01519

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ist-Stand und den künftigen Bedarf an Kita-Plätzen in der Bedarfs- und Entwicklungsplanung für Kindertagesstätten 2016 und fortsetzend für die einzelnen Sozialräume aufzuzeigen.
2. Die Verwaltung stellt sicher, dass ab sofort alle Eltern, die einen Kitaplatz suchen und von einem freien Träger oder dem Eigenbetrieb Kita abschlägig beschieden werden, ein standardisiertes Papier in die Hand bekommen, auf dem über den Rechtsanspruch aufgeklärt wird und auf das DLZ Familie als Ansprechpartner für die weitere Suche mit Öffnungszeiten, Anschrift und Telefonnummer hingewiesen wird.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Sanierung von Bergbaufolgeschäden
Vorlage: VI/2015/01487

vertagt

zu 10.2 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Team Flüchtlinge im
Jobcenter Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01504**

vertagt

zu 10.3 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Umzugsmanagement und
dezentraler Unterbringung
Vorlage: VI/2015/01508**

vertagt

zu 10.4 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bürgerservice
Vorlage: VI/2015/01494**

vertagt

zu 10.5 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Sportareal am Gesund-
brunnen und zu Parkflächen
Vorlage: VI/2015/01411**

vertagt

zu 10.6 **Anfrage des Stadtrates Klaus Hopfgarten (SPD-Fraktion) zum Franzosen-
steinweg
Vorlage: VI/2015/01499**

vertagt

zu 10.7 **Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zu Angebot und
Nutzung im Bereich Frühhorte
Vorlage: VI/2015/01502**

vertagt

zu 10.8 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zu Schulanfangszeiten hallescher Grundschulen
Vorlage: VI/2015/01506

vertagt

zu 10.9 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zur Bedarfsanalyse in der präventiven Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01507

vertagt

zu 10.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Pass
Vorlage: VI/2015/01509

vertagt

zu 10.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu bereits ausgehandelten LQE-Vereinbarungen
Vorlage: VI/2015/01510

vertagt

zu 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fördermitteln für den kommunalen Straßenbau
Vorlage: VI/2015/01512

vertagt

zu 10.13 Anfrage der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur **Betreibung der Händel-Halle**
- Behandlung im nicht öffentlichen Teil -

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 10.13 findet im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung statt.

zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stadtgrün im Bereich des Gimritzer Damms
Vorlage: VI/2015/01408

vertagt

zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Stellplatzablösebeiträgen
Vorlage: VI/2015/01400

vertagt

zu 10.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Erkenntnissen des Immissionsschutzberichtes 2014 für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01307

vertagt

zu 10.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur innerstädtischen Werbung für die Händelfestspiele 2016
Vorlage: VI/2015/01503

vertagt

zu 10.18 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Werbegerüst am Steintorplatz
Vorlage: VI/2015/01521

vertagt

zu 10.19 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung des Landes Sachsen-Anhalt zur Schaffung sozialen Wohnraums
Vorlage: VI/2015/01522

vertagt

zu 10.20 Anfrage der Stadträtin Regina Schöps (NEUES FORUM) zur Wasserqualität am Hufeisensee
Vorlage: VI/2015/01396

vertagt

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2015/01354

vertagt

zu 11.2 Die Rolle der Stadt Halle (Saale) bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen mit guten Bleibeperspektiven - Die Stadt Halle (Saale) als Netzwerker

vertagt

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 mündliche Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Baumpflegearbeiten im Park Gimritz

vertagt

zu 12.2 mündliche Anfrage der Stadträtin Yvonne Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Thema Paulus Wohnpark

vertagt

zu 12.3 mündliche Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Bericht über unterjährige Prüfungen in der Stadt Halle (Saale) im Haushaltsjahr 2013

vertagt

zu 13 Anregungen

**zu 13.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Informationshinweisen im
Stadtthaus
Vorlage: VI/2015/01505**

vertagt

**zu 13.2 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Schaffung einer Fußgängerüberquerung am Böllberger Weg/Glauchauer
Straße
Vorlage: VI/2015/01516**

vertagt

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

vertagt

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer